

Tätigkeitsbericht

zum **35. a. o. Bundesparteitag**
der **Österreichischen Volkspartei**

INHALT

05		Bundesparteibmann
08		Generalsekretariat
12		Parlament
21		Europa

Teilorganisationen

24		Österreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund
26		Österreichischer Bauernbund
28		Österreichische Frauenbewegung
30		Junge ÖVP
32		Österreichischer Seniorenbund
34		Österreichischer Wirtschaftsbund

Landesparteien

36		Burgenland
38		Kärnten
40		Niederösterreich
42		Oberösterreich
44		Salzburg
46		Steiermark
48		Tirol
50		Vorarlberg
52		Wien

Zweckorganisation

54		Politische Akademie der ÖVP
		<i>Friedrich Funder Institut</i>
		<i>Karl von Vogelsang-Institut</i>
		<i>Kommunalpolitische Vereinigung</i>
		<i>Institut für Umwelt – Friede – Entwicklung</i>
		<i>Felix Ermacora Verein</i>

58		Chronik
----	--	---------

Impressum: „austria plus, die Zeitung der Österreichischen Volkspartei“. Herausgeber: Österreichische Volkspartei Bundespartei; für den Inhalt verantwortlich: GS Mag. Hannes Rauch.
 Redaktionelle Koordination: Vera Schmitz; Redaktion und Fotocredits dieser Ausgabe: die jeweilige Organisation; Grafik und Layout: Gudrun Scherrier; Bildbearbeitung: Patricia Hellrigl; Adresse:
 1010 Wien, Lichtenfelsgasse 7, Telefon: +43 (0) 40 126-410, Fax: DW 429, E-Mail: service@oevp.at, DVR: 0076520; Cover: Headquarter, Hersteller: AV Astoria, 1030 Wien, Faradaygasse 6, Verlag
 und Medieninhaber: Alpha Medien Service Ges.m.b.H., 1010 Wien, Rathausstraße 10, FN 46379 f, HG Wien; Geschäftsführung: Michael Fischer, Dr. Michael Sachs, Anzeigenleitung, Produktion,
 Vertrieb: Prok. Karl Fischer, 1010 Wien, Rathausstraße 10, Telefon: +43 (0) 409 55 37-260, Fax: DW 269, E-Mail: redaktion.ap@alpha-medien.at; Bankverbindung: RLB NO/Wien, BLZ: 32000, Kon-
 tonr.: 6.801.518; P.S.K., BLZ: 60000, Kontonr.: 1.704.312; Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt: 1010 Wien, Z.Nr.: GZ 02Z030534 M; Gerichtsstand ist das für Wien örtlich und sachlich zuständige
 Gericht.

VERANTWORTUNG FÜR ÖSTERREICH

Bundesparteiobmann Josef Pröll



Als ich mich am 13. April aus der Politik zurückgezogen habe, tat ich das aus Verantwortung für meine Familie und für meine Gesundheit. Verantwortung war auch das zentrale Thema unserer Arbeit im Regierungsteam der ÖVP. Unsere ÖVP-Leistungsbilanz nach zweieinhalb Jahren Verantwortung für Österreich zeigt: Auch wenn wir nicht alles erreichen konnten, was wir uns vorgenommen haben, so haben wir erfolgreich sichergestellt, dass Österreich die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich besser und schneller bewältigt als viele andere Länder in Europa. Und nicht nur das: Wir konnten unseren Österreich-Vorsprung nicht nur halten, sondern noch weiter ausbauen. Das ist die notwendige Voraussetzung dafür, dass Österreich nun rasch und nachhaltig vom Aufschwung profitiert.

Stabile Regierung aus Verantwortung für Österreich

Bereits die ersten Parteiengespräche nach der Nationalratswahl vom 28. September 2008 standen unter dem Schatten der aufkommenden Finanz- und Wirtschaftskrise. Bald war klar, dass diese Krise auch Österreich mit voller Wucht treffen würde. Trotz der schwierigen Ausgangssituation – die SPÖ hatte im Parlament nur wenige Tage vor der Nationalratswahl auf unverantwortliche Weise Wahlgeschenke in Milliardenhöhe erzwungen – hat sich die ÖVP zu ihrer Ver-

antwortung für Österreich bekannt. Es war notwendig, rasch eine stabile Regierung auf die Beine zu stellen. In dieser Situation waren FPÖ und BZÖ keine verlässlichen Partner. Die Bewältigung der Krise konnte am ehesten durch eine stabile Regierung mit der SPÖ erreicht werden, die dazu in Europafragen zuerst von ihrem populistischen Kurs abweichen musste. Der Rückblick zeigt klar: Diese Krise war die größte seit der großen Depression der 30er Jahre. Angesichts dieser gewaltigen Herausforderung brauchte es die Kompetenz und Erfahrung der Österreichischen Volkspartei, die mit dem Finanz- und dem Wirtschaftsressort die Schlüsselressorts zur Krisenbewältigung übernommen hat.

Die Krise gemeistert

Wir haben uns mit aller Kraft und mit den richtigen Mitteln gegen diese Krise gestemmt – auf nationaler Ebene und mit unseren Partnern in Europa. Auf die Unsicherheit bei vielen Konsumenten, was mit ihren Spareinlagen passieren würde, war das Bankenhilfspaket die richtige Antwort. Es stabilisierte den österreichischen Finanzmarkt und brachte das Vertrauen der Sparer durch eine unbeschränkte Einlagensicherung bis Ende 2009 zurück. Ab 2010 sind die Spareinlagen bis zu einer Höhe von 100.000 € gesichert.

Die Wirtschaft gestärkt

Zur Stärkung der Wirtschaft und des

Arbeitsmarktes wurden verschiedene Maßnahmen getroffen:

- das Konjunkturpaket I als Mittelfristenmaßnahme und das Konjunkturpaket II mit zwei Mrd. € mit der New- und Ausbau-Offensive der BIG und thermischen Sanierung
- die Ausweitung der Kurzarbeit auf 14 Monate
- die Verlängerung der Bildungskarenz auf 12 Monate
- die Einführung der Ökopremie – 30.000 Altfahrzeuge wurden durch neue, umweltfreundlichere Fahrzeuge ersetzt

Den Menschen geholfen

Direkte Unterstützung für die von der Krise betroffenen Österreicherinnen und Österreicher brachten:

- die Steuerentlastung von 2,3 Mrd. €
- die Einführung der 13. Familienbeihilfe
- die Erhöhung des Kinderabsetzbetrages
- die Einführung eines Kinderfreibetrages
- die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten
- die Spendenabsetzbarkeit
- das Unternehmerpaket ab 2010

Während Investitionen und Exporte durch die Krise stark einbrachen, konnten wir durch diese Maßnahmen vom Inlandskonsum als stabili-

sierenden Faktor profitieren. Das Ergebnis unserer Arbeit: Die Mehrzahl der Österreicherinnen und Österreicher war nicht von der Krise betroffen. Dieser Einsatz hat sich gelohnt. Wir stehen heute besser da als viele andere Länder. Die Wirtschaft wächst wieder und der Arbeitsmarkt meldet steigende Beschäftigungszahlen.

Dauerhafte Budgetpolitik mit Hausverstand gesichert

Mit dem Doppelbudget 2009/2010 haben wir den notwendigen finanziellen Rahmen für die Krisenbewältigung geschaffen. Sinkende Steuereinnahmen (allein das Aufkommen aus der Körperschaftssteuer ist um 35% zurückgegangen) und höhere Ausgaben durch aktive Arbeitsmarktpolitik ließen jedoch das Defizit über die Maastricht-Grenze von 3% ansteigen.

Mit dem Budget 2011 haben wir den Weg aus der Schuldenfalle eingeschlagen. Auf Druck der ÖVP erfolgt die Budgetkonsolidierung durch ein Maximum an Sparen und ein Minimum an neuen Einnahmen im Verhältnis 60 : 40 zugunsten ausgabenseitiger Maßnahmen. Die ÖVP setzte sich auch bei den Einnahmen durch: Breite Eigentumssteuern – wie von der SPÖ gefordert – konnten abgewehrt werden. Das Steuersystem wurde weiter ökologisiert. Im Gegenzug wurden die Pendlerpauschale um 10% erhöht, ein Jobticket geschaffen und Spediteure durch die Senkung der KFZ-Steuersätze entlastet. Mit der Einführung der Bankenabgabe wurde die Kreditvertragsgebühr endlich beseitigt.

Alle notwendigen Maßnahmen brachten insgesamt einen gerechten Lastenausgleich – jeder leistet seinen

Beitrag, aber niemand wird dabei überfordert. Gleichzeitig konnten wir Offensivmaßnahmen von 400 Mio. € für Forschung und Entwicklung, für die Umwelt, für unsere Schulen, für die Universitäten und für das Gesundheitssystem setzen. Wichtige Investitionen in die Zukunft Österreichs wurden damit gesichert.

Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht

Richtige Familienpolitik nimmt Maß an den Menschen – an den Bedürfnissen der Familien und Kinder. Als ÖVP verfolgen wir deshalb ein klares Ziel: Wir machen Menschen Mut zu Familie und Kindern und setzen dafür die notwendigen Rahmenbedingungen. Seit 2009 ist das letzte Kindergartenjahr in ganz Österreich halbtags gratis, weitergehende Regelungen in den Bundesländern bleiben davon unberührt. Für den Ausbau der ganztägigen Betreuung werden bis 2014 jedes Jahr 80 Mio. € zusätzlich bereitgestellt. Dadurch entstehen 55.000 ganztägige Betreuungsplätze in unseren Schulen. Das Kinderbetreuungsgeld war ein Meilenstein in der Familienpolitik. Neben den bisherigen drei Varianten gibt es seit 2010 zusätzlich die Pauschalvariante von 12 Monaten (+ 2 Monate bei Inanspruchnahme beider Partner) mit 1.000 € und die einkommensabhängige Variante mit derselben Laufzeit und 80% des letzten Nettoeinkommens (max. 2.000 Euro), damit für Eltern volle Wahlfreiheit gesichert ist und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf leichter möglich wird.

Leistungstransparenz ermöglicht

Mit unserem Transferkonto konnten wir ein politisches Schlüsselkonzept

der ÖVP umsetzen. Das Transferkonto bringt erstmals einen Überblick aller Transferzahlungen. Es zeigt künftig, wie treffsicher der Sozialstaat ist und welche Leistungen dahinterstehen. Fairness für Österreichs Leistungsträgerinnen und Leistungsträger ist uns ein zentrales politisches Anliegen. Denn es sind die Leistungsträger in unserer Gesellschaft, die mit ihren Steuerleistungen den Sozialstaat erst ermöglichen. Sie haben ein Recht auf eine transparente Verwendung ihrer Steuermittel – und auf Gerechtigkeit gegenüber ihren Leistungen.

Auch in der Pflege ist uns ein großer Durchbruch gelungen. Mit der Einführung des Pflegefonds stehen 685 Mio. € bis 2014 für die Pflege zur Verfügung. Das hilft vor allem den Familien und entlastet die Gemeinden. Die Finanzierung erfolgt gemeinsam von Bund (zu zwei Dritteln) und den Ländern (zu einem Drittel). In der Administration wurde eine Vereinfachung geschaffen: Statt wie bisher durch 280 auszahlende Stellen erfolgt die Auszahlung künftig zentral durch eine Stelle.

Fremdenrecht für Schutz und Sicherheit neu geordnet

Österreich hat eine große humanitäre Tradition bei der Aufnahme von Menschen, die in ihrer Heimat Verfolgung und Bedrohung fürchten müssen. „Die Hintertür für Schlepper und Kriminelle schließen, damit wir die Vordertür für verfolgte und bedrohte Flüchtlinge offenhalten können“: Das war der Grundsatz unseres Innenministersin Maria Fekter für ein geordnetes Fremdenrecht. Wir wollen damit jenen rasch helfen, die Hilfe brauchen – und jenen schneller Bescheid geben, die das Asylrecht missbrauchen. Die Maß-

nahmen dafür reichen von rascheren Verfahren durch effizientere Abwicklung von Folgeanträgen über härtere Sanktionen bei Straffälligkeit bis hin zur Anwesenheitsverpflichtung von Asylwerbern in den ersten sieben Tagen des Asylverfahrens zur Verhinderung des Abtauchens in die Illegalität. Wir konnten den „Rucksack“ an Altfällen am Asylgerichtshof von 19.000 auf 5.900 offene Fälle abbauen.

Deutsch als Schlüssel für erfolgreiche Integration verankert

Die Integration der Zugewanderten ist eine zentrale Herausforderung für die Zukunft. Vereinzelte integrationspolitische Bemühungen wurden mit dem Nationalen Aktionsplan für Integration in einer gesamthaften Strategie gebündelt. Für uns ist dabei klar: Der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration sind gute Deutschkenntnisse. Wer dauerhaft in Österreich leben will, muss sich selbst erhalten können und die österreichische Rechts- und Werteordnung anerkennen. Durch die Rot-Weiß-Rot-Karte erfolgt die Zuwanderung erstmals nach nachvollziehbaren Kriterien. Wir holen uns damit die besten Fachkräfte nach Erfordernissen des österreichischen Arbeitsmarktes. Wichtiges Element der Rot-Weiß-Rot-Card ist „Deutsch vor Zuzug“: Wer nach Österreich zuwandert, muss schon vor der Einreise Grundkenntnisse der deutschen Sprache nachweisen. Damit setzt die ÖVP ein klares Zeichen dafür, dass erfolgreiche Integration unverzichtbar ist.

Stark vernetzt in Europa, anerkannt in der Welt

Die Österreichische Volkspartei war, ist und bleibt Österreichs Europapartei. Johannes Hahn wurde von uns als

neuer EU-Kommissar für Regionalpolitik entsandt – ein Ressort, in dem wichtige Weichenstellungen für die Entwicklung der Regionen getroffen werden. Beim Kampf gegen die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise waren die bewährten Strukturen der bilateralen und multilateralen Parteienzusammenarbeit insbesondere in der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Internationalen Demokratischen Union (IDU) von besonderer Bedeutung. Bei den Gipfeltreffen der EVP-Staats- und Regierungschefs wurden zentrale Entscheidungen zur europäischen Krisenbekämpfung akkordiert. Aber auch in allen anderen Entscheidungs- und Arbeitsgremien der EVP war die ÖVP federführend vertreten. Beim EVP-Kongress zu den Europawahlen 2009 in Warschau sowie beim statutarischen EVP-Wahlkongress im Dezember 2009 in Bonn war die ÖVP mit hochrangigen Delegationen unter Leitung des Bundesparteiobmanns anwesend. Die ÖVP beteiligte sich aktiv an den Ausschüssen und Tagungen der EVP und an den Treffen der Internationalen Demokratischen Union und konnte im Zuge dieses Engagements ihre starke Position in den europäischen und internationalen Netzwerken weiter ausbauen.

Auch auf internationaler Ebene setzte die ÖVP die richtigen Schwerpunkte. Österreich übernahm am 1. November 2009 den Vorsitz im UNO-Sicherheitsrat, dem wir zwei Jahre lang als nicht-ständiges Mitglied angehören. Außenminister Michael Spindelegger konnte bald einen wichtigen Erfolg vermelden: Eine Resolution zum Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten wurde einstimmig verabschiedet.

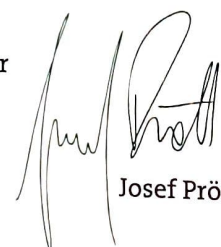
Nachhaltige Impulse für Österreichs Zukunft

Ich verlasse die Politik mit Dankbarkeit, diesem Land über acht Jahre und unter drei Bundeskanzlern durchgehend – als jüngster Minister – gedient zu haben. Es waren stets spannende Zeiten, in denen Verantwortung für Österreich gefragt war: von der großen Agrarreform am Beginn meiner Arbeit, dem Grünen Pakt für die Bauern, über die Sicherung der Gentechnikfreiheit, dem Ausbau der Ökoenergie, der Exportinitiative, dem Vorsitz in drei EU-Ministerräten bis hin zu den wahrscheinlich bedeutsamsten, schwierigsten und im Rückblick richtigen Entscheidungen während der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise.

Sowohl mit dem Perspektivenprozess als auch mit dem „Projekt Österreich“ ist es gelungen, der Politik nachhaltige Impulse zu geben. Wichtige Beispiele dafür sind die Einführung von „Wählen mit 16“ als Ausdruck der Generationengerechtigkeit in der Mitbestimmung, die Einführung der Absetzbarkeit von Spenden an karitative Organisationen oder die Einführung des Transferkontos mit Blick auf die Leistungsgerechtigkeit in unserem Land.

Mein aufrichtiger Dank gilt allen, die in den vergangenen Jahren an meiner Seite und in der gesamten ÖVP Leistung für Österreich erbracht haben. In unserer Verantwortung für Österreichs Zukunft soll uns niemand übertreffen!

Ihr



Josef Pröll

VOLKSPARTEI IN BEWEGUNG

Generalsekretär Fritz Kaltenegger

Vor etwas mehr als zweieinhalb Jahren hat Josef Pröll als neuer Parteichef das Ziel ausgegeben, die ÖVP wieder „kampagnenfähig“ zu machen. Mit diesem klaren Auftrag haben wir den Neuaufstellungsprozess der ÖVP-Bundespartei in Angriff genommen: Mit neuer, schlanker und schlagkräftiger Struktur in der Parteizentrale und einem klaren Fokus auf die drei entscheidenden Felder Politik, Kampagnen und Organisation. Und mit einem motivierten, jungen und vor allem professionellen Team. Der Rückblick zeigt: Das Ergebnis ist nicht nur messbar, sondern auch herzeigbar.

Bundesweite Wahlen und Kampagnen

Mobilisierungstärke bei der Europawahl



Mit der Europawahl 2009 haben wir das Siegen wieder gelernt. Erstmals seit 2002 wurde die ÖVP mit 30% der Wählerstimmen wieder Nummer eins bei einer bundesweiten Wahl und de-

klassierte die SPÖ klar mit 6,3% bzw. 175.000 Stimmen Vorsprung. Die ÖVP lag nicht nur deutlich über dem letzten Nationalratswahlergebnis, sondern hat auch im Vergleich zur letzten Europawahl in absoluten Stimmen zugelegt. Der ÖVP ist es gelungen, mit einem klar pro-europäischen Kurs maximal zu mobilisieren. Auch bei den Jungen wurde die ÖVP Nummer eins: Keine andere Partei hatte so viele Stimmen bei den unter 30-Jährigen wie die ÖVP. Die inhaltlich und personell neu aufgestellte Bundespartei konnte bei diesem Wahlgang ihre Schlagkraft eindrucksvoll unter Beweis stellen.

Professionell bei der ORF-Publikumsratswahl

Die ÖVP konnte deutlich besser mobilisieren als 2005 und erreichte mit 5 von 6 direkt gewählten Mitgliedern des Publikumsrates ein fulminantes Ergebnis.

Neue Maßstäbe in der Polit-Kommunikation mit „Superpraktikant“

Mit der Wahl zum österreichischen „Superpraktikanten“ setzte die ÖVP in einer bisher noch nie dagewesenen Aktion neue Maßstäbe in der Jugendkommunikation. Aus 400 Online-Bewerbungen wurden über Online-Bewertungen fünf Finalisten ausgewählt. 400.000 Votes und mehr als eine Million Homepage-Besucher dokumentieren den Erfolg der Aktion.



Beim fulminanten Finale im Wiener „Club Platinum“ wurde Österreichs Superpraktikantin durch eine Jury bestimmt. Reez Wollner durfte eine Woche lang Josef Pröll bei allen wichtigen Terminen und Auftritten begleiten. Während andere nur über Politik reden, haben wir jungen Menschen die Möglichkeit gegeben, sie hautnah zu erleben.



Unter dem Motto „Wir sind dort, wo die Jugend ist“ geht die ÖVP via Web 2.0 ganz neue Wege in der Kommunikation. Die ÖVP ist auf Facebook, Twitter und Flickr stark präsent. Für das i-Phone haben wir eine eigene ÖVP-Applikation entwickelt.

Rekordverdächtige Kampagne für Österreichs Freiwillige

Mehr als drei Mio. Freiwillige in Österreich leisten Rekordverdächtiges. Egal, ob bei der Feuerwehr, im Kletterverein oder im sozialen Bereich: Ohne unsere Freiwilligen würde Österreich stillstehen. Dieses Engagement verdient Wertschätzung. Dafür tourte die JVP mit Josef Pröll und seinem Re-

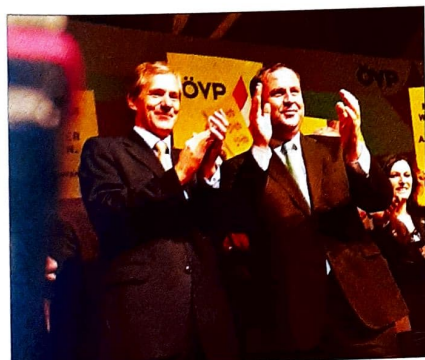
gierungsteam im Sommer 2010 durch Österreich, besuchte Vereine und ging mit gutem Beispiel voran: Die ÖVP-Minister legten selbst Hand an und schlüpften in die Rollen der Freiwilligen. Die ÖVP zeigte damit, dass sie sich der herausragenden Leistungen vor allem junger Menschen bewusst ist und ihnen volle Unterstützung zukommen lässt.



Landtags- und Gemeinderatswahlen

Erfolge bei Landtagswahlen in Kärnten und Salzburg

Bei der ersten Wahl mit Josef Pröll als Bundesparteiohmann am 1. März 2009 konnte die Kärntner ÖVP ein deutliches Plus von 5,19% erreichen und kam auf 16,83% der Stimmen. ÖVP-Landesparteiohmann Josef Martinz hat damit das Wahlziel klar erreicht. Die SPÖ musste ein Wahldebakel hinnehmen und war vom Wahlziel, den ersten Platz zu erreichen, meilenweit entfernt.



In Salzburg gelang es der ÖVP unter schwierigen Bedingungen, der SPÖ sehr nahe zu kommen und den Abstand mehr als zu halbieren. Die ÖVP erhielt 36,5% der Stimmen. Für die amtierende SPÖ-Landeshauptfrau Burgstaller hagelte es herbe Stimmenverluste. SPÖ und ÖVP beschlossen ein Regierungsübereinkommen. Wilfried Haslauer ist wieder Landeshauptmann-Stellvertreter.

„Absolute“ bei Landtagswahl in Vorarlberg

Am 20. September 2009 erhielt die ÖVP 50,8% der Stimmen und konnte unter Herbert Sausgruber die absolute Mandatsmehrheit erfolgreich verteidigen. Die SPÖ musste herbe Verluste hinnehmen und kam nur mehr auf 10% der Stimmen. Von der bisherigen Gewohnheit, einen Junior-Partner in die Landesregierung zu nehmen, wurde aufgrund antisemitischer Aussagen des FPÖ-Kandidaten abgegangen.

Zuwachs auf hohem Niveau bei Landtagswahl in Oberösterreich

Die ÖVP konnte am 27. September 2009 Platz 1 weiter ausbauen und kam auf 46,8% der Stimmen. Landeshauptmann Josef Pühringer zeigte damit, dass man selbst auf hohem Niveau noch zulegen kann. Die SPÖ schlitterte in ein Debakel und verlor im Industrieland Oberösterreich 13,4% der Stimmen. Die Zusammenarbeit mit den Grünen auf Landesebene wurde fortgesetzt.

Klare Erfolge bei Gemeinderatswahlen in Tirol, Vorarlberg und Niederösterreich

In Niederösterreich konnte die ÖVP inklusive ÖVP-naher Bürgerlisten

am 14. März 2010 auf hohem Niveau nochmals zulegen und erreichte 51,51% der Stimmen. Auch in Tirol und Vorarlberg blieb die ÖVP mit klarem Abstand die Bürgermeisterpartei Österreichs.

Historischer Abstand zum Zweiten bei Gemeinderatswahlen Steiermark

Die ÖVP konnte am 21. März 2010 ganze 23.000 Stimmen und 263 Mandate dazugewinnen. Der Abstand zur SPÖ hatte sich auf das historische Ausmaß von fast 10% vergrößert. Die ÖVP ist die einzige Partei, die in jeder Gemeinde Österreichs vertreten ist.

Erreichte Wahlziele bei Landtagswahl Burgenland

Beide Wahlziele konnten am 30. Mai 2010 erreicht werden: Die Absolute der SPÖ wurde gebrochen und die eigene Mandatzahl konnte gehalten werden. Die Bäume der FPÖ sind nicht in den Himmel gewachsen. Die Grünen schafften knapp den Einzug in den Landtag. Landesparteiohmann Franz Steindl blieb Landeshauptmann-Stellvertreter im Burgenland.



Knappes Ergebnis bei Landtagswahl in der Steiermark

Die steirische ÖVP hatte eine gewaltige Aufholjagd hingelegt und kam am 26. September 2010 bis auf 7.000 Stimmen an die SPÖ heran. Die SPÖ verlor

fast 4%, die ÖVP erreichte 37,19% der Stimmen. Landesparteiobmann Hermann Schützenhöfer beschloss eine Reformpartnerschaft mit der SPÖ, welche die Steiermark vor allem finanziell wieder auf gesunde Beine stellen soll.

Rote „Absolute“ bei Landtagswahl in Wien gebrochen

Das Wahlziel, die absolute Mehrheit der SPÖ zu brechen, wurde am 10. Oktober 2010 erreicht. Dennoch musste auch die ÖVP schmerzliche Verluste hinnehmen und kam in der Bundeshauptstadt auf 14% der Stimmen. Landesparteiobfrau Christine Marek wurde Klubchefin im Gemeinderat und startete mit dem Perspektivenprozess Agenda Wien+ eine inhaltliche Erneuerung und Öffnung der Partei.

Themen und Inhalte

Klare Richtung bei ÖVP-Grundsatzprogramm

Am 27. November 2009 fand die Auftaktveranstaltung zum neuen Grund-

satzprogramm in der Akademie der Wissenschaften statt. Bundesparteiobmann Josef Pröll skizzierte in seiner Rede die Bedeutung von Werten und Grundsätzen für die Politik der ÖVP. Zur inhaltlichen Erarbeitung diskutierten mehr als 2300 Teilnehmer in 40 Fachausschüssen unter Vorsitzführung der Minister und Bereichssprecher die Grundsätze der ÖVP.

Auch die 65-Jahr-Feier der Österreichischen Volkspartei stand ganz im Zeichen ihrer Grundsätze. „Mitte ist, wer vorne ist“ war das Motto der Festveranstaltung, an der rund 400 geladene Gäste im Camineum der Österreichischen Nationalbibliothek teilnahmen.

Viel Expertise in Fachausschüssen

Die ÖVP-Bundespartei hat unter Vorsitzführung der Minister und Bereichssprecher 22 Fachausschüsse und sechs „Fachausschüsse spezial“ organisiert und durchgeführt. In den Fachausschüssen erfolgen die Meinungsbildung zu aktuellen politischen Themen und die Einbindung von Experten zu Regierungsvorhaben.

Substanzielle Impulse durch ÖVP-Bildungsprogramm

Auch die programmatische Arbeit in der Partei ist nicht zu kurz gekommen. Nach intensiven Diskussionen wurde ein neues Bildungsprogramm erarbeitet und durch den ÖVP-Bundesparteivorstand am 11. März 2011 einstimmig beschlossen. Eckpunkte der ÖVP in der Bildungspolitik sind Vielfalt, Leistung und Sprache. Die Mittelschule soll flächendeckend ausgebaut, das bewährte Gymnasium soll erhalten bleiben. Das Bildungsprogramm hat Schwung in die Bildungsreform gebracht. Nach der Präsentation beschloss die Bundesregierung neun Bildungsprojekte, die bis zum Sommer 2011 umgesetzt werden.

Europa & Internationales

Starke Netzwerke und Partnerschaften

Neben der Mitarbeit in europäischen und internationalen Strukturen intensivierte die ÖVP die bilaterale Zusammenarbeit mit ihren Schwesterparteien, wobei der Austausch mit den Nachbarländern im Rahmen des



Fotos: ÖVP/Gläser

deutschsprachigen Generalsekretäre-treffens im September 2010 in Wien auf unsere Einladung ebenso einen Höhepunkt darstellte, wie hochrangige Treffen mit slowakischen, tschechischen, ungarischen, kroatischen oder slowenischen Parteivertretern. Zahlreiche Parteikongresse von Schwesterparteien wurden beschickt, darunter auch der Parteikongress der britischen Konservativen im Oktober 2010 in Birmingham.



Generalsekretariat

Im Rahmen der neu etablierten Veranstaltungsreihe „Continental Breakfast – Global Ideas“ wurden internationale Gesprächspartner eingeladen, um den internationalen Blickwinkel der ÖVP in offener Diskussion zu schärfen. Hochrangige Gäste wie Außenminister und Topog-Vorsitzender Karel Schwarzenberg, CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe und US-Botschafter William E. E. III stellten sich den Fragen des international interessierten und versierten Teilnehmerkreises. Im Hinblick auf das neu zu erstellende ÖVP-Grundsatzprogramm befasste sich der Außenpolitische Fachausschuss mit der Erarbeitung außen- und europapolitischer Leitlinien und Grundsätze der ÖVP als „der“ Europapartei Österreichs.

Mit der Bestellung von Patrick Voller zum Leiter des Internationalen Büros mit 1. Jänner 2010 wurde die serviceorientierte Komponente des Interna-

tionalen Büros weiter ausgebaut. Die außenpolitische Kooperation mit der Politischen Akademie der ÖVP wurde vertieft, ein regelmäßig erscheinender Newsletter zur Information an das internationale ÖVP-Netzwerk eingeführt.

Service & Bürgernähe

Intensiver Kontakt mit Funktionären, Mitgliedern und Bürgern

Die Bundespartei steht tagtäglich im direkten Kontakt mit den Bürgern, betreut Funktionäre und stellt Informationen zur Verfügung. 32.000 beantwortete E-Mails, 10.000 Anrufe, tausende Briefe sowie individuell abgestimmte Informationen dokumentieren im Berichtszeitraum die vielfältigen und umfangreichen Serviceleistungen der ÖVP-Bundespartei.

Unser Motto war: Politik muss das Leben begreifen – und nicht umgekehrt. Hunderte Bundesländertage der ÖVP-Teammitglieder mit Tausenden Kontakten waren daher die Grundlage für echte Bürgernähe. Die ÖVP ist die einzige Partei, die in allen Gemeinden stark verwurzelt ist und das Ohr tagtäglich beim Bürger hat. Diese Chance haben wir bestmöglich genutzt.

Bei allen, die zu unseren Erfolgen auf unserem zweieinhalbjährigen Weg beigetragen haben, bedanke ich mich sehr herzlich!

Ihr

Fritz Kaltenegger

DER PARLAMENTSklub DER ÖSTERREICHISCHEN VOLKSPARTEI



Ein selbstbewusster Klub als fester Bestandteil der politischen Gestaltungsarbeit

Personelle und organisatorische Änderungen brachte die neue, XXIV. Legislaturperiode auch im ÖVP-Parlamentsklub. In der konstituierenden Klubsitzung am 25.11.2008 wurde der Vorarlberger Mandatar Karlheinz Kopf von den Mitgliedern des ÖVP-Parlamentsklubs mit großer Mehrheit von 95,4% der Stimmen zum neuen ÖVP-Klubobmann gewählt. Seine Stellvertreter in dieser Funktion sind die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften Werner Amon MBA (ÖAAB), Fritz Grillitsch (Bauernbund) und Peter Haubner (Wirtschaftsbund). Fritz Neugebauer wurde vom

Klub als Zweiter Nationalratspräsident nominiert und in der konstituierenden Nationalratssitzung am 3.12.2008 von den Abgeordneten einstimmig in diese Funktion im Nationalratspräsidium gewählt.

Klubobmann Kopf ist die Eigenständigkeit des Parlamentsklubs ein wichtiges Anliegen. Er achtet darauf, „dass der Parlamentsklub schon bei der Vorbereitung der Gesetze eingebunden wird“. So will man das Regierungsübereinkommen auf Punkt und Beistrich abarbeiten, kündigte Kopf nach seiner Wahl an.

Die Ära von Dr. Werner Zögernitz als Klubdirektor ging in dieser Legislaturperiode zu Ende. Ihm folgte Mag. Martin Falb nach, der mit 1.4.2009 die

organisatorischen und personellen Agenden des ÖVP-Klubs übernahm. Das neue Team hat gleich damit begonnen, den Klub inhaltlich und organisatorisch zu modernisieren und das Serviceangebot für die Abgeordneten zu erweitern. So gibt es zu wichtigen Themen „Erste Klublesungen“ (z.B. Postmarktgesetz, Vormerkssystem oder Rot-Weiß-Rot-Card), intensive Redner-Vorbesprechungen vor jenen Plenarsitzungen, die im Fernsehen übertragen werden, mit den „ÖVPositionen“ der Presseabteilung Wordings zu wichtigen Themen und ein eigenes Ausbildungsprogramm des Klubs.

Über Inhalte und Zukunftsthemen wurde bei drei Klubklausuren „außer Haus“ diskutiert: eine dreitägi-

ge klubinterne Tagung vom 28. bis 30. 01. 2009 in Velden, eine eintägige Klausur „Leistung muss sich lohnen“ am 17. 11. 2009 in Krems und drei Tage Beratungen zum Thema „Neues Wachstum für Österreich“ vom 06. bis 08. 04. 2010 in Loipersdorf. Dazu kamen mehrere verlängerte Klubsitzungen in den Räumlichkeiten des ÖVP-Klubs im Parlament.

Am 03. 02. 2011 hat der ÖVP-Klub gemeinsam mit der SPÖ zum Thema „Zukunftsinvestitionen in Umwelt, Bauen und Wohnen“ eine Enquete abgehalten, die große mediale Aufmerksamkeit erlangte. Schon am 17. 09. 2009 fand eine parlamentarische Enquete zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk statt, die die ÖVP ebenso federführend initiiert hatte, wie die Enquete zum Transferkonto, die am 20. 01. 2010 im Parlament abgehalten wurde.

Am 15. 04. 2009 gab es einen Vorsitzwechsel bei den ÖVP-Bundesräten: Ludwig Bieringer, bis dahin Fraktionsobmann, hat sein Mandat zurückgelegt, der oberösterreichische Bundesrat Gottfried Kneifel übernahm nach der Wahl durch die Mehrheit der ÖVP-Bundesräte die Führung der ÖVP-Bundesratsfraktion. Der Wiener Bundesrat Mag. Harald Himmer wurde nach der Mandatsrücklegung von Jürgen Weiss von den ÖVP-Bundesräten zum neuen Bundesrats-Vizepräsidenten nominiert und in der darauffolgenden Bundesratssitzung auch gewählt.

Regierungsmitglieder und Staatssekretäre

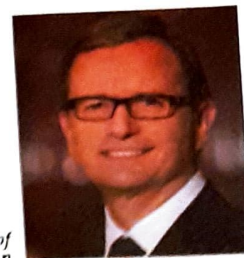
Dr. Michael Spindelegger
Mag. Johanna Mikl-Leitner
(ab 21. 04. 2011)

Dr. Reinhold Mitterlehner
ao.Univ.-Prof. Mag. Dr. Beatrix Karl
(ab 26. 01. 2010)
Mag. Dr. Maria Theresia Fekter
Dipl.-Ing. Nikolaus Berlakovich
o.Univ.-Prof. Dr. Karlheinz Töchterle
(ab 21. 04. 2011)
Dr. Wolfgang Waldner (ab 21. 04. 2011)
Sebastian Kurz (ab 21. 04. 2011)
Dipl.-Ing. Josef Pröll (bis 20. 04. 2011)
Dr. Johannes Hahn (bis 26. 01. 2010)
Mag. Claudia Bandion-Ortner (bis 20. 04. 2011)
Mag. Verena Remler (vom 26. 11. 2010 bis 20. 04. 2011)
Christine Marek (bis 26. 11. 2010)
Dr. Reinhold Lopatka (bis 20. 04. 2011)

Nach der Nationalratswahl vom 28. 09. 2008 gehörten dem Parlamentsklub der ÖVP in der neuen XXIV. Legislaturperiode 51 Abgeordnete zum Nationalrat an. Zu Beginn der Periode hatte die ÖVP 26 Bundesräte, derzeit hält sie bei 27 in der zweiten Kammer vertretenen Mandatären. Es gibt sechs österreichische ÖVP-Abgeordnete zum Europäischen Parlament. Sie alle sind Mitglieder des ÖVP-Parlamentklubs.

Namensliste der neuen, erstmals eingezogenen NR-Abgeordneten:

Mag. Katharina Cortolezis-Schlager
(ab 28. 10. 2008, *Landesliste Wien*)
Dr. Johannes Hahn (ab 28. 10. 2008; Regierungsmitglied, *Landesliste Wien*)
Oswald Klikovits (ab 28. 10. 2008, *Landesliste Burgenland*)
Mag. Josef Lettenbichler (ab 28. 10. 2008, *Wahlkreis Unterland, Tirol*)
Peter Mayer (ab 28. 10. 2008,



Karlheinz Kopf
Klubobmann

Parlament

Wahlkreis Innviertel, OÖ)
Mag. Bernd Schönegger (ab 28. 10. 2008, *Wahlkreis Graz-Stadt, Stmk.*)
Johann Singer (ab 28. 10. 2008, *Wahlkreis Traunviertel, OÖ*)
Johannes Schmuckenschlager (ab 03. 12. 2008, *Regionalwahlkreisliste Wien-Umgebung*)
Mag. Michael Hammer (ab 22. 03. 2011, *Regionalwahlkreisliste Mühlviertel/OÖ*)

Die ÖVP im Bundesrat

Der Mandatsstand (62) im Bundesrat sieht mit Ende April 2011 folgendermaßen aus: 27 ÖVP, 22 SPÖ, 9 FPÖ, 4 ohne Fraktionsstatus (davon 3 Grüne, 1 Liste Fritz)

Die 27 VP-Mandate entfallen auf die Bundesländer wie folgt: Burgenland: 1, Kärnten: 1, NÖ: 7, OÖ: 6, Salzburg: 2, Steiermark: 4, Tirol: 3, Vorarlberg: 2, Wien: 1

Funktionen in der BR-Fraktion

Die Funktionen in der BR-Fraktion standen in der Fraktionssitzung im April 2009 zur Wahl jeweils für die Dauer von drei Jahren: Gottfried Kneifel wurde zum Vorsitzenden der BR-Fraktion gewählt, zu seinen Stellvertretern wurden Georg Keuschnigg und Mag. Bettina Rausch bestimmt. Die BR-Fraktion sprach Mag. Harald Himmer das Vertrauen in seiner Funktion als Vizepräsident

Parlament

des Bundesrates aus. Als Ordner fungiert seit Dezember 2010 Ferdinand Tiefnig. Josef Saller und Martina Diesner-Wais haben die Funktion des Schriftführers/der Schriftführerin übernommen.

BR-Präsidentschaften – VP-Landeshauptleute

2. Halbjahr 2010: Niederösterreich
Martin Preiner / LH Dr. Erwin Pröll

1. Halbjahr 2011: Oberösterreich
Gottfried Kneifel / LH Dr. Josef
Pühringer

BR-Enqueten & Veranstaltungen

Am 24. November 2010 diskutierten die zuständigen Ministerinnen und Expertinnen bzw. Experten über die Zukunft des heimischen Bildungswesens in der Enquete „Autonome Schule – Moderne Schulverwaltung“. Die „Europakonferenz des Bundesrates“ in Linz am Europatag, dem 09.05.2011, beschäftigte sich mit der besseren Vernetzung der österreichischen Akteure der Europapolitik auf legislativer Ebene. Diskutiert wurde auch, wie die Länder/Regionen/Mitgliedsstaaten stärker in den europäischen Gestaltungsprozess eingreifen können.

BR-Gesetzesinitiative zur Lissabon-Begleitnovelle

Im BR-Plenum am 06.05.2010 wurde mit großer Mehrheit ein Gesetzesantrag des Bundesrates zur Lissabon-Begleitnovelle beschlossen, der die verfassungsrechtlichen Bestimmungen in Zusammenhang mit dem Lissabon-Vertrag für den Nationalrat, aber vor allem für den Bundesrat festlegt und dessen Mitwirkung in EU-Angelegenheiten im Rahmen des Subsidiaritätsverfahrens regelt.



Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit des Klubs

ARBEIT und SOZIALES

Arbeitsmarktpaket 2009 zur Abfederung der Weltwirtschaftskrise – Verlängerung der Kurzarbeit auf bis zu 24 Monate.

2. Sozialrechts-Änderungsgesetz 2009 – der Bund übernimmt die Beiträge zur freiwilligen Pensionsversicherung ab der Pflegestufe 3.

Das 3. Sozialrechts-Änderungsgesetz 2009 bringt die beitragsfreie Mitversicherung in der Krankenversicherung ab der Pflegestufe 3 der gepflegten Person.

Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2010 und 15-a-Vereinbarung – mit der bedarfsorientierten **Mindestsicherung** wird die bisherige Sozialhilfe der Länder vereinheitlicht und reformiert.

Sicherung des Pensionssystems durch **Auslaufen der „Hacklerregelung“** (Budgetbegleitgesetz 2011).

Ausländerbeschäftigungsgesetz – Übergangsregelungen im Zuge der Arbeitsmarkttöffnung für die EU-8-Mitgliedsstaaten.

Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz – Sicherung gleicher Arbeitsmarkt- und Lohnbedingungen für alle Arbeitsverhältnisse.

AUSSENPOLITIK und EUROPA

Lissabon Begleit-B-VG – effektive und zeitnahe Mitwirkung von NR und BR an der europäischen Gesetzgebung.

Geplante Vertragsänderung für **Euro-Schutzschirm** im Hauptausschuss zugestimmt.

Konsulargebührengesetz – Anpassungen an innerstaatliche Gebühren, Erleichterungen für Kinder und Jugendliche (z.B. Visagebühr für junge Menschen billiger).

Erfolgreicher Einsatz für einen **Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen** – Kandidatur Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen.

Auslandsösterreicherfondsgesetz – Europäische Agentur für Zusammenarbeit an den Außengrenzen (Frontex) – pro Ausbau Frontex.

EU-Vorlagen behandelt – 70 (EU-Haupt- und -Unterausschuss in XXIV. GP) und 47 im BR-Ausschuss (seit 28.10.2008).

BUDGET

Budget 2009, 2010 und 2011 beschlossen: Für das Jahr 2011 wird ein Defizit von 3,9% des BIP erwartet – ein hervorragender Wert im EU-weiten Vergleich.

Bundesfinanzrahmengesetze für die Jahre 2009 bis 2015 mit Ausgabenobergrenzen für die einzelnen Ministerien beschlossen – ein Benchmark.

Innerösterreichischer Stabilitätspakt und Finanzausgleichverlängerung bis 2014 in Vorbereitung.

Novelle zum Bundesfinanzierungsgesetz, Bundeshaushaltsgesetz und

das Bundeshaushaltsgesetz 2013 beschlossen.

FAMILIE

Gratis-Kindergartenjahr für alle Fünfjährigen. Im Rahmen einer Art.-15a-BVG-Vereinbarung wird das kostenlose Kindergartenjahr (halbtags) für alle Fünfjährigen ab Herbst 2009 ermöglicht, das verpflichtend mit Herbst 2010 in Kraft getreten ist.

Einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld mit 01.01.2010 Mit dem Kinderbetreuungsgeld NEU wird eine neue Pauschalvariante (12+2 Monate/1.000,- €) sowie die Möglichkeit des einkommensabhängigen Bezuges (12+2 Monate, 80% des letzten Nettoeinkommens, max. 2.000,- €/Monat) geschaffen.

FINANZEN

Ausführfinanzierungsförderungsgesetz und Ausfuhrförderungsgesetz von 40

Mrd. € auf 45 Mrd. € bzw. von 45 Mrd. € auf 50 Mrd. € angehoben.

Abgabenverwaltungsreformgesetz – einheitliches Bundesabgabengesetz ersetzt neun Landesabgabenverwaltungsgesetze.

Steuerreform 2009 im Volumen von 3,2 Mrd. € beschlossen.

Neuorganisation der österreichischen Anlegerentschädigung in Form eines 4-Säulen-Modells.

Konjunkturbelebungssetze – In Ergänzung des Bankenpaketes im Volumen von 100 Mrd. € vom November 2008 wurden zwei Konjunkturpakete verabschiedet.

Ökoprämiengesetz bzw. Verschrottungsprämie (1.500,- € Prämie) für Alt-Autos im Gesamtausmaß von 21 Mio. €.

Zahlungsdienstegesetz – Zahlungen müssen ab 01.11.2009 innerhalb von 3 Geschäftstagen, ab Ende 2011 innerhalb von einem Tag gutgeschrieben werden.

Katastrophenfondsgesetz – Mindestsumme von 93 Mio. € pro Jahr für Feuerwehren fixiert.

Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetz – Umschichtung von 10 Mrd. € aus dem Bankenpaket für Garantien für große österreichische Unternehmen.

Amtshilfe-Durchführungsgesetz und Änderung von zahlreichen Doppelbesteuerungsabkommen – Um die OECD-Standards zu erfüllen – auf Anfrage – wird ein Informationsaustausch für ausländische Kontoinhaber ermög-



Parlament

licht. Das Bankgeheimnis für Österreicher bleibt unverändert aufrecht.

Einführung eines begünstigten Kinder-Reisepasses um 30 €.

Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz als Rechtsgrundlage für den Österreich-Anteil am Euro-Rettungsschirm.

Glücksspielgesetz-Novelle 2008 und 2010 beschlossen. Mehr Spielerschutz und Kontrolle durch österreichweite einheitliche Mindeststandards beim Glücksspiel.

Kapitalerhöhung um 510 Mio. € bei der VERBUND AG für neue Projekte im Bereich der erneuerbaren Energie.

Finanzstrafgesetz und Betrugsbekämpfungsgesetz 2010 beschlossen.

Errichtung Transparenzdatenbank, die den Bürgern Abfragen über die von ihnen bezogenen Leistungen sowie über ihr durchschnittliches monatliches Einkommen erlaubt.

GESUNDHEIT

IVF-Fonds-Gesetz-Novelle 2010 – Regelungen bezüglich der Abgabe von Arzneimitteln und Verankerung einer Meldepflicht der Paare.

Bundesgesetz zur Stärkung der ambulanten öffentlichen Gesundheitsversorgung – Ermöglichung der Ärzte-GesmbH, um die kostengünstige extramurale regionale Versorgung der Bevölkerung zu verbessern.

2. Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2010 – 2. SVÄG 2010

Auch für ausländische Teilpensionen werden KV-Beiträge eingehoben.

GLEICHBEHANDLUNG

Änderung des Gleichbehandlungsgesetzes – ÖVP-Abgeordnete erreichen, dass es zu keinem Levelling-up außerhalb des Arbeitsmarktes kommt.

5-Parteienantrag zur Erstellung einer Burn-out-Studie.

INNERES

Schaffung eines Bundesamtes zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung – Schaffung einer Organisationseinheit im Bundesministerium für Inneres zur Bekämpfung von Amts- und Machtmissbrauch sowie zur Vorbeugung, Verhinderung und Bekämpfung von Korruption.

Fremdenrechtsänderungsgesetz – Schaffung der Rot-Weiß-Rot-Card zur Neuregelung eines geordneten Zugangs hochqualifizierter Arbeitskräfte oder von Arbeitskräften in Mangelberufen. Darüber hinaus Schaffung einer Anwesenheits-/Mitwirkungsverpflichtung im Asylverfahren.

Vorratsdatenspeicherung – Umsetzung der entsprechenden Richtlinie im Bereich des SPG zur Verbesserung der Kriminalitätsbekämpfung unter besonderer Berücksichtigung des Rechtsschutzes.

JUSTIZ

Insolvenzrecht – Schaffung eines

neuen Insolvenzverfahrens als Sanierungsverfahren.

Strafrechtliche Änderungen – Besonders hervorzuheben ist das 2. Gewaltschutzgesetz, durch das insbesondere Verschärfungen im Bereich des Sexualstrafrechts, aber auch Präventionsmaßnahmen in diesem Bereich beschlossen worden sind. In einer weiteren Novelle wurde die Möglichkeit des elektronisch überwachten Arrests geschaffen.

Strafrechtliches Kompetenzpaket – Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz staatsanwaltschaftlicher Entscheidungen; Schaffung einer zentralen StA zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und Kriminalisierung der Teilnahme an Terrorcamps.

Vorratsdatenspeicherung – Umsetzung der entsprechenden Richtlinie im Bereich der StPO zur Verbesserung der Kriminalitätsbekämpfung unter besonderer Berücksichtigung des Rechtsschutzes.

KONSUMENTENSCHUTZ

Konsumentenschutzrechts-Änderungsgesetz 2011. Es ist gelungen, eine Regelung gegen unerbetene Werbeanrufe – das sog. Cold Calling – zu schaffen, welche dem Konsumenten ab Erhalt der Ware bzw. Dienstleistung ein Rücktrittsrecht von 7 Tagen einräumt. Mit der aktuellen Novelle weiß der Konsument genau, ab wann ein Vertrag zustande gekommen ist und ab wann sein Rücktrittsrecht greift.

KULTUR

Novelle des Filmförderungsgesetzes – flexiblere Regelung der Sperrfristen (ÖFI).

Die ÖVP sichert das **Film/Fernseh-abkommen** mit der Novellierung des ORF-Gesetzes sowie den Fortbestand des Radio-Symphonieorchesters.

Initiative der ÖVP: **Filmförderungsmodell „Filmstandort Österreich“** beim Wirtschaftsministerium bringt bedeutende Vorteile für die heimischen Filmschaffenden.

Theaterarbeitsgesetz – Verbesserte Regelungen für Schauspieler/-innen.

KünstlerInnensozialversicherungs-Strukturgesetz – Einrichtung eines Servicezentrums bei der SVA der gewerblichen Wirtschaft für Künstlerinnen und Künstler.

Novelle des Bundesgesetzes über die Rückgabe von Kunstgegenständen aus den Österreichischen Bundesmuseen und Sammlungen – u.a. Ausweitung der Tatbestände.

LANDESVERTEIDIGUNG

Die ÖVP wirkte an der Evaluierung der Bundesheerreform mit.

In der von der SPÖ vom Zaun gebrochenen Debatte um die Abschaffung der Wehrpflicht steht die ÖVP auf dem Boden der Verfassung und des Regierungsübereinkommens und daher für die Beibehaltung der Wehrpflicht.

Im Parlament laufen die Arbeiten zur Erarbeitung einer Sicherheitsstrategie zwischen den fünf Parlamentsparteien.

SPORT

Neue moderne Anti-Doping-Bestimmungen – Übernahme des WADA-Code 2009; Verstärkung der Dopingprävention; lebenslänglicher Ausschluss wegen Dopingvergehen gesperrter erwachsener Sportler und Betreuungspersonen von der Bundesstützpunktstützung.

Die ÖVP initiiert Fünfparteienantrag zur Verbesserung der Rahmenbedin-

gungen für die Zusammenarbeit von Sportverein und Schule.

Bundes-Sportförderungsgesetz neu – moderner und effizienter Finanzmitteleinsatz aus der besonderen Bundes-Sportförderung für Förderung im Breiten- und Gesundheitssport und in der Professionalisierung im Spitzensport.

LANDWIRTSCHAFT

Agrarrechtsänderungsgesetz 2009 und 2010 – Mit den Agrarrechtsänderungsgesetzen 2009 und 2010 wurde eine Reihe von Gesetzen aus dem Agrarbereich verbessert.

Bundesgesetz über den Verkehr mit Wein und Obstwein (Weingesez 2009) Mit dem Weingesez wurden insbesondere spezifische Vorschriften über das Inverkehrbringen, die Bezeichnung, die Behandlung und die Kontrolle von österreichischem Qualitätswein, Landwein und Wein erlassen.

Marktordnungsgesetz und Marktordnungs-Überleitungsgesetz – Mit dem Marktordnungsgesetz haben wir für die Bauern, vor allem für die stark unter Druck geratenen Milchbauern, Entlastungsschritte einleiten können.

RECHNUNGSHOF

In fast jeder Plenarwoche werden die zahlreich einlangenden Berichte des Rechnungshofes, die die verschiedensten Ressorts betreffen, im Rechnungshofausschuss mit dem Präsidenten des Rechnungshofes sowie dem/r zuständigen Minister/in



Foto: ÖVP/Glaser

behandelt und anschließend auch im NR-Plenum diskutiert.

Umwelt

Das **Bundes-Umwelthaftungsgesetz** regelt die Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden nach dem Verursacherprinzip.

Das **Geodateninfrastrukturgesetz** enthält Vorgaben für die Erstellung von Metadaten, die Interoperabilität der Geodatenätze und -dienste sowie für die Einrichtung von Netzdiensten auf nationaler Ebene.

Das **Immissionsschutzgesetz-Luft** stellt einen Werkzeugkoffer dar, der den Landeshauptleuten die Möglichkeit gibt, Maßnahmen bei den Emittenten (Verkehr, Wirtschaft ...) zu setzen.

Abfallwirtschaftsgesetz – Österreich setzt künftig stärker auf Abfallvermeidung und führt dazu eine fünfstufige Abfallhierarchie (Vermeidung – Vorbereitung zur Wiederverwertung – Recycling – sonstige Verwertung – Beseitigung) ein.

Das **Wasserrechtsgesetz** enthält die Umsetzung der EU-Hochwasserrichtlinie und eine wesentliche Entbürokratisierung bei Effizienzsteigerungen von Wasserkraftwerken.

Unterricht

80 Mio. € für den **Ausbau qualitativ hochwertiger Tagesbetreuung** auf 4 Jahre – Ziel: Wo Bedarf besteht, muss Angebot vorhanden sein!



130 Mio. € für den flächendeckenden Ausbau der Neuen Mittelschule – **Hauptschulen sollen zu „Mittelschulen“ weiterentwickelt** werden. Die AHS-Langform bleibt erhalten.

Teilzentrale Reifeprüfung an AHS und BHS bringt bessere Validität der Abschlüsse.

Modulsystem im Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige schafft Flexibilität.

Neues **BIFIE-Gesetz** sichert Einbindung der Schulpartner und verbesserte Kontrolle gegenüber dem BIFIE.

Sprachförderkurse wurden verlängert und ausgebaut.

Bundesweites und alle Schulen bzw. Ebenen der Schulverwaltung umfassendes **Qualitätsmanagement**. Neue Kernaufgaben für die Schulleitung.

Verfassung

Lissabon-Begleitnovelle – Durch den Vertrag von Lissabon wird mit der Subsidiaritätsrüge und der Subsidiaritätsklage die Rolle der nationalen Parlamente gestärkt. Das BVG regelt

diese Zuständigkeiten von Nationalrat und Bundesrat. Zusätzlich werden Informationsverpflichtungen für die Bundesminister normiert.

Mit dem **KommAustria-Gesetz** wird die verfassungsrechtliche Grundlage für eine unabhängige Medienregulierung geschaffen und die KommAustria in eine weisungsfreie Behörde umgewandelt. Zusätzlich zu ihren bisherigen Aufgaben soll die KommAustria auch für die Rechtsaufsicht über den ORF und die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Fernseh-Exklusivrechtgesetz zuständig sein.

Das **B-VG Kinderrechte** verankert gemäß der UN-Kinderrechtskonvention erstmalig Kinderrechte in der österreichischen Verfassung und sieht u.a. einen Rechtsanspruch von Kindern auf Schutz und Fürsorge sowie auf gewaltfreie Erziehung vor.

Verkehr

Postmarktgesetz – Rahmenbedingungen geschaffen, dass Post und neue Mitbewerber im liberalisierten Markt erfolgreich sind. Österreichweite Versorgung mit Postdiensten sichergestellt.

ÖVP-Abgeordnete erreichen Richtungsentscheid pro **Rettungsgasse**.

ÖVP initiiert zugunsten ehrenamtlicher Mitarbeiter/innen **Sonderregelung für Feuerwehr- und Rettungsfahrzeuge bis 5,5 t**.

Verkehrssicherheit – Maßnahmen gegen Alkohol am Steuer; neue Moped-Ausbildung; härtere Strafen für Extrem-Raser; Verfolgung ausländischer Raser; Helmpflicht für Kinder bis 12 Jahre beim Radfahren (ohne Strafen).

Bahn – Die ÖVP **kontrolliert** den effizienten Einsatz öffentlicher Mittel. Wir wollen eine kunden- und nahverkehrsfreundliche Bahn und einen international wettbewerbsfähigen Betrieb.

WIRTSCHAFT

Änderung des **Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes** zur dringenden Verfahrensbeschleunigung ohne dabei den Umweltschutz einzuschränken oder Bürgerinteressen zu beschneiden.

Ökostromgesetz-Novelle 2009 zwecks Ausbaus der Ökostromproduktion nach Maßgabe der vorhandenen Ressourcen; Erhöhung des zusätzlichen Unterstützungsvolumens von 17 auf 21 Mio. € beschlossen.

Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz 2010 und Energie-Control-Gesetz, Gaswirtschaftsgesetz 2011, Energie-Control-Gesetz und Preistransparenzgesetz – Umsetzung des dritten EU-Liberalisierungspaketes für den Energie- und Gasbinnenmarkt mit Stärkung und Absicherung der Ver-

braucherrechte, wirksame Entflechtung der Übertragungsnetzbetreiber, Neugestaltung der Regulierungsbehörde und verbesserter Rechtsschutz.

WOHNRECHT/BAUTEN

Förderoffensive Thermische Sanierung 2011. Im Zeitraum von 2011 bis 2014 werden jedes Jahr 100 Mio. € (70 Mio. € für den privaten Wohnbau, 30 Mio. € für Betriebe) für die Anreizfinanzierung von Projekten zur thermischen Sanierung vorgesehen.

TOURISMUS

Zahlreiche Entschließungsanträge:

Optimierung der Zusammenarbeit zwischen der Österreichischen Freizeit- und Tourismuswirtschaft und den Österreichischen Bundesbahnen, mit besonderem Fokus auf Radtourismus und Gästeanreise.

Entzerrung der europäischen Ferienordnung unter Berücksichtigung pädagogischer Erfordernisse.

Maßnahmen zur Attraktivierung von (Lehr-)Berufen im Tourismus für eine längere Verweildauer von Beschäftigten in der Tourismusbranche, insbesondere auch von älteren Mitarbeitern.

Europaweite Harmonisierung der Hotelsterne – Klassifizierungssysteme.

WISSENSCHAFT

Mit dem **Universitätsrechts-Änderungsgesetz 2009** wurden zeitgemä-

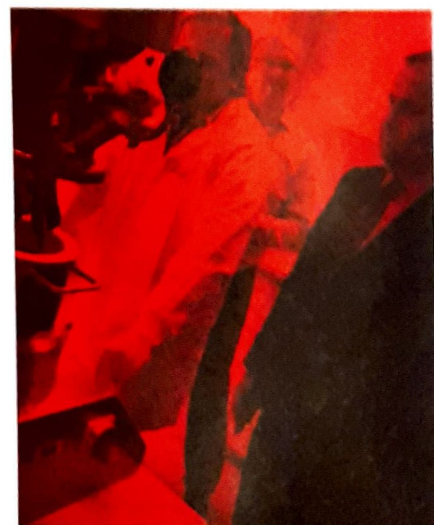
ße, unternehmensnahe Strukturen, eine klare Kompetenzverteilung zwischen Rektorat, Senat und Universitätsrat und weniger Bürokratie geschaffen

Eine weitere Änderung des **Universitätsgesetzes** brachte mit einer Weiterentwicklung und Straffung der Studieneingangsphase sowie verpflichtender Voranmeldung und Studienberatung den Studierenden mehr Planbarkeit und Qualität

FORSCHUNG

Novelle des Telekommunikationsgesetzes – Die Straffung der Verfahren zur Einräumung von Leitungs- und/oder Mitbenutzungsrechten ermöglicht effizienteren Mitteleinsatz und führt zu rascherem Ausbau der Glasfasernetze in Österreich.

FTI-Strategie der Bundesregierung – Erhöhung der Forschungsprämie von 8% auf 10%. Umfassende Strategie zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs. Österreich soll mit dieser Strategie zu den innovativsten Ländern der EU aufsteigen.



Europa ÖVP-DELEGATION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT



Aus der Europawahl am 7. Juni 2009 ging die ÖVP als klarer Sieger hervor.

	Stimmen	%	Sitze
ÖVP	858.921	30,0	6
SPÖ	680.041	23,7	4
MARTIN	506.092	17,7	3
GRÜNE	284.505	9,9	2
FPÖ	364.207	12,7	2

Inhaltliche Positionierung der ÖVP-Delegation

Österreich kann nur gemeinsam mit seinen Partnern in der EU seine Interessen in der Welt bestmöglich vertreten und Wohlstand und Sicherheit für die Menschen erreichen. Lösungen für die Probleme unserer Zeit sind nur gemeinsam möglich. Dazu gilt es, die EU weiterzuentwickeln. Grundprinzip dafür bleibt das Subsidiaritätsprinzip.

Der erste Adressat unserer Arbeit sind die Bürgerinnen und Bürger, nicht Parteien oder Institutionen. An der pro-europäischen, integrationsfreundlichen Haltung der ÖVP-Delegation darf kein Zweifel aufkommen. Die EU ist Teil vieler Lösungen und nicht Ursache der Probleme.

Die Innenpolitik darf nicht gegen die Europapolitik ausgespielt werden. Europapolitik ist ein wesentlicher Bestandteil der Innenpolitik. Die Innenpolitik muss europäisiert werden.

Europäisierung der Innenpolitik bedeutet u.a.:

- eine Budgetpolitik, die die Vorgaben der EU-Kommission strikt einhält und nicht zu Belastungen künftiger Generationen führt,
- eine Offensive im Bereich der Bil-

dungspolitik und Forschungsförderung, die Basis für unsere zukünftige Wettbewerbsfähigkeit ist,

- eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die den Standort Europa nicht nur sichert, sondern auch gerechte Lebensverhältnisse schafft,
- eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik, die die EU als Sprecher des Kontinents in der Welt stärkt.

Zusammensetzung der ÖVP-Delegation

Das neu gewählte Team der ÖVP im Europaparlament bestand seit der Wahl 2009 aus Othmar Karas, Ernst Strasser, Hella Ranner, Paul Rübig, Richard Seeber und Elisabeth Köstinger. Ernst Strasser wurde auf Vorschlag von Bundesparteiobermann Josef Pröll Delegationsleiter. Othmar Karas wurde wieder zum Vizepräsidenten der größten Fraktion im Europaparlament, der EVP-Fraktion gewählt. Nach den Rücktritten von Ernst Strasser und Hella Ranner im März 2011 rückten die auf der Wahl-liste nächstgereihten Kandidaten Hubert Pirker und Heinz K. Becker auf die freiwerdenden Sitze nach. Die Delegation wählte Othmar Karas wieder zu ihrem Sprecher und Leiter und Elisabeth Köstinger zur Stellvertreterin.



Fotos: Europäisches Parlament, euronews, ÖVP

Aufgabenverteilung in der ÖVP-Delegation

Othmar Karas
Delegationsleiter



Othmar Karas, seit 2004 Vizepräsident und schon seit 1999 Schatzmeister der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, ist Delegationsleiter der ÖVP-Delegation. Er ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung, im Sonderausschuss zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise sowie im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten. Außerdem ist er stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz sowie im Sonderausschuss zu den politischen Herausforderungen und den Haushaltsmitteln für eine nachhaltige Europäische Union nach 2013. Karas ist Präsident der sogenannten „Kangaroo Group“, eines informellen Think Tanks zur Weiterentwicklung der EU, bestehend aus Angehörigen aller EU-Institutionen und Sozialpartnern. Er ist Vorsitzender der „SME-Intergroup“ des Europäischen Parlaments, die sich fraktionsübergreifend für die Anliegen von kleinen und mittleren Unternehmen einsetzt.

Elisabeth Köstinger ist stellvertretende Leiterin und parlamentarische Geschäftsführerin der ÖVP-Delegation im Europäischen Parlament. Sie ist Mitglied im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Elisabeth Köstinger



und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für internationalen Handel im Europaparlament. Köstinger ist Vizepräsidentin der „Intergroup Jagd“, die sich fraktionsübergreifend für Biodiversität, nachhaltige Jagd und den ländlichen Raum einsetzt. Sie ist Vizepräsidentin des Bauernbundes und Bundesobfrau der österreichischen Jungbauernschaft.

Richard Seeber



Richard Seeber ist umweltpolitischer Sprecher der EVP-Gesamtfraktion. Er ist Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für regionale Entwicklung. Als Vorsitzender des CDEF, des Christlich-Demokratischen Europaforums, leitet er die „ÖVP-Ortsgruppe Brüssel“.

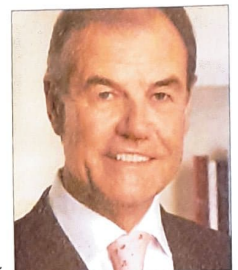
Paul Rübzig, Schatzmeister der ÖVP-Delegation, ist Mitglied im Haushaltskontrollausschuss und im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie. Er ist stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss. Außerdem ist er Vizepräsident der

Paul Rübzig



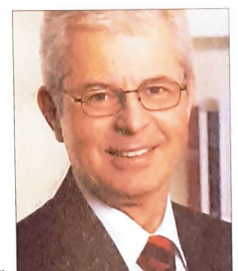
Parlaments-Delegation für die Beziehungen zu den Maghreb-Ländern und der Union des Arabischen Maghreb. Rübzig ist Vorsitzender des Wissenschafts-Ausschusses („STOA“) des Europaparlaments.

Hubert Pirker



Hubert Pirker ist Mitglied des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres.

Heinz K. Becker



Heinz K. Becker ist Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Kultur und Bildung. Außerdem ist er Mitglied des Petitionsausschusses des Europaparlaments und sitzt damit an einer wichtigen Schnittstelle zwischen Parlament und Bevölkerung.

Europa

Rolle der ÖVP-Delegation nach dem Lissabon-Vertrag

Der Lissabon-Vertrag zur Reform der EU trat am 1. Dezember 2009 – ein halbes Jahr nach der EU-Wahl – in Kraft. Eine wesentliche Veränderung durch den Lissabon-Vertrag ist das neue Kräfteverhältnis zwischen den EU-Institutionen. Der Vertrag erweitert die Gesetzgebungskompetenz des Europäischen Parlaments. Im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren ist das Parlament jetzt gleichberechtigter Gesetzgeber mit dem Rat (der Vertretung der nationalen Regierungen in der EU). Das heißt etwas wird nur dann Gesetz in der EU, wenn Europaparlamentarier und Regierungen der Mitgliedsstaaten gleichermaßen zustimmen. Das Parlament entscheidet jetzt u.a. in folgenden Bereichen, in denen es vorher keine Kompetenzen hatte voll mit: Landwirtschaftspolitik, Energiepolitik, Zuwanderung, Justiz und Inneres, Gesundheit, Struktur- und internationale Abkommen. Als einzige EU-Institution, die aus direkten Wahlen hervorgeht,

sorgt das Parlament dafür, dass die EU im Sinne der Bürger handelt und ihnen gegenüber demokratisch verantwortlich ist.

Diese Veränderungen geben auch der ÖVP-Delegation im EU-Parlament eine größere Verantwortung. Als nunmehr gleichberechtigte Gesetzgeber auf EU-Ebene ist durch den Lissabon-Vertrag auch der Koordinierungsbedarf zwischen ÖVP-Europaabgeordneten und ÖVP-Regierungsmitgliedern im Rat größer geworden.

Auswahl von Hauptthemen und Erfolgen der ÖVP-Delegation im EU-Parlament

Othmar Karas: Analyse und Empfehlungen zur Wirtschafts-, Finanz- und Sozialkrise als Koordinator des Krisen-Ausschuss; Berichtererstatter des Initiativberichts zur Eigenkapital-Richtlinie CRD IV (Basel III); Stärkung der Wirtschaftskoordinierung innerhalb der EU; Verordnung

zu Ratingagenturen; Schaffung einer Europäischen Finanzmarktaufsicht; strengere Aufsicht und Transparenz für alle Hedgefonds am Markt in der EU; Novellierung der Einlagensicherung; Regulierung von OTC-Derivaten; Stärkung von Versicherungseinlagensystemen; Regulierung der Rechnungslegungsprüfung; Schaffung eines neuen mehrjährigen Finanzrahmens für ein wettbewerbsfähiges und nachhaltiges Europa.

Elisabeth Köstinger: 300 Mio. € Soforthilfefonds für die europäischen Milchbauern; Stärkung der Bauern in der Lebensmittelversorgungskette; Aufwertung der Verhandlungsposition der Bauern und Verbesserung der Vertragsgestaltungen inkl. verbindlichen Zahlungszielen; Einsatz für eine klare Herkunftskennzeichnung und eine „place of farming“-Kennzeichnung für qualitativ hochwertige agrarische Erzeugnisse; Einsatz für Neueinführung einer geschützten Bezeichnung für Erzeugnisse aus Bergregionen; Bekämpfung von Marken- und Pro-



Foto: EPP-Fraktion

duktpiraterie, Freihandelsabkommen mit Indien und mit den Mercosur-Ländern.

Richard Seeber: Verbot von Analogkäse und Fleischklebern; Verhinderung von irreführender Gut-Böse-Bewertung von Lebensmitteln (Ampelregelung), Einsatz für das Verbot von Klonfleisch; Schutz von Arbeitsplätzen durch Gratiszuteilung von CO₂-Zertifikaten für von Abwanderung bedrohte Industriezweige (Carbon Leakage); keine Jagd auf Robbenbabys; Schutz der Wasserressourcen Österreichs; Stärkung der Unabhängigkeit von Ressour-

cenimporten durch ordentliches Abfallmanagement.

Paul Rübzig: Einsatz für die Abschaffung aller Roamingtarife in der mobilen Telekommunikation im EU-Raum bis 2015; Start der Programme „Erasmus für Journalisten“ und „Erasmus für Jungunternehmer“; Geld für den Small Business Act (Klein- und Mittelbetriebe); Einsatz für die Schaffung einer EU-Atombehörde, die gefährliche AKW abschalten kann; Initiative zur Nutzbarmachung der Hirnforschung für die Entwicklung neuer Technologien.

Da die beiden neuen EU-Abgeordneten **Hubert Pirker** und **Heinz K. Becker** erst seit dem 5. April 2011 – d.h. erst seit 6 Wochen – Mitglieder des Europaparlaments sind und der Gesetzgebungsprozess in der Regel länger dauert, wird an dieser Stelle noch auf eine Darstellung der spezifischen parlamentarischen Aktivitäten dieser Abgeordneten verzichtet.

Wir, die ÖVP-Delegation im EU-Parlament, ersuchen alle Mitglieder der ÖVP um eine intensive, offene Zusammenarbeit, um gemeinsam die bestehende Verdrossenheit zu überwinden. ■

ÖSTERREICHISCHER BAUERNBUND

Fritz Grillitsch
Präsident

1 Statistik und Wahlergebnisse

1.1 Der Bauernbund in Österreich – Mitgliederzahlen

Der Bauernbund zählt zu den stärksten
Teilorganisationen innerhalb der ÖVP.

Bundesland:	Mitgliederzahl per 17. 10. 2009:
Burgenland	5.618
Kärnten	6.603
Niederösterreich	122.213
Oberösterreich	64.149
Salzburg	10.705
Steiermark	50.910
Tirol	18.728
Vorarlberg	2.860
Wien	904
Summe	282.690

1.2 Der Bauernbund in Österreich – Landwirtschaftskammerwahlen

Stimmenanteil des ÖVP-Bauernbun-
des bei den Landwirtschaftskammer-
wahlen seit November 08.

Bundes- land:	Wahl- termin:	Prozent	Man- date
		für Bauernbund	
OÖ	25. 01. 2009	71,94%	27 von 35
Tirol	26. 03. 2009	91,79%	19 von 20
NÖ	28. 02. 2010	90,55%	32 von 36
Sbg	21. 02. 2010	68,08%	20 von 28
Stmk	30. 01. 2011	76,46%	32 von 39
Vbg	26. 02. 2011	82,1%	12 von 14

Dank seiner konstanten Wahlerfolge
stellt der Bauernbund sämtliche Prä-
sidenten der LWK Österreich.

1.3 Der Bauernbund in Österreich – Wahlen zum Europäischen Parlament 09

Die Wahlen zum Europäischen Parla-
ment sind von zentraler Bedeutung
für den Bauernbund. Vor allem auch
deshalb, weil die Agrarpolitik die
einzige Gemeinschaftsmaterie der
Europäischen Union ist. Die Wah-
len zum EU-Parlament vom 4. bis 7.
Juni 2009 brachten ein sehr erfreu-
liches Ergebnis für die ÖVP mit 30%
(6 Mandate) vor der SPÖ mit 23,7% (4
Mandate) und den anderen Parteien.
Durch einen engagierten Wahlkampf
des Bauernbundes erreichte die bis
dahin unbekannte ÖVP-Kandidatin
des Bauernbundes, Bundesobfrau der
Jungbauern, Elisabeth Köstinger, sen-
sationelle 44.238 Vorzugsstimmen.

1.4 Bundesbauernrat:

Neuwahl der Bauernbundspitze 09

Am 17. Oktober 09 wurde statuten-
gemäß der Bundesbauernrat mit der
Wahl der Bundesspitze des Österrei-
chischen Bauernbundes laut Wahl-
vorschlag des Präsidiums vom 7. Juli
2009 abgehalten. Bauernbundpräsi-
dent Grillitsch wurde eindrucksvoll
zum zweiten Mal wiedergewählt. Das
Wahlergebnis im Detail:

Funktion	Name	Stimmen
Präsident:	Abg.z.NR Fritz Grillitsch	95,61%
Vizepräsident:	Abg.z.NR Johannes Schmuckenschlager	96,67%
Vizepräsident:	VPräs. Ing. Franz Reisecker	98,33%
Vizepräsident:	MEP Elisabeth Köstinger	100%
Vizepräsident:	Präs. Josef Moosbrugger	97,5%
Bundesfinanz- referent:	LR Ing. Erich Schwärzler	99,17%
Bundesschrift- führer:	Präs. Franz Stefan Hautzinger	100%

2 Politische Schwerpunkte

2.1 Arbeitsjahr 2009

**Juni: Agrarbudget für 2009 und 2010
beschlossen.** Nach zähen Verhand-
lungen mit der SPÖ kann das Agrar-
budget für die Jahre 2009 und 2010
beschlossen werden.

**Juli: Bauernbund-Erfolg: National-
rat beschließt Maßnahmenpaket für
Milchbauern.** Die – durch die Milch-
krise unter Druck geratenen – Milch-
bauern in Österreich werden mit der
neuen Milchkuhprämie entlastet.

**September: Novellierung des Öko-
strom-Gesetzes.** Nach intensiver Vor-
arbeit und schwierigen Verhandlun-
gen gelingt am 23. September 2009
der Beschluss des neuen Ökostrom-
Gesetzes im Nationalrat.

Oktober: EU-Milchgipfel in Wien. Auf-
grund des niedrigen Milchpreises in
Europa wird europaweit zu einem
Milchstreik bzw. Lieferboykott auf-
gerufen. 20 EU-Agrarminister treffen
einander auf Einladung von BM Niki
Berlakovich in Wien und vereinbaren
ein Forderungspaket, das beim

darauffolgenden EU-Agrarministerat beschlossen wird. So können insgesamt rund 700 Mio. € zusätzlich für Maßnahmen zur Unterstützung des Milchmarkts eingesetzt werden.

Oktober: Weingesetz „Neu“: Qualitätspyramide gesichert. Das neue Weingesetz stellt sicher, dass gelernte Bezeichnungen wie Qualitätswein, Spätlese, Eiswein etc. beibehalten werden können. Heimische Herkunft werden somit auch international geschützt.

2.2 Arbeitsjahr 2010

Februar: ORF-Publikumswahl: Erfolg für Neueinsteigerin Bernadette Tischler. Die 43-jährige Steirerin Bernadette Tischler erhält als Kandidatin für den Bereich „Konsumenten“ 73.500 Stimmen. Die 43-jährige Publikumsrätin darf dieses Votum als Vertrauensbeweis durch die Bevölkerung im ländlichen Raum feiern.

Juli: Tierschutz-Verordnung bringt Rechtssicherheit für bäuerliche Familienbetriebe. Tierschutzrat wird umstrukturiert. Nach monatelangen intensiven Verhandlungen im Parlament unterschreibt SPÖ-Gesundheitsminister Stöger die Tierschutz-Verordnung, mit der unwirtschaftliche und unrentable Umbauten älterer Stallungen abgewendet werden können.

November: Ergebnis der Budgetklausur in Loipersdorf – Bauernbudget bis 2013 gesichert. Nach schwierigen Verhand-

lungen gelingt ein Abschluss bei den Budgetverhandlungen für die Budgets bis 2014. Die Ausfinanzierung der EU-Agrarprogramme der ersten und zweiten Säule (Direktzahlungen, Bergbauern-, Agrarumwelt- und Investitionsprogramm) wird sichergestellt. Wermutstropfen: Durch Einsparungen im Bundesministerium für Gesundheit wird eine Reform im Bereich der Bäuerlichen Sozialversicherung (Unfallversicherung) notwendig, die noch 2011 abgeschlossen werden soll.

Dezember: Pauschalierungsverordnung verlängert. Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll unterschreibt die für die Land- und Forstwirtschaft unverzichtbare Pauschalierungsverordnung mit Gültigkeit bis 2015.

3 Kampagnen und Veranstaltungen

September 09 und 10: Erntedankfest mit Besucherrekord. Zentrales Veranstaltungshighlight des Bauernbundes (Österreichischer und Wiener Bauernbund) ist das traditionelle Erntedankfest am Wiener Heldenplatz. In den Jahren 2009 und 2010 wurden an den zwei Veranstaltungstagen annähernd 300.000 Besucherinnen und Besucher begrüßt.

Februar 10: „Heimisch kaufen – Österreichische Arbeitsplätze sichern!“: Die Kampagne „Heimisch kaufen“ zeigt

den Wert heimischer Lebensmittel-Produktion auf. Wer heimisch kauft, sichert den österreichischen Wirtschaftsstandort. Dies bestätigen auch wissenschaftliche Studien: Wenn es gelingt, den Konsum von Waren aus heimischer Produktion um 10 % zu steigern, entstehen 10.000 neue Arbeitsplätze. Mittlerweile wird die Kampagne von rund 110 Partnerbetrieben getragen, die insgesamt über 11.000 Mitarbeiter repräsentieren. Mehr als 4.000 registrierte Personen unterstützen die Kampagne.

Oktober 10: Unterschriftenkampagne „Kampf um unsere Bauernhöfe“. Ausgelöst durch eine massive Negativkampagne in Medien und Öffentlichkeit gegen die Bauernfamilien in Österreich (Erhöhung der Grundsteuer, Abschaffung des Einheitswertes, Transparenzdatenbank etc.), die vor allem durch die Arbeiterkammer geschürt wird, sowie anstehender schwieriger Budgetverhandlungen auf nationaler (Ende 2010) und europäischer Ebene (Mitte 2011) startet der Bauernbund eine groß angelegte Unterschriftenaktion. Binnen kürzester Zeit werden mehr als 115.000 Unterschriften aus allen Bundesländern gesammelt. Das klare Votum demonstriert die inhaltliche wie auch politische Geschlossenheit innerhalb der Bauernschaft und des Bauernbundes – wie die Streuung der Unterschriften zeigt, ist eine intakte Landwirtschaft der ländlichen Bevölkerung insgesamt ein wichtiges Anliegen. ■

ÖSTERREICHISCHE FRAUENBEWEGUNG

Österreichische Frauenbewegung

Die ÖVP-Frauen wollen eine starke Stimme der Frauen innerhalb der Partei sein und eine kraftvolle Interessenvertretung, wenn es um die Rechte der Frauen in gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Fragen geht. „Stark. Schwarz. Weiblich.“ ist eine aktive, politische Plattform für Frauen.

2010

Frauentag

Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März veranstalteten die ÖVP-Frauen am 4. März einen bestens besuchten Abend „Frauen für Frauen“ in Eisenstadt. Auf dem Podium sprachen namhafte Vertreterinnen über die Situation von Frauen, sowohl auf regionaler, nationaler wie auch europäischer Ebene. Ein mitreißendes Referat hielt die Präsidentin der Frauen in der Europäischen Volkspartei Doris Pack, und Staatssekretärin Christine Marek legte ein starkes Bekenntnis für die gerechte Beteiligung von Frauen in allen Bereichen ab.

Equal Pay Day

Vom 1. Jänner bis zum 13. April des Jahres 2010 haben Frauen, statistisch gesehen, gratis gearbeitet. Aufgrund der noch immer existierenden Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen von circa 20% beginnt die bezahlte Erwerbsarbeit für Frauen im übertragenen Sinn erst mit 13. April, während Männer für die gleiche Arbeit schon seit Anfang Jänner ihren Lohn bekommen. Um auf diese Unge-

rechtigkeit aufmerksam zu machen, haben die ÖVP-Frauen gemeinsam mit dem ÖAAB ein Zeichen gesetzt, indem sie 103 Luftballons steigen ließen, um sinnbildlich darauf aufmerksam zu machen, dass Frauen in den bisherigen 103 Tagen dieses Jahres „für Luft und Liebe“ gearbeitet haben.

Internationale Aktivitäten

Die ÖVP-Frauen vernetzen sich seit vielen Jahren mit anderen europäischen Frauenorganisationen und forcieren Austauschtreffen mit den Partnerorganisationen. Im November 2009 fand eine Studienreise nach Berlin statt, im Juni 2010 gab es ein Treffen mit den CSU-Frauen in München. Dabei konnten gemeinsame Projekte und Themen diskutiert werden.

Bundestag 2010

Beim Bundestag der ÖVP-Frauen in Innsbruck wurde die Niederösterreicherin Abg.z.NR Bgm. Dorothea Schittenhelm eindrucksvoll zur neuen Bundesleiterin gewählt. Sie übernimmt damit den Vorsitz von der scheidenden ÖVP-Frauenchefin Maria Rauch-Kallat, die zwölf Jahre die Frauen erfolgreich geführt hat. Maria Rauch-Kallat hat die Frauenpolitik in Österreich mit ihrer Erfahrung, ihrer Kompetenz und ihrem Einsatz maßgeblich geprägt – sei es als ÖVP-Generalsekretärin, Nationalrätin, Ministerin, als Bundesobfrau der ÖVP-Frauen oder als Vizepräsidentin der Frauenorganisation der Europäischen Volkspartei.

Dorothea Schittenhelm
Bundesobfrau



Gemeinsam mit ihren Stellvertreterinnen Abg.z.NR Claudia Durchschlag, Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder, MMag. Barbara Kogler und Landesrätin Greti Schmid ist Dorothea Schittenhelm eine starke Stimme für die Anliegen von Frauen in ganz Österreich.

Mit der 29-jährigen Bernadett Thaler holte Bundesleiterin Abg.z.NR Dorothea Schittenhelm Anfang Februar 2011 eine neue Generalsekretärin in die Bundesleitung und komplettierte damit das Team der ÖVP-Frauen. Bernadett Thaler war bereits drei Jahre als Generalsekretärin der Jungen ÖVP tätig und zuletzt für den Bereich „Aus- und Weiterbildung“ auf der Politischen Akademie verantwortlich.

Treffen der Bürgermeisterinnen

In Kooperation mit der Politischen Akademie haben die ÖVP-Frauen die Vizebürgermeisterinnen und Bürgermeisterinnen aus ganz Österreich eingeladen, um gemeinsam Themen und Projekte zu diskutieren und um die engagierten Kommunalpolitikerinnen zu vernetzen.

2011

Frauenquote – ein wichtiger Schritt zur gerechten Teilhabe

Als wesentlichen Schritt zur gerechten Teilhabe von Frauen und Erfolg für die kontinuierliche Arbeit der ÖVP-Frauen bezeichnet die Bundesleiterin der ÖVP-Frauen, Abg.z.NR

Bgm. Dorothea Schittenhelm, den Beschluss des Ministerrates, Frauenquoten in Aufsichtsräten staatsnaher Betriebe einzuführen. Bis 2013 soll der Frauenanteil bei 25% liegen, bis 2018 soll er weiter angehoben werden. Ein Meilenstein in der Frauenpolitik!

100 Jahre Frauentag

Anlässlich des 100. Internationalen Frauentages haben die ÖVP Frauen mit zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen in ganz Österreich einen Schwerpunkt gesetzt:

- **Besuch eines Kindergartens:** ÖVP-Bundesparteibeamten Finanzminister Josef Pröll und die Bundesleiterin der ÖVP Frauen, Abg.z.NR Bgm. Dorothea Schittenhelm, würdigten die wertvolle Arbeit von Pädagoginnen. „Wir wollen all jenen Frauen danken, die sich für die Betreuung und Erziehung von Kindern einsetzen und damit einen wichtigen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten“, sagte Pröll im Rahmen eines Besuches im Kindergarten Bisamberg. ÖVP-Frauen-Chefin Schittenhelm rückte dabei vor allem das Thema Bildung in den Mittelpunkt: „Bereits im Kindergarten wird die Basis für das Aus- und Fortkommen von Frauen und die Grundlage für ein gerechtes Einkommen gelegt. Eine fundierte Ausbildung ist der Schlüssel zu mehr Gleichstellung. Gerade deshalb ist es uns ÖVP-Frauen ein Anliegen, auf dieses wichtige Thema aufmerksam zu machen“, so Schittenhelm.

- **Demonstration für Frauenrechte** – Mehr Mitsprache von Frauen, Schutz vor Gewalt, Vereinbarkeit von Familie und Beruf! Ein breites Bündnis von Frauen aus den unterschiedlichsten Lebens- und Arbeitsbereichen, mehr als 150 Frauenorganisationen und -initiativen aus allen neun Bundesländern haben auf der Wiener Ringstraße gegen Diskriminierung, Ausbeutung und für die Rechte der Frauen demonstriert. Vor genau 100 Jahren gingen 20.000 Frauen gemeinsam auf die Straße, um sich für Frauenrechte einzusetzen. Was damals als Aufbegehren mutiger Frauen gegen die untragbaren gesellschaftlichen Zustände begann, wird heute weltweit als erforderlicher Aufruf für die Gleichstellung und Gleichberechtigung verstanden. „Mit unserer Teilnahme haben wir ein Zeichen gesetzt – ein Zeichen der Wertschätzung und Solidarität mit Persönlichkeiten, die bereits in der Vergangenheit für Frauenrechte eingetreten sind“, so die ÖVP-Frauen am Rande des Protestmarsches.
- **ÖVP-Frauen kaufen Aktien:** Anlässlich des 100. Internationalen Frauentages unterstützen die ÖVP Frauen Projekte in den ärmsten Ländern der Welt, um Frauen in schwierigen Lebenssituationen bei der Entwicklung und der Verbesserung der Lebensumstände zu helfen. „Wir kaufen Aktien“, hat Bundesleiterin Abg.z.NR Bgm. Dorothea Schittenhelm angekün-

digt: In allen Bundesländern erwerben die ÖVP-Frauen mit einer Spende eine Aktie des Hilfswerks Austria International, um Frauen zu unterstützen, die dringend Hilfe benötigen.

- In allen Bundesländern haben die ÖVP-Frauen Veranstaltungen und Aktionen durchgeführt, um anlässlich des Frauentages ein lebendiges Signal der ÖVP Frauen zu setzen und um auf wichtige frauenpolitische Anliegen aufmerksam zu machen.

Tour durch die Bundesländer

Die neue Bundesleiterin Abg.z.NR Bgm. Dorothea Schittenhelm tourt durch alle Bundesländer, um die Gelegenheit zu nützen, mit den Frauen vor Ort ins Gespräch zu kommen.

ÖVP-Frauen gegen Atomkraft

Die aktuelle Katastrophe in Japan führt uns in dramatischer Weise vor Augen, dass Atomenergie bei einer Katastrophe nicht beherrschbar und daher nicht sicher, nicht nachhaltig ist. Österreich hat daher schon vor vielen Jahren einen anderen Weg gewählt und setzt diesen konsequent fort. Wir, die ÖVP-Frauen, unterstützen Umweltminister Niki Berlakovich in seinem strikten Anti-Atom-Kurs und setzen uns für eine Änderung der Energiepolitik weltweit ein: Eine atomkraftfreie Zukunft für uns und unsere Kinder. Mit einer breit angelegten Unterschriftenaktion sammeln die ÖVP Frauen in ganz Österreich Unterschriften gegen die Atomkraft! ■

Junge ÖVP **JUNGE ÖVP**



Sebastian Kurz
Bundesobmann

Die JVP und ihre Mitglieder in alle Bezirken Österreichs leisten Großes und ermöglichen es mit ihren zahlreichen Aktivitäten und Veranstaltungen, dass die JVP die stärkste politische Jugendorganisation Österreichs ist. Durch diese Stärke vor Ort können wir jedes Jahr mehr junge Mandatare in den Gemeinden, Ländern und im Bund stellen. Jetzt sind wir auch in der Bundesregierung vertreten.

Das Jahr 2008

Bis Juli 09 war Silvia Fuhrmann Bundesobfrau der JVP.

• Dezember/„Spice ist Scheiß“

Die JVP startete im Dez. 08 die Kampagne „Spice ist Scheiß“. Spice ist eine gefährliche, aber legale Droge. Doch nur weil etwas nicht verboten ist, ist es noch lange nicht gut. Die JVP setzte sich für ein rasches Verkaufsverbot von Spice ein und forderte den Gesundheitsminister auf, die Aufklärung über Spice voranzutreiben.

Das Jahr 2009

• April/YEPP-Kongress in Rom

Der Internationale Sekretär der JVP Gernot Blümel wurde beim YEPP-Kongress 09 in Rom zum Vizepräsidenten der YEPP (Youth of the European People's Party) gewählt.

• Mai/Europa-Wahl 2009

Mit einer Kampagne unter dem Titel „Europa wächst. Mit Dir.“ hat sich die JVP auf die Europawahl vorbereitet,

bei der sie auch auf der Liste stark vertreten war. Christine Haberlander (27, OÖ) war als Spitzenkandidatin der JVP auf dem 12. Listenplatz gereiht. Ein großer Erfolg: Bei den Jungen lag die ÖVP mit 28% auf dem 1. Platz.

• Juni/Bundestag – Die neue JVP

Im Juli 09 startete mit Sebastian Kurz das neue Bundesteam der JVP. Aus der verstärkten Nutzung der „Neuen Medien“ konnte die JVP schneller und direkter mehr junge Leute ansprechen und intensiver Netzwerke bilden. Um Jugendpolitik spürbar zu machen, waren wir dort politisch unterwegs, wo Junge in ihrer Freizeit sind.

• Juli & Aug./Die Sommertour – unterwegs in Österreich

Das neue Team nutzte den Sommer, um sich mit jungen Menschen und Mitgliedern der JVP auszutauschen und uns vorzustellen.

• Okt./Unterstützung beim Arbeiten

Mit dem „Zukunftspaket Lehre“ haben wir gemeinsam mit dem ÖAAB mehr Mitbestimmung, ein Mindesteinkommen und mehr Chancen für Lehrlinge gefordert.

• Okt. – Nov./Studieren statt Blockieren

Die Situation an den Unis muss verbessert werden, dass aber die Audimaxbesetzer wochenlang andere am Studieren hinderten, war für uns sinnlos. Unser Vorschlag: das Trimester-System einzuführen, die Flexibilität für Studierende zu steigern und eine effizientere Nutzung der Infrastruktur zu sichern.

• Nov./Das KURZ-Gespräch

Unser neues Veranstaltungsformat wurde das „KURZ“-Gespräch. Im Interviewformat stellte der BO Fragen von Jugendlichen an ein Regierungsmitglied, immer an besonderen Plätzen – wie zuletzt im U4.

• Nov./www.dein-superjob.at

Zur Einstiegsunterstützung in die Arbeitswelt bieten wir die Homepage www.dein-superjob.at an, auf der man Tipps und Tricks für Bewerbungen sowie die Chance auf Schnupperpraktika findet.

• Okt./Nachhaltig wirtschaften

Die zentrale Forderung ist ein nachhaltiges Pensionssystem. „Hart in der Sache, aber fair im Ton“ – so wollen wir uns in die Debatte einbringen. Mit der Kampagne „Wir sind doch nicht (die) Blecha“ stellten wir den Standpunkt der JVP klar. In der Verhinderung der 1,9%-Pensionserhöhung (Pensionistenpreisindex) sehen wir einen Teilerfolg.

• Okt. 09– Jän. 10/ „Österreichs Superpraktikant“

Inspiziert von Castingshows startete im Okt. die Jugendkampagne. Im Castingshowsformat suchte die ÖVP und die JVP Österreichs Superpraktikant.

Das Jahr 2010

Themen:

• März/Zivildienst – echter Alternativdienst statt bloßer Wehersatzdienst!

Die JVP forderte die Abschaffung der Gewissensklausel und die Möglich-

keit für Zivildienstler, auch Polizisten, Jäger oder Sportschützen werden zu dürfen. Teile der Forderung wurden von der Innenministerin umgesetzt. Zivildienstler dürfen jetzt zur Polizei, Sportschützen oder Jäger werden.

• Juli – Aug./Freiwilligen-Kampagne „rekord-verdächtig“

2011 ist das europäische Jahr der Freiwilligkeit. Mit Josef Pröll waren wir schon 2010 unterwegs. Mit der Kampagne „rekord-verdächtig“ sagten wir den 1,5 Mio. Freiwilligen unter 30 danke für ihr Engagement, mit dem sie unsere Gesellschaft zu der machen, die wir kennen und schätzen.

• Aug./Nicht Konflikte schüren, sondern Integration ermöglichen!

Ein wichtiges Thema für die JVP war und ist Integration. Mit dem Vorschlag, die deutsche Sprache in möglichst alle Lebensbereiche von Migrantinnen und Migranten zu bringen, brachte die JVP Bewegung, aber auch Sachlichkeit in die Debatte. Unser Vorschlag: Predigt und Alltag in Moscheen sollen auf Deutsch stattfinden.

• Sept./JVP-Bildungspapier

In unserem Bildungspapier haben wir unsere Schwerpunkte für die Bildungspolitik festgehalten und Vorschläge erarbeitet für die Schule der Zukunft. Im Mittelpunkt standen die Schülerinnen und Schüler, die die Schule auf das Leben vorbereiten soll.

• **Okt./Wir lassen uns nicht auspressen!**
Während der Pensionsverhandlungen hat die Kampagne „Wir lassen uns nicht auspressen! – Systemveränderung jetzt.“ gezeigt, dass wir uns nicht auspressen lassen. Wir forderten ein gerechtes Pensions- und Gesundheits-

system und eine effizientere Verwaltung. Mit der „Auspress-Bar“ vor dem Sozialministerium konfrontierten wir mit unseren Anliegen die Herren Hundstorfer, Khol und Blecha.

Projekte:

• seit Jän./Denkfabrik

In Open-Space-Gruppen, unter dem Motto „Austausch und Vordenken“, wird über gesellschaftlich kontroverse Themen diskutiert und Erfahrungen und Erlebnisse ausgetauscht. Ziel ist die Erarbeitung neuer Standpunkte und Blickwinkel auf der Themen.

• März/Internationaler Klub

130 JVP-Mitglieder hörten im Internationalen Klub ein Referat von BK a.D. Abg.z.NR Dr. Wolfgang Schüssel zum Thema Österreichs Außenpolitik während seiner Amtszeit.

• 19.–20. Juni/Die Bundeskonferenz

150 Funktionär/-innen der JVP setzten in Mondsee den Grundstein zur Freiwilligenkampagne. In 8 Experten-Workshops wurde über die Bedeutung von freiwilligem Engagement sowie über Rahmenbedingungen diskutiert.

• Juli – Aug./Sommertour 2010

Die Sommertour „rekord-verdächtig“, mit dem ÖVP-Regierungsteam durch ganz Österreich, war neben der Kooperation mit den Bezirksblättern und den 3.000 „rekord-verdächtig“-Paketen ein voller Erfolg.

• Sept./Flashmob gegen rotes Belastungspaket

Ein Flashmob vor dem Parlament unterstützte die Kampagne des WB „jetzt gegensteuern“. Anstatt über neue Steuern zu reden, tritt die JVP für nachhaltige Reformen bei Pensi-

onen, Verwaltung und Gesundheitswesen ein.

• seit 2010/Mentoring-Programm

Das Mentoring der JVP ist ein Angebot für engagierte Mitglieder, die dafür von den Ländern nominiert werden. Jedes Jahr treffen die Mentoringgruppen auf Expert/-innen, Politiker/-innen und Mitarbeiter/-innen der ÖVP und lernen so die Organisation und die politische Arbeit besser kennen.

Das Jahr 2011

Themen:

• Jän./Österreich-Dienst

Für die JVP klar: Der Erhalt der Wehrpflicht ist notwendig, das Bundesheer muss reformiert werden. Unser Vorschlag ist der Österreich-Dienst, mit Wahlmöglichkeit zwischen Landesverteidigung, Katastrophen- und Zivilschutz bzw. der Dienst bei einer gemeinnützigen Organisation.

• März – Mai/Vorrang für unsere Werte.

Unsere Initiative für Werte in der Politik statt Populismus und Beliebtheit. zeigt in einem Video, was Junge wollen: eine Politik, basierend auf den Werten Leistung, Nachhaltigkeit, Familie, Zusammenhalt und Individualität. Für inhaltliche Tiefe gab es zu den Werten Talkrunden mit Expertinnen und Experten.

• April 11/Staatssekretariat

Mit der Arbeitseinladung von Michael Spindelegger, das Integrationsstaatssekretariat zu übernehmen, ergab sich für die JVP eine Chance und große Herausforderung. BO Sebastian Kurz nahm die Möglichkeit wahr und vertritt die junge Generation in der Regierung. ■

ÖSTERREICHISCHER SENIORENBUND

Die Erfolgsbilanz des Österreichischen Seniorenbundes 2008–2011

Durch erfolgreiche inhaltliche Arbeit, ebenso wie durch aktive Mitgliederwerbeaktionen, kann der Seniorenbund heute auf **mehr als 305.000 Mitglieder** verweisen. Der Seniorenbund wird daher auch in den kommenden Jahren seine inhaltlichen Positionen weiter konsequent vertreten und somit auch dafür sorgen, dass **die älteren Generationen in unserer Volkspartei ihr Zuhause finden können**.

Beim **13. o. Bundesseniorentag am 30. September 2009** in Salzburg wurde diese erfolgreiche Arbeit eindrucksvoll bestätigt, als **Dr. Andreas Khol mit 100% zum Seniorenbund-Obmann wiedergewählt** wurde. Als seine **Stellvertreter/innen gewählt** wurden: **Labg. Ingrid Korosec** (Landesvorsitzende des Wiener Seniorenbundes), **Abg.z.NR Mag. Gertrude Aubauer** (ÖVP-Seniorensprecherin) und **Dr. Klaus Hecke** (Landesobmann-Stv. des NÖ-Seniorenbundes). Zudem wurde festgelegt, dass künftig **alle Seniorenbund-Landesobleute kraft Statut Bundesobmann-Stellvertreter/innen** sind.

In Politik, Medien und Gesellschaft: Die aktive Rolle der Seniorinnen und Senioren

Als Wählerinnen und Wähler sind die Senioren gerne gesehen – stellen sie jedoch Forderungen, werden sie gerne als „ungenügsam“ abgetan. In den

Wahlgängen zur **Europawahl 2009** – wo **Seniorenbund-Generalsekretär Heinz K. Becker mit seinem Vorzugsstimmen-Wahlkampf** zehntausende ältere Menschen für den Erfolg der Volkspartei zu den Wahlurnen brachte – und zum **ORF-Publikumsrat 2010** – wo für den Seniorenbund **Prof. Gerhard Tötschinger** antrat und mit Hilfe der Senioren erstmals 5 von 6 gewählten Publikumsratsmitgliedern von der ÖVP gestellt werden – war unsere Organisationsstärke gerne gesehen. Nicht immer jedoch, wenn es um die Anerkennung der Leistung der älteren Generationen geht. Oder darum, dass Seniorenbund-Kandidat/innen bei allen Wahlen auf wählbare Listenplätze gereiht werden.

Zur politischen Interessenvertretung kam daher seit 2008 eine besonders wichtige Zielsetzung hinzu: Die Tatsache, dass **Österreichs Seniorinnen und Senioren heute so lange gesund, aktiv und produktiv sind, wie nie zuvor in der Geschichte**, sollte endlich die gebührende Beachtung finden – und zwar auf allen Ebenen.

Auf Initiative des Seniorenbundes werden seit 2009 die **Medien-Preise „Senioren-Rose“** und **„Senioren-Nessel“** vergeben – als Auszeichnung für jene, die die Lebensrealitäten der älteren Generationen anerkennen, als Tadel für jene, die weiterhin zu tief in die Klischee-Kiste greifen (Stichwort „Taubenfütterer“). Die Preise wurden auch 2010 vergeben und sind für 2011 bereits in Vorbereitung.

Andreas Khol
Bundesobmann



Bereits seit 2005 erarbeitet die **Denkwerkstatt des Österreichischen Seniorenbundes** mit zahlreichen Expert/innen in mehreren Arbeitskreisen (z.B. „60plus – Lernen und Denken macht Spaß“, „Freiwillig aktiv sein. Dem Leben Sinn geben“ oder „Warum nicht eine Pension nach Maß?!) gesellschaftspolitisch wichtige Themen, die die Senioren dabei unterstützen sollten, **ihre Rolle in der Gesellschaft zu stärken**. Unterstützt wird diese Arbeit durch die **mittlerweile jährlich durchgeführte Meinungsforschung von GfK Austria mit der Seniorenstudie „Generation 60plus“**.

Aus der Denkwerkstatt-Arbeit ergeben sich in der Folge immer auch sehr konkrete Seniorenbund-Forderungen, wie zuletzt das **„Seniorenbund-Belohnungsmodell“** (mit 12% Pensionszuschlag für jedes nach 60/65 gearbeitete Jahr), die **kostenlose Unfall- und Haftpflichtversicherung für freiwillig Tätige** oder die **Anhebung der Zuverdienstgrenzen** für vorzeitig Pensionierte.

Entgegen allen Klischees: Gezielte Initiativen des Seniorenbundes für „Längeres Arbeiten“

Ebenfalls entgegen allen Klischees stand unser intensiver Einsatz für **„Länger arbeiten“**. Denn **Frühpensionierungen sind kein Privileg – sie sind vielmehr eine Diskriminierung aufgrund des Alters**. Sie verursachen massiven Kostendruck auf die sozialen Systeme, sind ungerecht gegenüber den Jüngeren, führen jedoch auch zu

massiven Nachteilen für die Betroffenen selbst.

Der Seniorenbund stellte daher schon im Februar 2010 das „Seniorenbund-Belohnungsmodell“ vor. Dabei setzt sich der Seniorenbund – im Besonderen Bundesobmann Dr. Andreas Khol und die beiden Bundesobmann-Stellvertreterinnen Ingrid Korosec und Mag. Gertrude Aubauer – nicht nur für die Einführung des „Seniorenbund-Belohnungsmodells“, sondern auch für die Schaffung von „Senior-Pools“ sowohl beim AMS als auch im öffentlichen Bereich ein und für die Abschaffung aller Formen der Zwangspensionierungen.

Der Seniorenbund wird hier nicht nachgeben, bis sichergestellt ist, dass jeder, der länger arbeiten kann und will, dies auch tun darf. Denn auch Senioren müssen die Chance haben, ihre Leistung einzubringen und auch für die älteren Generationen muss sich Leistung lohnen.

Paradigmenwechsel: Nur wer Reformen durchführt, garantiert die sichere Zukunft aller Generationen.

Früher titulierte als „Reform-Verweigerer“ und „Besitzstandswahrer“, trat der Seniorenbund den Gegenbeweis an,

ging (auch aufgrund der nur teilweise erfolgten Reformen im Zuge des Sparbudgets) in die **Offensive** und legte erneut **eigene Reformvorschläge** auf die Verhandlungstische des Landes. Wobei es dem Seniorenbund besonders wichtig war, dies in **Zusammenarbeit mit den Jungen** zu erreichen.

Die gemeinsam mit den Jungen erhobenen Forderungen sind u.a. die **Harmonisierung der Pensionssysteme – „ASVG für alle“ bis 2025, ein verfassungsgemäßes Auslaufen der Langzeitversichertenregelung** und die raschere **Anhebung des Eintrittsalters von Frauen!**

Darüber hinaus stellten wir unsere **Reformbereitschaft schon im Zuge des Sparpaketes 2010** unter Beweis: Die Einsparungspläne der Bundesregierung anerkennend, legten wir ein **eigenes 800-Millionen-Euro-Pensions-sparpaket** vor. Mit dem klaren Ziel: Sparen ja – aber durch Strukturreformen, nicht durch Null-Lohnrunden. Dabei konnten wir uns leider nur zum Teil durchsetzen. Es ist daher zu bedauern, dass nicht alle Struktur-Reformen umgesetzt werden konnten, weswegen für einige Pensionisten-Gruppen eine Null-Lohnrunde erfolgte. **Das stellte einen einmaligen Solidar-Beitrag der Senioren dar, die durch alle Maßnahmen zusammen mehr als eine**

halbe Milliarde zur Budgetkonsolidierung für das laufende Jahr beitrugen!

Nicht mit uns verhandelt und nie von uns akzeptiert wurde im Zuge des Sparpaketes übrigens die **Abschaffung des Alleinverdienerabsetzbetrages für Pensionisten**. Eine sozial ungerechte Maßnahme, gegen die wir weiterhin mit aller Kraft kämpfen!

Wir wollen der Leistung der Seniorinnen und Senioren Anerkennung verschaffen! Die Chancen der demographischen Entwicklung müssen genutzt werden.

Es wird weiter Aufgabe des Österreichischen Seniorenbundes und der Österreichischen Volkspartei insgesamt sein, ein Umdenken einzuleiten. Denn die heutigen Senioren sind nicht vergleichbar mit den Senioren früherer Zeiten: **Heutige Senioren sind gesünder, aktiver und produktiver als jemals zuvor in der Geschichte.** Sie müssen die Chance haben, ihre Leistung in unsere Gesellschaft einzubringen. Und ihre Leistung muss entsprechend anerkannt werden.

Wer die älteren Generationen des Landes ausschließlich als Leistungsempfänger sieht, ihre Leistungskraft allerdings weder erkennt noch nutzt, der lässt eine große Zukunftschance ungenutzt! ■

ÖSTERREICHISCHER WIRTSCHAFTSBUND



Christoph Leitl
Bundesobmann

Wirtschaftsbund: Starker Partner der Wirtschaft

Gesunde und starke Unternehmen sind die wesentlichste Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Um sich optimal entfalten und ihre Stärken bestmöglich ausspielen zu können, benötigen unsere Unternehmen die richtigen Rahmenbedingungen. Dafür setzt sich der Österreichische Wirtschaftsband mit aller Kraft ein. Auch in den letzten Jahren konnte der Wirtschaftsbund zahlreiche Maßnahmen im Interesse des Wirtschaftsstandortes und der Betriebe umsetzen, damit wesentliche Weichenstellungen vornehmen und sich weiterhin als starker Partner für die Wirtschaft positionieren.

Von der Abschaffung der Kreditvertragsgebühr über die Bundesmittel zur thermischen Sanierung, bis hin zu steuerlichen Entlastungen für Unternehmer/innen, etwa durch die Erhöhung des Gewinnfreibetrages, findet sich die Handschrift des Wirtschaftsbundes in vielen wirtschaftspolitischen Erfolgen.

Stärkung der regionalen Wirtschaft

Ein wesentliches Anliegen des Wirtschaftsbundes ist die Stärkung der regionalen Wirtschaft. Mit der Initiative „WiR – Wirtschaft in der Region“ zeigt der Wirtschaftsbund die Unverzichtbarkeit und die hohe Qualität der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) für die Regionen auf.

Zwei Mal fand im Rahmen dieser Initiative der große WiR-Wettbewerb statt, der die besten Initiativen, Projekte und Ideen für Kooperationen in der Region prämiert.

Im Jahr 2009 wurden über 1.150 Projekte eingereicht – ein Rekordergebnis und klares Zeichen dafür, dass auch die Wirtschaftskrise die Innovationskraft der Betriebe in der Region nicht brechen konnte. Im Rahmen einer Gala mit über 1.000 Teilnehmern wurden die innovativsten Entwicklungs- und Kooperationsprojekte von Wirtschaftsbund-Präsident Christoph Leitl und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner prämiert.

Im Jahr 2009 wurde ein wichtiger Punkt für die regionale Wirtschaft, nämlich die Schwellenwerte-Verordnung sowie deren Verlängerung bis Ende 2011, erreicht. Länder und Gemeinden können dadurch Aufträge im Bau-, Liefer- und Dienstleistungsbereich schneller und unbürokratischer, direkt an geeignete Unternehmen vergeben. Dadurch sparen sich die öffentlichen Auftraggeber Verwaltungskosten, während die Betriebe schneller zu ihrem Geld kommen.

Weniger Steuern

Mit der Abschaffung der Kreditvertragsgebühr wurde mit 1. Jänner 2011 eine langjährige Forderung des Wirtschaftsbundes umgesetzt. Darlehen und Kredite wurden dadurch um rund 150 Mio. € vergünstigt, die Benachteiligung kleinerer und mitt-

lerer Unternehmer bei der Kreditaufnahme im Vergleich zu internationalen Kapitalmarktfinanzierungen aufgehoben. Gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten ist diese Maßnahme wesentlich, weil sie dazu beitragen kann, Finanzierungsengpässe zu überbrücken.

Als Äquivalent für die Steuerbegünstigung des 13./14. Bezugs bei Arbeitnehmer/innen wurde für einkommensteuerverpflichtige Unternehmer/innen der Gewinnfreibetrag von 10% auf 13% angehoben und gilt für alle betrieblichen Einkommens- und Gewinnermittlungsarten.

Durchsetzen konnte der Wirtschaftsbund auch die Lohnnebenkostenbefreiung für die/den erste/n junge/n Mitarbeiter/in im ersten Jahr für Ein-Personen-Unternehmen (EPU). Durch diese Maßnahme konnte ein Investitionsimpuls für Unternehmer/innen gesetzt werden und gleichzeitig der Jugendarbeitslosigkeit entgegenge-wirkt werden.

Weniger Bürokratie

Im Rahmen des Arbeitsmarktpaketes II wurde das bürokratische Bonus/Malus-System für Einstellung bzw. Freisetzung älterer Arbeitnehmer beseitigt. Dadurch wurde ein wichtiger Schritt zur Erhöhung der Flexibilität von Unternehmen in der Wirtschaftskrise gesetzt. Die Kurzarbeit wurde von 18 auf 24 Monate verlängert. Um die Unternehmen auch weiterhin zu entlasten, übernimmt

das AMS ab dem siebenten Kurzarbeitsmonat die Sozialversicherungsbeiträge.

Angesichts der Wirtschaftskrise von Bedeutung war auch die vom Wirtschaftsbund durchgesetzte Erhöhung des Kreditmaximums für kleine und mittlere Unternehmen sowie Ein-Personen-Unternehmen. Zinsgünstige Kredite machen es möglich, Betriebe zu modernisieren oder zu erweitern sowie neue Produkte und Verfahren zu entwickeln.

Als wichtiger Schritt in Richtung Verwaltungsentlastung speziell für Kleinbetriebe wurde die Umsatzschwelle für Bilanzierungspflicht von 400.000 auf 700.000 € angehoben.

Fulminanter Wahlsieg

Die Erfolge des Wirtschaftsbundes schlugen sich letztlich auch bei den Wirtschaftskammer-Wahlen von 27. Februar bis 2. März 2010 deutlich im Ergebnis nieder: Es konnte ein fulminanter Wahlsieg eingefahren werden. Alle Wahlziele wurden souverän erreicht und durch einen Zugewinn an Stimmen sogar übertroffen. Bundesweit wurden 70,9% der Stimmen erreicht, was ein Plus von 0,8% im Vergleich zu den vorhergehenden Wahlen bedeutete. In allen neun Bundesländern werden damit die Präsidenten der Wirtschaftskammern weiterhin durch den Wirtschaftsbund gestellt.

WB-Programmprozess

Im Herbst 2009 startete der Wirtschaftsbund mit den WBimpulsen einen breiten Diskussions- und Ideenentwicklungsprozess. Ziel des Prozesses war es, Mitglieder, Experten und interessierten, unternehmerisch denkenden Menschen – auch außerhalb des Wirtschaftsbundes – bestmöglich in die Entwicklung eines neuen Programmes einzubinden. In vier Open-Space-Veranstaltungen in Linz, Salzburg, Graz und Wien und in einem parallel laufenden Unternehmer/innen Think Tank wurde eine Vielzahl an Vorschlägen gesammelt und Impulse erarbeitet, die zu einem Impulspapier mit Grundsätzen und Zielen unserer Unternehmerinnen und Unternehmer verdichtet wurden. Zur Fertigstellung des Papiers ging der Wirtschaftsbund erneut neue Wege, indem mit dem modernen Format der eKonsultation der komprimierte Entwurf der WBimpulse in einer breit angelegten Online-Diskussion weiter entwickelt und finalisiert wurde. Insgesamt leisteten weit über 1.000 Beteiligte über 12 Monate einen Beitrag zur Mitgestaltung der WBimpulse. Die Ergebnisse können sich sehen lassen: ein breites Portfolio an starken Grundsätzen, neuen Wegen und klaren Zielen für Österreich, das im Rahmen einer großen Veranstaltung im Herbst 2010 schließlich offiziell an den Bundesparteiobermann übergeben wurde.

Jetzt gegensteuern!

Seinem Selbstverständnis als Reformmotor der ÖVP entsprechend, lancierte der Wirtschaftsbund im Herbst 2010 unter dem Titel „Jetzt gegensteuern“ eine breite Online-Kampagne, in der auf notwendige Strukturformen aufmerksam gemacht wurde. Gleichzeitig wurde die zunehmende Belastung für den Mittelstand, die Wirtschaft und damit die Leistungsorientierten in Österreich thematisiert.

Neuer Vorsitz bei ARGE_WB

Wirtschaftsbund-Generalsekretär Peter Haubner wurde im Dezember 2008 zum Vorsitzenden der ARGE_WB gewählt und folgte damit Karlheinz Kopf nach. Die ARGE_WB ist die Arbeitsgemeinschaft der Nationalrats-, Bundesrats- und Europaabgeordneten des Wirtschaftsbundes im österreichischen Nationalrat und spielt eine wichtige Rolle hinsichtlich der Durchsetzung von Interessen des Wirtschaftsbundes im ÖVP-Parlamentsklub.

Darüber hinaus wurden in den vergangenen Jahren in zahlreichen Veranstaltungen relevante Themen und Inhalte transportiert (z.B. Mitarbeiter- und Funktionäre-Konferenz 2009 inkl. Vorbereitung auf die WK-Wahlen 2010; 10 Jahre Präsident Christoph Leitl (2009), Wirtschaftspolitiker Aschermittwoch (2009, 2010); Wirtschaft in der Region-Gala (2010). ■

Burgenland ÖVP BURGENLAND



Franz Steindl
Landesobmann

Unser Weg. Entscheiden. Verantworten.

Die ÖVP Burgenland trägt seit 1945 für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Burgenlandes Verantwortung. Mit 30.000 Mitgliedern in 374 Orts- und Gemeindeparteien ist die ÖVP in allen Teilen des Landes ein starker Partner für die Menschen und ihren Lebensraum. Wir werden auch in Zukunft mutige politische Entscheidungen treffen und damit Verantwortung für unsere Heimat tragen – das ist unser Weg.

Im folgenden Tätigkeitsbericht wurden markante Weichenstellungen der vergangenen drei Jahre ausgewählt.

Landtagswahl 2010

Die vorgezogene Landtagswahl im Mai 2010 stand für die ÖVP Burgenland unter schwierigen Voraussetzungen, trotzdem konnten beide gesteckten Wahlziele erreicht werden: das Brechen der absoluten Mehrheit der SPÖ und die Absicherung aller Mandate im burgenländischen Landtag. Mit dem erstmaligen Einziehen von fünf Landtagsparteien und einem sorgfältig verhandelten SPÖ-ÖVP-Regierungsprogramm für die kommende Periode ist das Burgenland gut aufgestellt.

Die Burgenländer wünschen sich die Zusammenarbeit auf breiter Basis. Die ÖVP Burgenland steht für diese

Zusammenarbeit – es geht darum, das Bestmögliche für das Burgenland und seine Menschen zu erreichen.

Service auf allen Ebenen

Neben der inhaltlichen und der Wahlkampfarbeit stand für die ÖVP Burgenland vor allem der Ausbau der Serviceleistungen im Mittelpunkt: Seit Anfang des Jahres 2009 ist der Bürgerservicebus der ÖVP Burgenland im Einsatz. Dieser Servicebus ist in allen Bezirken unterwegs und hat bisher knapp 55.000 Kilometer zurückgelegt.

Außerdem wurde die begonnene Service-Initiative fortgesetzt: In bislang mehr als 30 burgenländischen Gemeinden wurde ein Sicherheitsabend abgehalten, in mehr als 25 ÖVP-Ortsgruppen wurden „Energieberatungen“ organisiert. Als Burgenland-Partei ist es für uns selbstverständlich, dass wir im ganzen Land unterwegs sind und vor Ort das persönliche Gespräch mit der Bevölkerung suchen. Zusätzlich bieten wir den Bürgern ein breit gefächertes Spektrum an Serviceleistungen.

Programmparteitag

Wir haben 2011 zum ‚Jahr der Parteiarbeit‘ ausgerufen: Es geht dabei um eine umfassende Erneuerung der Strukturen und der Schlagkraft unserer Organisation. Die ÖVP Burgenland ist gut aufgestellt, das zeigte sich nicht zuletzt im guten Abschneiden bei der Gemeinderatswahl 2007 (ein Plus von 10 Bürgermeistern), der hohen Mit-

gliederanzahl von rund 30.000 Personen sowie im Erreichen beider Wahlziele bei der Landtagswahl.

Ganz unter dem Motto „Wer aufhört besser zu sein, hat aufgehört gut zu sein“ verordnete Franz Steindl eine strukturelle Verjüngungskur: Unsere Statuten sind im Laufe der Zeit und damit durch unzählige Novellen ein Flickwerk geworden. Eine Neufassung soll die innerparteilichen Spielregeln der Organisation an die gelebte Praxis und vor allem den neuen Herausforderungen anpassen. Dazu gehört insbesondere die Frage, wie wir unsere Mitglieder noch besser in die politische Arbeit einbinden können.

Neues ÖVP-Haus

Auch das ÖVP-Haus in der Eisenstädter Ing.-Julius-Raab-Straße ist in die Jahre gekommen und nicht mehr am Stand der Technik: Ein Bauausschuss wurde eingesetzt, der alle Varianten geprüft hat. Nach eingehender Diskussion wurde in der Landespartei-vorstandssitzung am 11. April 2011 der Neubau des ÖVP-Hauses am selben Standort beschlossen. Ziel ist es, unseren Mitgliedern damit besseres Service und unseren Mitarbeitern optimale Arbeitsbedingungen bieten zu können.

Gemeinderatswahl 2012

Die Vorbereitungen für die Gemeinderatswahl im Herbst 2012 laufen bereits jetzt auf Hochtouren. Ein speziell auf (zukünftige) Gemeindemandatare zugeschnittenes Programm in

Kooperation mit der Kommunalakademie Burgenland sorgt bereits jetzt mit Coaching der Spitzenkandidaten, Vorbereitung auf die Medienarbeit und die bedeutende Arbeit in den Gemeindeausschüssen vor. Eine sehr beliebte Form der Seminare sind die „Rufseminare“, die in jede Gemeinde bestellt und bei denen gemeindespezifische Inhalte durchgenommen werden können.

90 Jahre Burgenland

Vom Agrarland zum Wirtschaftsstandort mit hoher Lebensqualität: Mit Stolz und viel Selbstbewusstsein können wir Burgenländer den 90. Geburtstag unseres Heimatlandes feiern. Denn in diesen vergangenen neun Jahrzehnten hat sich das Burgenland in vielerlei Hinsicht zu einem Land mit hoher Lebensqualität entwickelt.

Als das Burgenland 1921 zu Österreich gekommen ist, hatten viele Zweifel an der Lebensfähigkeit des Landes. Die ersten Jahrzehnte waren von einer schwierigen und wechselhaften Entwicklung geprägt. In jahrzehntelanger Aufbauarbeit ist es letztlich gelungen, das Burgenland zu einer modernen und lebenswerten Region zu entwickeln. Heute präsentiert sich das einstige Agrarland als international anerkannter Wirtschaftsstandort mit 15.000 Unternehmen.

Besonders wichtige Meilensteine in der Entwicklung des Burgenlandes waren die Ostöffnung, der EU-Beitritt Österreichs und die Ziel-1-Förderungen.

- Mit Hilfe dieser Ziel-1-Förderung konnten Leitbetriebe in den Regi-

onen installiert und die Klein- und Mittelbetriebe gestärkt werden. Beispielgebende grenzüberschreitende Projekte auf verschiedenen Ebenen (Gemeinden, Schulen, Feuerwehr) wurden umgesetzt.

- Die Entwicklung des burgenländischen Tourismus ist eine Erfolgsgeschichte. Die Zahl der Nächtigungen ist von 2,1 Mio. im Jahr 1995 auf fast 3 Mio. im Jahr 2010 gestiegen.
- Allein seit 2004 wurden 1.700 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Mit den 6 Technologiezentren wurden regionale Innovationsdrehscheiben geschaffen.
- Im Bereich der Sicherheit haben wir mit der Landessicherheitszentrale, dem Kompetenzzentrum für Katastrophenschutz und dem neuen Brandausbildungszentrum richtungsweisende Projekte umgesetzt.

Zukunft sichern auch nach 2013

Bis 31.12.2006 wurden im Burgenland im Rahmen der Ziel-1-Förderungen rund 17.400 Projekte aus den Bereichen Gewerbe, Industrie, Tourismus, Humanressourcen und Landwirtschaft genehmigt und unterstützt.

In der nachfolgenden Periode von 2007 bis 2013, in der Projekte aus dem Phasing out, dem zugehörigen Additonalitätsprogramm für Ländliche Entwicklung, finanziert wurden, liegt der Schwerpunkt auf der Forcierung neuer Technologien und einer Exportoffensive für burgenländische Unternehmen. Auch die Unterstützung von Innovationen für burgenländische Klein- und Mittelunternehmen und die Förderung der Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer ist Teil

der Fördermaßnahmen. Um auch nach 2013 die Finanzierung zahlreicher Projekte im Burgenland zu sichern, wurden bereits Gespräche mit EU-Regionalkommissar Dr. Gio Hahn aufgenommen. Dieser stellt dem Burgenland auch nach 2013 Förderungen in Aussicht. Damit kann die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft weiter gestärkt werden, weiter in Infrastruktur investiert und somit auch Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden.

Es geht auch um Werte und Bewahrung unserer Identität

So wichtig unsere Erfolge in der Wirtschaft, aber auch am Arbeitsmarkt und in der Bildung sind, so wichtig war und ist es auch, dass wir unsere Identität bewahren und jene Werte pflegen, für die wir Burgenländer stehen: Das Burgenland ist seit jeher ein Land der Vielfalt, in dem das Miteinander einen besonderen Stellenwert hat. Vier Volksgruppen haben hier ihre Heimat. Das oft zitierte „pannonische Klima“ ist geprägt von Toleranz und Herzlichkeit, von Offenheit und Aufgeschlossenheit.

Das Burgenland ist ein Land der Dörfer, in denen Kultur und Brauchtum von unzähligen Vereinen gepflegt wird. Auch das ist Teil unserer burgenländischen Identität, die wir uns auch erhalten sollten.

Die ÖVP Burgenland bekennt sich zur Wahrung dieser burgenländischen Identität. Als verlässlicher Partner für die Burgenländer bauen wir an der gemeinsamen Zukunft weiter. Das ist unser Weg. ■

Kärnten ÖVP KÄRNTEN



Josef Martinz
Landesobmann

KLARE WERTE. KLARER KURS

Wer ein massives Haus bauen will, braucht ein solides Fundament. Genau hier hat die ÖVP Kärnten unter **Landesparteioobmann Josef Martinz**, **Klubobmann Stephan Tauschitz**, **Landesgeschäftsführer Thomas Goritschnig**, **Landespartei sekretär Achill Rumold** und mit dem gesamten Team vor drei Jahren angesetzt. Im Rahmen intensiver strategischer Auseinandersetzungen wurde ein klarer, erkennbarer ÖVP-Kurs eingeschlagen und konsequent beibehalten – mit Erfolg. Bei den Landtagswahlen im März 2009 konnte die ÖVP Kärnten ein **Plus von 5,2%** erreichen und damit erhöhte sich die Zahl der ÖVP-Landtagsabgeordneten und Bundesräte von vier auf sieben Mandatare. **Labg. Ferdinand Hueter**, **Labg. Claudia Wolf-Schöffmann**, **Labg. Annemarie Adlassnig**, **Labg. Franz Wieser** und **Labg. Christian Poglitsch** vervollständigen seither das schlagkräftige ÖVP-Reformteam im Landtag.

ÖVP setzt den Kurs

Die Kärntner Budgetsituation, hervorgerufen durch die vergangenen BZÖ/SPÖ-Verschwenderjahre, zwingt zu schwierigen Entscheidungen. Es gibt keine Alternative zum **Sanierungs- und Reformkurs**. Um Notwendiges umzusetzen und einen Kurswechsel für Kärnten zu erreichen, braucht man Mehrheiten. Deshalb geht die ÖVP Kärnten den Weg einer Koalition mit der FPK. Seit der Landtags-

wahl 2009 verfügt **Landesrat Dr. Josef Martinz** über die meisten Ressorts in der Kärntner Landesregierung. Verhandelt wird daher auf Augenhöhe, die ÖVP Kärnten gibt dadurch mit nur 17% dennoch den Reformkurs vor und drückt damit der Arbeit für Kärnten ihren Stempel auf. Kompromisse sind möglich, eine Abkehr vom konsequenten ÖVP-Reformkurs aber ist ausgeschlossen.

Von der Opposition zum Reformmotor

Hauptziel der ÖVP war, ist und bleibt die **Reduzierung der Nettoneuverschuldung** bis zum Erreichen des Nulldefizits, um Kärnten wieder zukunftsfit zu machen. Zu den Meilensteinen, die vom ÖVP-Team seit 2008 erreicht wurden, zählen der **Wirtschafts-Leitbild-Prozess**, der **Gemeindekonvent** als historisch größter Reformprozess für die Kärntner Gemeinden sowie eine umfassende **Wahlrechtsreform**. Durch die **Halbierung der Abgangsge-meinden** liegt Kärnten beim Gemeinde-Verschuldungsgrad nach Tirol an zweitbesten Stelle. Durch die Einsetzung eines U-Ausschusses unter ÖVP-Vorsitz kam es zu einer kompletten Neuaufstellung der **Kärnten Werbung**, Neuordnung der **Tourismusstrukturen** und Einführung einer neuen Kärnten Marke.

Mit der Forderung nach einem **Transferkonto** war die ÖVP Kärnten bereits 2009 Vorreiter. Eine umfangreiche Änderung des **Mindestsicherungsgesetzes** wurde ebenfalls 2009 durchgesetzt. Als zweites Bundesland nach Vorarlberg

krempelte Kärnten auf ÖVP-Initiative das **Besoldungssystem** um und schaffte zudem die **Pragmatisierung** ab.

Deutliche Reformakzente setzte die ÖVP auch 2010: mit einer umfassenden Novellierung des **KABEG-Gesetzes** – einem Meilenstein für ein zukunfts-fähiges Kärntner Krankenanstaltenwesen –, dem Totalumbau des **Kärntner Veranstaltungsgesetzes** und einer einschneidenden, aber unbedingt erforderlichen Änderung des **Kärntner Pensionsgesetzes**. Auf ÖVP-Drängen hin erfolgte eine massive Rücknahme der Abgaben für **Fremdenverkehrsbe-triebe** als direkte Entlastung für 7000 Kärntner Kleinbetriebe.

Das von LR Martinz umgesetzte **Bettelverbot** zeigt, dass auch 2011 die ÖVP nicht davor zurückschreckt, die heißen Eisen im Land anzupacken.

Konsequent am Weg

Nicht nur im Landtag und in der Landesregierung, auch auf allen anderen Ebenen ist die ÖVP Kärnten heute mit einem starken Team vertreten. Nach dem völligen **Umbau der Struktur der Landespartei** wurden die Bezirksbüros neu aufgebaut, das Service in den Gemeinden wurde forciert, „frisches Blut“ in die Partei geholt. Mit einem schlagkräftigen Wahlkampfteam aus Gemeinde-, Bezirks- und Teilorganisationen wurden die letzten drei arbeitsintensiven Jahre erfolgreich gemeistert. Noch nie zuvor in Kärnten folgten sämtliche Wahlgänge in so kurzem Zeitabstand aufeinander. Die

Wahlergebnisse sprechen eine klare Sprache: Die ÖVP Kärnten ist immer stärker positioniert im Land. Eine Arbeit, die von der Basis auch honoriert wird: Am **Landesparteitag 2010** wurde **Josef Martinz mit 90,31% als Landesparteiohmann bestätigt**.

Um noch stärker zu werden, wird konsequent am Haus der ÖVP Kärnten weitergebaut. 2010 und 2011 werden daher die direkten Kommunikationskanäle zur Basis forciert – durch gemeinsame Herausgabe der **Gemeindezeitungen** und der direkten Information der Mitglieder mittels der „**Landesnachrichten**“ sowie der „**Frauen.Sache**“ in Zeitungsform. Intensiviert wurde die Vernetzung von Landesebene und Parteibasis auch durch die „**Vor Ort am Wort**“-Tour des ÖVP-Landtagsklubs durch alle Kärntner Gemeinden. Mit der Gründung der **Kärntner Kommunalakademie K2** wurde das Ausbildungsangebot für Gemeindefunktionäre massiv erweitert. Starke und zukunftssträchtige Schwerpunkte wurden ab 2011 mit dem Jugend- und Frauenmentoring sowie Strategieklausuren für die Gemeinden gesetzt. Mit ständig intensiver Präsenz im **Web 2.0** wird auch an der Weiterentwicklung moderner Kommunikationskanäle gearbeitet.

Richtung. Zukunft.
Vieles wurde bereits erreicht – ein großer Dank dafür gebührt vor allem den zahlreichen engagierten Funktionärinnen und Funktionären vor Ort, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Bündnen und allen, die sich mit **Idealismus, Herz und Einsatz für**

die ÖVP und damit für Kärnten engagieren. Das Kärntner Führungsteam: „Vieles liegt noch vor uns – wir alle werden konsequent daran weiterarbeiten, die Kärntner Volkspartei noch schlagkräftiger, moderner und stärker zu machen. **Die ÖVP Kärnten geht mit klaren Werten und klarem Kurs in Richtung Zukunft!**“

**WAHLERGEBNISSE
KÄRNTEN 2009–2010**

Landtagswahl 2009

BZÖ	159.926	44,89%	+2,2%
SPÖ	102.385	28,74%	-9,7%
ÖVP	59.955	16,83%	+5,2%
GRÜN	18.336	5,15%	-1,6%
FPÖ	13.383	3,76%	

ÖVP größter Wahlgewinner unter LR Dr. Josef Martinz mit +5,2% von 4 auf 6 Abgeordnete plus 1 Bundesrat.

**Bürgermeisterwahlen,
Gemeinderatswahlen 2009**

SPÖ	131.262	36,65%	66 Bgm. (-4)
ÖVP	73.091	20,41%	36 Bgm. (+1)
BZÖ	110.830	30,94%	29 Bgm. (+2)

SPÖ verlor Absolute in 36 von 53 Gemeinden, ÖVP gewinnt in Summe 1 Bürgermeister dazu.

Europawahl 2009

SPÖ	40.442	25,37%	-11,0%
BZÖ	33.448	20,98%	
ÖVP	33.062	20,74%	-1,3%
MARTIN	28.235	17,71%	+5,1%
GRÜN	11.944	7,49%	-1,4%
FPÖ	10.704	6,71%	-12,7%

ÖVP kommt bis auf 386 Stimmen an das BZÖ heran, Elisabeth Köstinger zieht als einzige Kärntner Abgeordnete ins EU-Parlament ein.

**Personalvertretungswahlen
Öffentlicher Dienst 2009**

FSG	5.163	44,99%	-5,7%
FCG/AAB	4.845	42,22%	+4,9%
AUF	905	7,89%	+0,4%

Unsere Arbeitnehmervertreter gewinnen kräftig dazu und verkürzen den Abstand auf die FSG von 13,38% auf 2,77%.

Wirtschaftskammerwahl 2010

ÖWB	7.349	61,7%	+8,8%
RFW	2.513	21,1%	-7,8%
SWV	1.404	11,8%	-0,2%
GRÜN	483	4,0%	+1,0%

Wirtschaftsbund unter Präsident Franz Pachter baut absolute Mehrheit deutlich aus, Sylvia Wostal erste Vizepräsidentin.

Landes-Schülervertretungswahlen 2010

ÖVP-Schülerunion	13 Mandate
SPÖ-AKS	2 Mandate

Die Schülerunion Kärnten stellt Landesschulsprecher in den Bereichen AHS, BMHS und BS.

Landarbeiterkammerwahl 2010

ÖVP	60,4%	-1,6%	13 Mandate
SPÖ	26,9%	+0,9%	6 Mandate
FPK	12,7%	+0,7%	2 Mandate

Harald Sucher folgt Josef Winkler als LAK-Präsident nach und erringt den dritthöchsten ÖVP-Wahlsieg seit 1945.

Personalvertretungswahlen Post 2010

ÖVP-FCG	51%	(42%)	+9%
SPÖ-FSG	46%	(58%)	-12%
FPK-FA	2%		

Erstmals seit 1945 gewinnt die FCG die Mehrheit, Bernhard Koppitsch wird Vorsitzender.

Niederösterreich VOLKSPARTEI NIEDERÖSTERREICH

NÖ setzt Weg zur „Sozialen Modellregion“ fort

Die Volkspartei Niederösterreich setzt ihren eigenständigen Weg zur „Sozialen Modellregion“ in Europa mit Konsequenz fort. Das vorrangige Ziel wird durch Sicherung des Wirtschaftsstandortes und einer dynamischen Entwicklung des Bundeslandes erreicht.

Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeit sind eine schlagkräftige, gut organisierte und breit aufgestellte Parteiorganisation, ein kompetentes und strategisch agierendes VP-Landesregierungsteam sowie ein starker VP-Klub. Arbeitsklausuren des VP-Regierungsteams finden mindestens zweimal jährlich statt. Gemeinsam werden im Rahmen dieser Klausuren klar definierte Ziele sowie ein konkretes Arbeitsprogramm beschlossen. Durch enge Zusammenarbeit mit den Funktionärinnen und Funktionären, mit den Mandatarinnen und Mandataren sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Volkspartei Niederösterreich wird der Weg zur Modellregion Niederösterreich weiter verfolgt.

Gesundheit und Pflege

Um eine medizinische Top-Versorgung auch in Zukunft zu gewährleisten, wurden die 27 Landesklinikenstandorte in den nö. Bezirken unter einem Dach vereint. In den Ausbau und die Modernisierung der nö. Landeskliniken werden insgesamt rund 2 Mrd. € investiert.

Leistbare Pflege und Betreuung im Alter sind ein weiteres zentrales Ziel, für das in Niederösterreich enorme Anstrengungen unternommen werden. Als erstes Bundesland hat Niederösterreich ein eigenes Fördermodell für die 24-Stunden-Betreuung eingeführt – und ist damit auch heute Spitzenreiter in ganz Österreich. Derzeit gibt es in Niederösterreich 48 Landespflegeheime. Im Rahmen der Pflegeheimoffensive werden rund 205 Mio. € in den Ausbau investiert. Indem darüber hinaus 880 Pflegebetten bis zum Jahr 2015 geschaffen werden zeigt, wie wichtig uns das Erreichen unserer Ziele ist.

Soziale Dorf- und Stadterneuerung

Im Rahmen der Dorf- und Stadterneuerung werden derzeit mehr als 230 Dörfer und Städte vom Land begleitet und unterstützt. Nach der optischen und geistigen Dorf- und Stadterneuerung wurde durch die soziale Dorf- und Stadterneuerung eine weitere Komponente geschaffen. Bereits bestehende kommunale Netzwerke sollen um soziale Lösungsansätze in den Dörfern und Städten erweitert werden. Durch Ausbildung von nö. Sozialkoordinatoren kommen in den Gemeinden kompetente Ansprechpartner in sozialen Fragen zum Einsatz, die durch ihre kommunikative Art die Arbeit der Dorferneuerung einerseits unterstützen und andererseits neue Netzwerke und Initiativen ins Leben rufen. Die „Soziale Landkarte“ bietet die Möglichkeit, über Ideen, Projekte und Institutio-

nen zu informieren und eigene Vorhaben der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Nö. Kindergartenoffensive

Familien sind der Ursprung einer Gesellschaft – wo Familie ist, dort fühlt man sich zu Hause, wo Familie ist, dort ist Zukunft. Wenn es um politische Arbeit für Familien und für Kinder geht, dann ist NÖ zur Stelle.

Unser Angebot zur Kinderbetreuung vom Kindergarten bis zur Tagesmutter macht Familie und Beruf miteinander vereinbar. Während in NÖ der Kindergarten 30 Stunden gratis ist, gilt dies bundesweit nur 20 Stunden. Mit der Öffnung der Kindergärten für unsere 2,5-Jährigen konnten wir die Lücke zwischen Kinderbetreuungsgeld und Kindergarten schließen. Heute sagen 97% der nö. Eltern, dass sie mit der pädagogischen Qualität in unseren Landeskindergärten „sehr zufrieden“ bzw. „zufrieden“ sind.

Mit der nö. Kindergartenoffensive wurde der nächste Meilenstein gesetzt: 12.000 zusätzliche Betreuungsplätze und 1.300 zusätzliche Arbeitsplätze für Kindergartenpädagoginnen und Betreuerinnen. Nicht zuletzt deshalb liegt NÖ mit einer Frauenbeschäftigung von 75% im nationalen Spitzenfeld. Möglich geworden ist dies durch eine einzigartige Förderoffensive des Landes, die es nirgendwo sonst gegeben hat. So hat das Land die Gemeinden je nach Finanzkraft mit einer Sonderaktion mit bis zu 72% ge-

Erwin Pröll
Landesobmann



fördert. Mehr als 50% der nÖ. Landeskinderergärten sind aufgrund dieser Initiative nun entweder neu errichtet bzw. generalsaniert.

Bildung, Wissenschaft und Forschung

Mit dem nÖ. Schulmodell legen wir ein Bekenntnis für die Qualität unserer Hauptschulen ab. Damit stellen wir uns gegen Schulschließungen im ländlichen Raum und bewirken stattdessen zusätzliche Lehrerstunden, zwei Lehrkräfte in den Hauptgegenständen (Team-Teaching) und einen Unterricht nach AHS-Lehrplan.

Mit 5 FH-Standorten, der Donau Universität in Krems, dem Krebsforschungszentrum Med Austron in Wr. Neustadt, dem IFA in Tulln und dem I.S.T. Austria in Klosterneuburg untermauert NÖ seine Position als universitärer Lehr- und Forschungsstandort über die Grenzen Österreichs hinaus. Die Weichen für eine Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften wurden gestellt, damit in Niederösterreich auch für die Zukunft ein qualitativer Sprung in der Gesundheitsversorgung sowie die Versorgung mit medizinischen Fachkräften gesichert sind.

NÖ Arbeitsmarkt und dynamische Wirtschaft

Mit punktgenauen Konjunkturprogrammen haben wir in der Wirtschaftskrise erfolgreich gegengesteuert. Als sich die ersten Irritationen

im Wirtschaftsbereich abzeichneten, wurden in Niederösterreich umgehend notwendige Maßnahmen zur Abfederung verabschiedet. Mit insgesamt vier Konjunkturpaketen in der Höhe von 880 Mio. € wurde gegengesteuert. In vier Stufen wurde genau dort angesetzt, wo die Hilfe am wirksamsten war: bei Klein- und Mittelbetrieben, Arbeitnehmern und den Familien in Niederösterreich. Mit aktiver Betriebsansiedlung konnten wir rund 5.500 Arbeitsplätze ins Land holen. Mit gezielter Regionalförderung haben wir fast 4.000 Arbeitsplätze gesichert und geschaffen.

Und wo es an Arbeit oder Chancen fehlt, hat die NÖ. Arbeitnehmerförderung so viel Hilfe wie nie zuvor geboten: mit zahlreichen Projekten für Jugendliche, „Start up“, „Job 2000“, dem Lehrlingsauffangnetz bis hin zu Lehrstellenberatern. Ein weiterer Schwerpunkt wurde bei Projekten zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in das Berufsleben, wie mit dem Projekt „Mosaik“ gesetzt.

Die Initiativen zeigen, dass die richtigen Schritte gesetzt wurden. So ist seit mehr als einem Jahr ein konsequenter Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Die Zahl der Beschäftigten liegt bereits über den Zahlen aus dem Jahr 2007.

Energiefahrplan Niederösterreich

Ob Klimabündnis oder Energie aus

Biomasse: Niederösterreich ist „Bionier“ in Österreich und setzt klare Zeichen für die Energie der Zukunft, z.B. beim Ausbau alternativer und erneuerbarer Energieformen, wie Photovoltaikanlagen. Niederösterreich hat im Rahmen einer Arbeitsklausur einen Energiefahrplan mit einem klaren Bekenntnis zur Energiewende auf allen Ebenen verabschiedet. Niederösterreich ist heute schon vorbildlich im Bereich der erneuerbaren Energien aufgestellt. Doch auch für die Zukunft gibt es ambitionierte Ziele: Bis 2015 sollen 100% des Strombedarfs und bis 2020 50% des gesamten Energiebedarfs aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Bis zum Jahr 2020 sollen 20.000 neue „green jobs“ geschaffen werden.

Gemeindewahlen am 14. März 2010

Der Begriff der „Gemeindewahlen“ wurde bewusst gewählt, da es sich um 568 verschiedene Wahlen in 568 nÖ. Gemeinden mit 568 ganz unterschiedlichen Ausgangssituationen gehandelt hat. Aber alle hatten eines gemeinsam: Es wurde das beste Ergebnis für die Volkspartei seit 25 Jahren erzielt. Mit 51,6% konnte wieder die 50-Prozent-Marke überschritten werden. Derzeit sind in NÖ 428 VP-Bürgermeisterinnen und -Bürgermeister und 422 VP-Vizebürgermeisterinnen und -Vizebürgermeister für die Menschen vor Ort im Einsatz. ■

VOLKSPARTEI OBERÖSTERREICH

OÖVP – die führende Kraft in Oberösterreich

Das zentrale Ereignis in der Oberösterreichischen Volkspartei seit dem letzten Bundesparteitag im November 2008 waren die Landtags-, Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen am 27. September 2009.

Die OÖVP erreichte bei den Landtagswahlen 46,8% der Stimmen, das ist ein Plus von 3,3 Prozentpunkten. Damit konnte ein Regierungssitz hinzugewonnen werden. Seither stellt die OÖVP mit fünf Sitzen die absolute Mehrheit in der Landesregierung. Im Oö. Landtag hält die OÖVP mit 28 Mandaten die Hälfte der Sitze. In einer Zeit, in der Großparteien als Auslaufmodell gelten, gelang es, das weitestmögliche Wählerpotential auszuschöpfen.

Aber nicht nur bei den Landtagswahlen erwies sich die OÖVP als führende Kraft, sondern auch bei den Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen: Neun Bürgermeistersessel wurden neu erobert, 115 Gemeinderatssitze zusätzlich gewonnen.

Bereits davor wurden drei andere Wahlen erfolgreich geschlagen: Im Jänner 2009 fand die Landwirtschaftskammer-Wahl statt, im Frühjahr die Arbeiterkammerwahl und im Juni die EU-Wahl. Bei der Landwirtschaftskammer-Wahl konnte der Bauernbund seine führende Position verteidigen, bei der AK-Wahl erreichten ÖAAB-FCG neuerlich einen Zuge-

winn und bei der EU-Wahl verzeichnete Oberösterreich bundesweit den höchsten Stimmenzuwachs.

Landesparteitag 2009: 100% für Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer
Bereits ganz im Zeichen der bevorstehenden Wahlen stand der 38. Landesparteitag der OÖVP am 9. Mai 2009, der unter dem Motto „Gemeinsam für Oberösterreich“ abgehalten wurde. Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer wurde dabei mit 100% als Landesparteiobmann wiedergewählt.

Wahlkampf-Fokus: Wer soll Landeshauptmann werden?

Die zentrale Frage, die die OÖVP insbesondere im vierwöchigen Intensivwahlkampf thematisierte, war: „Wer soll Landeshauptmann werden?“ Die Zuspitzung auf Landeshauptmann Pühringer erfolgte aus gutem Grund: Josef Pühringer führte Oberösterreich nicht nur erfolgreich durch die Wirtschaftskrise, die Oö als Industrie- und Exportbundesland ganz besonders getroffen hat, sondern auch alle Umfragen bescheinigten ihm Spitzenwerte. Begünstigt wurde diese Zuspitzung durch ein durch die Wirtschaftskrise stark ausgeprägtes Bedürfnis nach Führung. Diese Leadership-Dimension wurde in der gesamten Kampagne angesprochen.

Inhaltlich standen die Themen Arbeit & Standort, Sicherheit, Familie & Kinder sowie Bildung im Mittelpunkt. Da während des Intensivwahlkampfes die Person des Landes-

hauptmannes im Mittelpunkt stand, wurde bereits der August für eigene Themenkampagnen zu diesen vier Schwerpunkten genutzt. Im Sommer wurde überdies mit einer Persönlichkeitskampagne gestartet: Mit dem Slogan „Weil er Oberösterreich liebt“ wurde Josef Pühringer in einer emotionalisierten Oberösterreich-Darstellung präsentiert.

OÖVP mobilisiert die Menschen im ganzen Land

15.000 Teilnehmer aus ganz Oberösterreich sorgten bei der Wahlkampf-Schlussveranstaltung am Linzer Hauptplatz für einen krönenden Abschluss der Wahlbewegung. Den Anfang hatte sie mit dem großen Wahlkampf-Auftakt mit 4.000 Menschen in Wels genommen. In den Bezirken fanden insgesamt 15 Großkundgebungen mit mehr als 20.000 Personen statt. Auf enormen Anklang stießen die erstmals durchgeführten Seniorenkundgebungen: 15.000 Personen besuchten die insgesamt 13 Kundgebungen.

Für den Ballungsraum Linz-Wels-Steier wurde eine eigene Kampagne entwickelt. Mit Erfolg, denn erstmals wählten bei Landtagswahlen in den roten Hochburgen mehr Menschen die OÖVP als die SPÖ. Im Wahlkreis des Landeshauptmannes, Linz und Umgebung, gab es auch eine Landeshauptmann-Direktwahl-Kampagne.

Viel Aufmerksamkeit erregte im Wahlkampf die Jugendkampagne

Josef Pühringer
Landesobmann



„Dr. Joe“ der Jungen ÖVP. Der Jugend-Wahlkampf wurde von mehr als 2.000 Aktivisten getragen und von eigenen Dr.-Joe-Konvois unterstützt.

Insgesamt konnte die OÖVP im Wahlkampf 800.000 Menschen direkt ansprechen.

Jahresmotto 2010: Gemeinsam haben wir viel vor – Arbeiten für Oberösterreich

Bei der Wirtschaftskammer-Wahl im März 2010 konnte der oö. Wirtschaftsband auf hohem Niveau weiter zulegen. Ansonsten stand für die OÖVP im Vorjahr die Lösung der Herausforderungen für Oberösterreich – Arbeitsmarkt, wirtschaftliche Situation, angespannte Finanzlage – im Mittelpunkt. Daher wurde nicht nur eine Fortsetzung der Regierungszusammenarbeit von OÖVP und Grünen vereinbart, sondern auch mit SPÖ und FPÖ ein Manifest der Zusammenarbeit unterzeichnet.

Unterstützungsoffensive für Kommunalpolitikerinnen und -politiker

Die Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen brachten enorme personelle Veränderungen: Von den insgesamt 5.011 Gemeinderätinnen und Gemeinderäten kamen 2.071 neu in ihre Ämter. Von den 329 Bürgermeister/innen wurden 42 neu gewählt, von den 395 Vizebürgermeister/innen haben 169 die Funktion neu übernommen.

Im Rahmen einer „Kommunalpolitischen Offensive“ wurden und werden diese neuen Funktionsträ-

ger besonders unterstützt. Neben bestehenden Angeboten, wie dem Bildungsprogramm, wurden neue Angebote, wie Bezirksseminare, die 2010 unter dem Schwerpunkt „Parteiarbeit“ standen, Budgetsprechtage usw. entwickelt.

Ein fixer Bestandteil der kommunalpolitischen Arbeit ist das „Kommunalpolitische Forum“, das 2010 bereits zum dritten Mal stattfand und das mit rund 1.000 Besuchern mittlerweile der größte kommunalpolitische Kongress ist.

OÖVP als Vordenkerpartei –

Gründung von Academia Superior

Ebenfalls im Vorjahr erfolgte die Gründung von „Academia Superior – Gesellschaft für Zukunftsforschung“. Damit wurde die im Wahlkampf gestartete Zukunftsschiene „Richtung: Zukunft!“ in einen dauerhaften Prozess übergeführt, mit dem die OÖVP ihre Rolle als Schrittmacher in der politischen Vordenkerarbeit über die Parteigrenzen hinaus weiter ausbauen will. Die wissenschaftliche Leitung der Zukunftsplattform hat der international renommierte Genforscher Univ.-Prof. Dr. Markus Hengstschlager übernommen.

„Academia Superior“ will aktuelle ökonomische, gesellschafts- und sozialpolitische Herausforderungen auf oberösterreichischer, nationaler und internationaler Ebene identifizieren und aus diesen Erkenntnissen konkrete Lösungsvorschläge für die Politik ableiten.

Mit den „Reichersberger Pfingstgesprächen“, die heuer bereits zum 15. Mal stattfinden, pflegt die OÖVP weiterhin alljährlich zu Pfingsten die grundsätzliche inhaltliche Debatte über die Tagespolitik hinaus.

Reformmotor OÖVP

Bereits im Vorjahr von der OÖVP eingeleitet und derzeit mitten in der Umsetzung befinden sich die beiden großen landespolitischen Reformprojekte, die Verwaltungs- und Spitalsreform. Durch mutige Reformschritte soll finanzieller Spielraum für Zukunftsprojekte in OÖ geschaffen werden.

Ziel der Verwaltungsreform ist die Reduktion der Verwaltungsausgaben des Landes OÖ um fünf Prozent. Ziel der Spitalsreform ist es, die flächendeckende Versorgung und gleichzeitig medizinische Spitzenleistungen in OÖ langfristig abzusichern. Dabei wird aber kein Spital geschlossen und kein Mitarbeiter gekündigt.

Internationales Jahr der Freiwilligentätigkeit – Jahresmotto 2011:

Mein Herz schlägt für Oberösterreich

Darüber hinaus steht bei der OÖVP im heurigen Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit das Ehrenamt ganz besonders im Mittelpunkt. Unter dem Motto „Mein Herz schlägt für Oberösterreich“ sollen die tausenden Ehrenamtlichen vor den Vorhang geholt werden. Mit 600.000 Freiwilligen, die so viele Arbeitsstunden wie 60.000 Beschäftigte leisten, ist das Ehrenamt in OÖ eine zentrale Säule der Gesellschaft. ■

ÖVP SALZBURG

Wilfried Haslauer
Landesobmann



Bilanz der ÖVP Salzburg seit dem letzten Bundesparteitag

1. Landtagswahl vom 1. März 2009

Während die SPÖ bei der Landtagswahl am 1. März 2009 einen Verlust von 13.897 Stimmen hinnehmen musste (das entspricht einem Minus von 6%), konnte die ÖVP Salzburg den Abstand zur SPÖ im Vergleich zur Landtagswahl 2004 um 4,6% verringern – für den Platz an der Spitze fehlten exakt 8.100 Stimmen bzw. 2,9 Prozentpunkte. Die FPÖ gewann erwartungsgemäß deutlich dazu und liegt – nun wieder mit eindeutigem Abstand vor den GRÜNE(n) – mit 13% an dritter Stelle. Die GRÜNE(n) mussten Verluste hinnehmen und wurden mit 7,4% viertstärkste Partei. Das erstmals bei Landtagswahlen kandidierende BZÖ blieb mit 3,7% deutlich unter dem Ergebnis der vor knapp einem halben Jahr stattgefundenen Nationalratswahl, verfehlte die erforderliche 5-Prozent-Schranke für den Einzug in den Landtag und ist damit als einzige der fünf kandidierenden Parteien im neuen Landtag nicht vertreten.

2. Gemeindevertretungswahlen vom 1. März 2009

In den Gemeindestuben blieb die ÖVP – und das mit deutlichem Abstand zu den anderen Parteien – weiterhin die dominierende Kraft. Die ÖVP konnte ihre Position sogar noch weiter ausbauen, d.h. gegenüber dem Ergebnis von 2004 noch zulegen, und zwar um 1,6 Prozentpunkte auf 44,7%. Die ÖVP

ist damit nunmehr in 96 Gemeinden stimmenstärkste Partei, in sieben Gemeinden mehr als noch vor fünf Jahren. Verluste musste hingegen die SPÖ hinnehmen, die inzwischen nur mehr in 19 Gemeinden vorne liegt – um neun weniger als noch auf Grund der Ergebnisse aus 2004 – und die 6% ihres Stimmenanteils von 2004 eingebüßt hat. In der Stadt Salzburg konnte das beste Ergebnis seit 26 Jahren, die Stichwahl gegen den amtierenden Bürgermeister und der Zugewinn eines Stadtrates erreicht werden.

3. WKS-Wahl 2010

Mit 77,15% erreichte das Team des Wirtschaftsbundes bei den WKS-Wahlen 2010 ein geradezu unglaublich herausragendes Ergebnis. Damit ist gesichert, dass die Salzburger Wirtschaft auch in Zukunft mit einer starken Stimme vertreten sein wird. Das Team des Wirtschaftsbundes hat sich im Vorfeld stark um eine möglichst hohe Wahlbeteiligung bemüht. Mit 51,16% wurde in Salzburg die beste Wahlbeteiligung in Österreich erzielt.

4. LKW-Wahl 2010

Bei der Landwirtschaftskammerwahl im Februar 2010 konnte der Bauernbund Salzburg trotz Antretens einer Protestliste mit 68,1% klar die Zweidrittelmehrheit verteidigen und bleibt mit 20 Mandaten unumstritten Nummer eins im Bundesland Salzburg.

5. Schülervertretungswahlen 2010

Einen Erdrutschsieg gab es für die Schülerunion bei den Schülervertre-

tungswahlen im Sommer 2010. Insgesamt hat die Schülerunion sage und schreibe 5 Mandate hinzugewonnen und ist somit die dominierende Kraft in Salzburg geworden.

6. Regierungsverhandlungen

Die Landesparteien von SPÖ und ÖVP haben sich auf die Bildung einer neuen Landesregierung für die Legislaturperiode 2009–2014 geeinigt. Die Regierungsbildung geschah in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld und Arbeitsmarkt. Der Politik der Landesregierung liegt ein präzises und umfangreiches Arbeitsprogramm zugrunde. Das Regierungsübereinkommen ist im Volltext unter http://www.salzburg.gv.at/arbeitsuebereinkommen_nr_119_zu.pdf abrufbar.

Die ÖVP stellt mit Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Wilfried Haslauer, Landesrat Sepp Eisl und Landesrätin Dr. Tina Widmann, die im November 2010 Landesrätin Doraja Eberle nachgefolgt ist, drei Mitglieder der Salzburger Landesregierung und besetzt als treibende Kraft die relevanten Schlüsselressorts. Die zahlreichen Initiativen aus den Ressortbereichen und aus dem Landtagsklub können in diesem Rahmen nicht einmal angedeutet werden. Es sei auf die Homepage der ÖVP Salzburg verwiesen: www.oevp-sbg.at.

7. Wirksame Wirtschaftspolitik
Salzburg hat durch gezielte Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik der

Foto: ÖVP Salzburg/Kirchberger

Wirtschaftskrise wirksam entgegengesteuert und geht gestärkt in die Zukunft. Mit der Strategie von Landeshauptmann-Stv. Dr. Wilfried Haslauer, die Krise als Chance zu sehen und mit einem 100-Millionen-Euro-Investitionsturbo infrastrukturell bedeutende und konjunkturbelebende Maßnahmen zu ermöglichen, hat das Land Salzburg einen wirtschaftspolitischen und infrastrukturellen Schub der Sonderklasse erhalten.

8. Vorausschauende Infrastrukturpolitik

Im Infrastrukturbereich konnten wichtige Weichenstellungen vorgenommen werden: Dazu gehört der S-Bahn-Ausbau in Salzburg, den die Kunden mit zweistelligen Wachstumsraten bei den Fahrgästen ein-drucksvoll bestätigen. Die Rettung der Pinzgau-Bahn im Oberpinzgau gilt mittlerweile österreichweit als Paradebeispiel für vorausschauende Politik im öffentlichen Verkehr. Zudem wird der dreigleisige Ausbau der Bahn von Salzburg nach Freilassing mit den erforderlichen Begleitmaßnahmen weitergehen. Überregionale Meilensteine im Straßenbaubereich wurden mit der Fertigstellung der zweiten Röhren durch Tauern und Katschberg sowie den wichtigen Begleitmaßnahmen zum Schutz der Anrainer entlang der Hauptverkehrsrouten gesetzt.

9. Moderne Kulturpolitik

Salzburg als Land mit internationalem Ruf wird von Wilfried Haslauer

konsequent zu einem Museumsstandort erster Güte entwickelt – selbstverständlich engagiert sich die ÖVP auch für die Salzburger Festspiele als Flaggschiff der Salzburger Kulturszene und hat ein offenes Ohr für neue Festivals, wie das Jazz-Festival Saalfelden, das von Dr. Haslauer langfristig gesichert wurde.

10. 100 Jahre Josef Klaus

Im August 2010 setzte die ÖVP Salzburg eine Reihe von Aktivitäten, um den Landeshauptmann, Finanzminister, Bundesparteiobermann und Bundeskanzler Dr. Josef Klaus angemessen zu würdigen. Höhepunkt war ein Festakt vor rund 650 geladenen Gästen in der großen Universitätsaula.

11. Kampagnenschwerpunkte der Landespartei

Im Rahmen der Initiative „Mit Sicherheit für Salzburg“ von Dr. Wilfried Haslauer hat die ÖVP Salzburg im Jahr 2010 landesweit Sicherheitsabende veranstaltet, um den Dialog zwischen der örtlichen Sicherheitspolizei, der Exekutive und der Bevölkerung zu fördern. Die Verbesserung des persönlichen Sicherheitsgefühls war dabei wesentliches Anliegen, wobei besorgten Bürgern dabei vor allem Unmittelbarkeit sowie zeitliche Nähe helfen sollten. Darüber hinaus bietet diese Veranstaltungsreihe die Möglichkeit, die Zusammenarbeit zwischen der Landespartei und den Gemeinden zu verbessern und zu intensivieren.

Die Resonanz der mehr als 80 Sicherheitsveranstaltungen war enorm, so dass sich die ÖVP Salzburg dazu entschlossen hat, das Konzept 2011 für den Themenkreis der Pflege zu übernehmen: Betroffenen soll der Dialog mit Pflegeexperten ermöglicht werden; bei diesen Informationsveranstaltungen geht es vor allem darum, Politik nutzbar zu machen, Bürgernähe zu leben, hineinzuhören, was die Menschen bewegt und wo der Schuh drückt. Unter dem Titel „Pflegefall – was nun?“ beantworten Vertreter der Gemeinde, Experten der Notariatskammer, des Salzburger Seniorenbundes, der ÖVP Frauen sowie des Hilfswerkes Salzburg die Fragen zur Pflege vor Ort. Dabei stehen nicht nur Fragen zur Bewältigung der Pflege an sich im Mittelpunkt, sondern auch Auskünfte zum Stichwort Pflegeregress: Wie sieht es mit dem Haus oder mit der Eigentumswohnung, wie sieht es mit der Absicherung meines Partners aus?

12. Personelles

Aus einer Reihe von personellen Weichenstellungen seien die Wahl von Landesrätin Dr. Tina Widmann, die Wiederwahl von Dr. Christian Stöckl als ÖAAB-Landesobmann, die Wahl von Bgm. Josef Gollegger als Bezirksobmann der ÖVP Pongau und jene von Mag. Wolfgang Mayer als Landesgeschäftsführer der ÖVP Salzburg erwähnt. ■

ÖVP STEIERMARK



Hermann Schützenhöfer
Landesobmann

Gemeinderatswahlen 2010:

Historischer Erfolg für die ÖVP

Die Steirische Volkspartei ist die Partei der Regionen und Gemeinden. Bei der Gemeinderatswahl 2010 ist es nicht nur gelungen, den 1. Platz zu verteidigen, sondern auch den Abstand zur SPÖ auf ein historisches Ausmaß auszubauen. Mit einem Zugewinn von 3,36% und einem Stimmenanteil von 46,72% liegt die ÖVP nun 9% vor der SPÖ. Insgesamt stellt die Steirische Volkspartei nun 369 von 542 Bürgermeister*innen und ist damit weiterhin klar die steirische Bürgermeisterpartei.

Landtagswahl 2010: Nach einer beispiellosen Aufholjagd trennen die ÖVP 7.123 Stimmen von der Spitze

Bei der Landtagswahl 2010 gelang es, nach einer beispiellosen Aufholjagd den Abstand zur SPÖ bis auf 1% zu verringern. Nach einer erfolgreichen Wahlkampagne, die in einer fulminanten Abschlussveranstaltung mit über 7.000 Besucher*innen und Besuchern am Grazer Karmeliterplatz gipfelte, trennen SPÖ und ÖVP seit dem Wahltag am 26. September nur noch 7.123 Stimmen. Damit wurde die Sen-sation, nach nur 5 Jahren wieder den Landeshauptmann zu stellen, zwar denkbar knapp verpasst, jedoch sind die beiden großen Parteien der Steiermark politisch auf Augenhöhe. In der Landesregierung verfügen SPÖ und ÖVP über jeweils vier Sitze, da die SPÖ einen Regierungssitz an die FPÖ abgeben musste. Im Landtag beträgt das Mandatsverhältnis 23 : 22. Die Fol-

ge dieses Wahlergebnisses war eine neue Form der politischen Zusammenarbeit zwischen gleichberechtigten Partnern.

Neue Zusammenarbeit: Reformpartnerschaft für die Steiermark

Mit der erfolgreichen Wahlbewegung wurde die Basis für eine neue „Reformpartnerschaft“ mit der SPÖ in der Regierung und im Landtag gelegt. Beide Reformpartner einigten sich auf eine Zusammenarbeit, die die Interessen des Landes über alle parteipolitischen Bestrebungen stellt und das Ziel hat, notwendige Reformen in den Bereichen Verwaltung, Gemeinden, Gesundheit, Pflege und Soziales umzusetzen. Damit stellt die Partnerschaft eine neue Form der politischen Zusammenarbeit dar, die für ganz Österreich beispielgebend ist.

Regierungsarbeit:

Trendwende durch Reformbudget

Erster Erfolg der Reformpartnerschaft ist die Erstellung des Doppelbudgets für die Jahre 2011 und 2012. Durch notwendige Einsparungen und nachhaltige Reformen soll noch in dieser Legislaturperiode wieder ein ausgeglichenes Landesbudget erreicht werden. Das Doppelbudget stellt damit eine finanzielle Trendwende und den Auftakt zu einem nachhaltigen Reformprozess für die Steiermark dar. „Wir haben uns fest vorgenommen, den Spielraum des Landes für Zukunftsinvestitionen wieder zu erweitern. Dazu muss aber zuerst auf allen Ebenen gesparrt werden, damit

wir den jungen Menschen in der Steiermark ein Stück Zukunft geben können“, so Landesparteiobmann Hermann Schützenhöfer zum Budget. Bei der Budgeterstellung wurde besonders auf die soziale Verträglichkeit geachtet. Die Ausgaben des Landes für den Sozialbereich bleiben auf dem derzeitigen hohen Niveau, die hohen Kostensteigerungen der letzten Jahre werden durch Reformen abgefangen und das Sozialsystem langfristig abgesichert. In den Bereichen Gemeindeentwicklung, Pflege, Gesundheit und Verwaltung wurden erste Reformansätze im Budget verwirklicht, die sich ab dem Jahr 2013 im Landeshaushalt auswirken werden. Die Reformpartnerschaft hat ihre Arbeit aufgenommen und ihre ersten Erfolge können sich österreichweit sehen lassen.

Wege in die Zukunft: Führend in der Programmatik für die Steiermark

Bereits seit dem Jahr 2007 geht die Steirische Volkspartei in ihrer programmatischen Arbeit einen für die Steiermark einzigartigen innovativen Weg. Im Rahmen der Veranstaltungen des „Modell.Zukunft. Steiermark“ und des „DiensTalk“, in zahlreichen Arbeitsgruppen zur Erarbeitung des „Weiß-Grünen Weges“ und auf der Internetplattform „steiermarkdialog.at“ haben tausende Steirer*innen und Steirer sowie zahlreiche Expert*innen und Experten aus dem In- und Ausland wichtige Impulse und Antworten auf die Frage „Wie werden wir gemein-

sam in den kommenden Jahren die richtigen Wege für unsere Steiermark gehen?“ geliefert. Das Ergebnis dieses umfangreichen Dialogprozesses wurde zu den „Wege für die Steiermark“ gebündelt.

„Wege für die Steiermark“ ist unser Programm für die nächsten Jahre, das gemeinsam mit den Steirerinnen und Steirern erarbeitet wurde und das wir nun gemeinsam umsetzen. „Ich habe es mir zum Ziel gesetzt, die Steirische Volkspartei für einen fundierten, breiten Dialog über die Gestaltung wichtiger Zukunftsfragen zu öffnen. Eine politische Partei kann nur dann bestehen, wenn sie auch parteifremde Meinungen an sich heranlässt und sich mit neuen gesellschaftspolitischen Entwicklungen auseinan-

dersetzt. Ein Vorhaben, das wir im Rahmen unserer Diskussionen und Denkwerkstätten konsequent umsetzen“, beschreibt Landesparteiobmann Landeshauptmann-Stv. Hermann Schützenhöfer den erfolgreichen Dialogprozess.

Neue Wege und neue Visionen:

Projekt „U 25“

Mit dem Projekt „U 25“ geht die Steirische Volkspartei auch in den kommenden Jahren neue Wege in Sachen Programmarbeit. In dem von Hermann Schützenhöfer initiierten Projekt erarbeiten 25 steirische Jugendliche Ideen und Visionen für die Steiermark im Jahr 2025. „Wir müssen und wollen dem Neuen, dem Unbequemen gegenüber offen sein. Deshalb haben wir junge Quer- und

Nachdenker eingeladen, den Stachel ins Fleisch zu setzen“, so Landeshauptmann-Stv. Hermann Schützenhöfer über die neue Initiative. Bei der Zusammenstellung der neuen Programmgruppe wurde besonders auf Ausgewogenheit geachtet. Das Team setzt sich aus 13 Damen und 12 Herren aus den unterschiedlichsten Regionen und Berufsgruppen zusammen. Ihre Aufgabe wird es sein, im kommenden Jahr zu den verschiedensten Themen, die sie selbst bestimmen, Visionen für die Steiermark im Jahr 2025 zu entwickeln. Diese Visionen werden dann in die programmatische Arbeit der Steirischen Volkspartei einfließen. Im Zuge der Abgeordnetenkonferenz im Jänner 2012 sollen erste Ergebnisse präsentiert werden. ■

Tirol **TIROLER VOLKSPARTEI**



Günther Platter
Landesobmann

20. Ordentlicher Landesparteitag

Am 31. Jänner 2009 erfolgte der Wechsel an der Spitze der Tiroler Volkspartei von Herwig van Staa zu Günther Platter. Der Parteitag stand unter dem Motto „Tirol 2.0 – Der Weg zu neuen Perspektiven“. LH Günther Platter wurde mit 96,30% der Stimmen zum 11. Landesparteibobmann der Tiroler Volkspartei gewählt. Zu seinen Stellvertreterinnen wurden erstmals drei engagierte Frauen gewählt, BRin Elisabeth Greiderer mit 86,74%, LABg. Sonja Ledl-Rossmann mit 86,28% und Claudia Gratl-Hirn mit 77,44%.

In seiner Rede machte Landesparteibobmann LH Günther Platter deutlich, dass die Tiroler Volkspartei die Gemeinschaft ist, in der jeder Einzelne mitwirken kann, wo breite Einbindung und allgemeine Beteiligung keine leeren Schlagworte sind. Vor jeder Entscheidung braucht es intensive Diskussionen, ein gemeinsames Ringen um Wege und Ziele. Ein besonderes Augenmerk wolle er auf die Stärkung der Basis legen. Als Leitlinie für die Arbeit der Tiroler Volkspartei wurde ein Leitantrag beschlossen, der sich mit den Themen „Arbeit sichern“, „Wirtschaft stärken“, „Bildung als Zukunftsfakt“, „Soziale Sicherheit“, „Gemeinden – Mittelpunkt der Lebensumwelt“, „Familie – Kernzellen unserer Gesellschaft“, „Qualität schafft Vorsprung“ und „Im Herzen Europas“ befasste.

Europawahl 2009

Die Volkspartei erwies sich einmal mehr als die Europapartei und er-

reichte in Tirol einen Stimmenanteil von 36,6% und damit das mit Abstand stärkste Ergebnis aller im Land zur Wahl angetretenen Parteien. Die Wahlbeteiligung ist leicht um 2% gestiegen.

Auch österreichweit erwies sich die ÖVP als stärkste Partei und erreichte sechs Mandate. Mit Dr. Richard Seiber wurde der Tiroler Kandidat neuerlich in das Europäische Parlament gewählt. Im Bundesländervergleich der Wahlergebnisse für die ÖVP belegte Tirol den zweiten Platz, nur 0,1% hinter Vorarlberg.

Gemeinderatswahl 2010

Die Kommunalpolitik ist die Basis jeder politischen Arbeit. In der Tiroler Volkspartei wurde deshalb bereits rund ein Jahr vor der Wahl eine Arbeitsgruppe zur Koordinierung der Gemeinderatswahl gebildet, an deren Spitze Hauptgeschäftsführer LABg. Mag. Hannes Rauch und Projektleiter LABg. Mag. Jakob Wolf, der Gemeindesprecher der Volkspartei im Tiroler Landtag, standen. Ziel der Tiroler Volkspartei war, die BürgermeisterInnen- und Gemeinderatsparteien zu bleiben. Wir traten in allen Gemeinden Tirols zur Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl an, in manchen Gemeinden auch mit mehreren Listen.

Noch nie zuvor wurde ein so umfassendes Servicepaket für die Gemeindeparteien geschnürt. Die Unterstützung reichte von strategischen Beratungen bis hin zur redaktionel-

len, technischen und werblichen Unterstützung der Wahlkämpfe.

Die Wahl hat einmal mehr bestätigt, dass die Volkspartei die Bürgermeister- und Gemeindepartei ist. Von einem sehr hohen Ausgangswert konnte die Volkspartei bei den Gemeinderatswahlen am 14. März 2010 noch einmal um 5,6% zulegen und hält nunmehr bei rund 70% der Gemeinmandate. Besonders erfreulich sind die Ergebnisse in den Bezirkshauptstädten, wo die Volkspartei fast überall zulegen konnte und zum Großteil mit absoluten Mehrheiten regiert wie in Schwaz, Kitzbühel oder Hall i.T. Insgesamt stellt die Tiroler Volkspartei 240 Bürgermeister von 278 Gemeinden und rund 2.500 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte.

Bildungsprogramm

Um den neu gewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäten das nötige Rüstzeug zu geben, hat die Tiroler Volkspartei ab Herbst 2010 das Bildungsangebot ausgebaut, das von 250 TeilnehmerInnen angenommen wurde. Neben den Fachseminaren zu den verschiedenen Themen der Gemeindepolitik wie Raumordnung, Budgeterstellung etc. wurden auch Seminare wie Rhetorikschulungen, Verhandlungstechniken oder Sitzungsleitung angeboten, die den TeilnehmerInnen über das politische Engagement hinaus auch einen persönlichen Nutzen bringen. Weiterbildung stärkt unsere Position als führende politische Kraft im Land. Bestens vorbereitete Funk-

Foto: Tiroler Volkspartei/Altherr

tionäre auf allen Ebenen sind unsere Aushängeschilder und ein maßgeblicher Erfolgsfaktor gegenüber unseren politischen Mitbewerbern. Das neue Programm im Frühjahr 2011 umfasst wieder 16 Seminare.

Volkspartei vor Ort

Ein erfolgreiches Veranstaltungsformat stellt „Volkspartei vor Ort“ dar. Jeweils im Frühjahr und im Herbst stellt sich Landesparteiobmann LH Günther Platter gemeinsam mit seinem Regierungsteam in abwechselnder Besetzung in allen Bezirken der Diskussion. Diese Informationsabende bieten eine ausgezeichnete Möglichkeit, über aktuelle Vorhaben im Land auch Hintergrundinformationen zu geben und die Meinungen und Anliegen in den Regionen aufzunehmen. Dieses Angebot der Tiroler Volkspartei zur Diskussion und Information direkt durch die VP-Mitglieder der Tiroler Landesregierung wird sehr gut angenommen und stellt in der Zwischenzeit einen Fixpunkt im Jahresprogramm dar.

Bürgernähe groß geschrieben

Es ist unserem Landesparteiobmann LH Günther Platter ein besonders Anliegen, möglichst nahe an den Menschen in unserem Land zu sein. Das hat er nicht nur vor seiner Wahl am Landesparteitag angekündigt, er lebt

diesen Grundsatz täglich vor. Immer wieder fordert er von den Abgeordneten und Mitarbeitern der Volkspartei, dass sie sich um die Anliegen der Tirolerinnen und Tiroler kümmern müssen. Keine Sorge darf zu gering sein, kein Problem zu unbedeutend, um nicht behandelt zu werden. Ganz im Sinne dieses Handlungsauftrages unseres Landesparteiobmannes wurden Bürgersprechstunden der Mandatäre und Regierungsmitglieder weiter ausgebaut und fixe Sprechstunden der Regierungsmitglieder im Landhaus eingeführt. Zusätzlich finden regelmäßig Bezirkstage der Regierungsmitglieder statt, bei denen sie sich direkt vor Ort bei Betrieben, Einrichtungen und politischen Stammtischen über die Anliegen informieren.

Eine besonders publikumswirksame Aktion ist der „Tag der offenen Türe“ im Landhaus, der jährlich tausende Menschen anzieht und einen persönlichen Kontakt zu den Regierungsmitgliedern und Abgeordneten ermöglicht, aber insbesondere auch die verschiedenen Leistungen der Landesverwaltung in den Mittelpunkt stellt.

Tour durch Tirol

Unter diesem Motto steht das Sommerprogramm der Tiroler Volks-

partei. In jedem der neun Bezirke findet in den Sommermonaten ein Aktionstag statt. Gestartet wird der Tag mit Betriebsbesuchen. Dann folgt eine Radtour in der jeweiligen Region, angeführt von Landesparteiobmann LH Günther Platter, den VP-Mitgliedern der Landesregierung sowie regionalen Abgeordneten. Und im Anschluss gibt es ein gemütliches Beisammensein der Radfahrer und aller Interessierten, die sich dazu einfinden.

Informationsoffensive „Pflege“

Aktuell gestartet hat die Tiroler Volkspartei auf Anregung von Gesundheitslandesrat Bernhard Tilg eine Informationsoffensive zum Thema Pflege. In Zusammenarbeit mit der Notariatskammer Tirol, Experten der Sozialversicherung und dem Dachverband der Selbsthilfegruppen wird eine umfassende Information geboten, was alles bei einem Pflegefall zu beachten ist und wohin man sich wenden kann. Diese Offensive ist sehr gut angelaufen und wird im Herbst fortgesetzt. Jeden kann die Frage „Was tun, wenn in der Familie ein Pflegefall eintritt?“ treffen. Darauf geben die Fachleute kompetente Antwort und unser Gesundheitslandesrat stellt die Angebote des Landes vor. ■

Tirol

VORARLBERGER VOLKSPARTEI

Herbert Sausgruber
Landeshauptmann



1 Wahlen

a) **Arbeiterkammerwahl 2009:** Bei der AK-Wahl 09 konnte die ÖAAB|PCG-Fraktion die Mehrheit zurückgewinnen und stellt somit auch weiterhin den Präsidenten in Person von Hubert Hämmerle.

ÖAAB|PCG: 52,82% (2004: 46,55%)
PSG: 29,16% (2004: 35,17%)

b) **Landtagswahlen 2009:** Bei den Landtagswahlen 2009 konnte die ÖVP Vorarlberg ihre Mehrheit in Prozenten und Mandaten nochmals bestätigen und stellt somit wieder das Regierungsteam rund um LH Dr. Herbert Sausgruber. ÖVP: 50,8% (2004: 54,9%)/SPÖ: 10,0% (2004: 16,9%)/FPÖ: 25,1% (2004: 12,9%)/Grüne: 10,6% (2004: 10,2%)

c) **Gemeindewahlen 2010:** Bei den Gemeindewahlen 2010 konnten die ÖVP-Listen so wie die ÖVP-nahen Listen auch wieder klare Siege einfahren. Herausragend waren die Rückgewinnung der Bürgermeister in FPÖ-Gemeinden wie Lustenau, Schwarzach und Mittelberg sowie in der SPÖ-Gemeinde St. Gallenkirch.

d) **Landwirtschaftskammerwahl 2011:** Bei der LK-Wahl 2011 konnte der ÖVP-Bauernbund wieder die Mehrheit mit Präsident Josef Moosbrugger bestätigen: ÖVP 82,1% (2006: 80,9%)/FPÖ 17,9% (10,3%).

2 Auslandskontakte

Neben den Auslandskontakten unseres Landeshauptmanns Herbert Sausgruber, des Regierungsteams und des Landtagsklubs nahm die ÖVP Vorarlberg auch wieder den Kontakt mit den Nachbarländern bei der Internationalen Bodenseekonferenz christlicher Politiker auf. Unter der Leitung von Landesstatthalter Mag. Markus Wallner nahm eine 20-köpfige Delegation aus Vorarlberg am 47. Bodenseetreffen christlicher Politiker im November 2010 teil. Auf der Insel Mainau stand die Tagung unter dem Motto „Nachhaltige Region Bodensee“. LStH Wallner berichtet in seinem Statement vom ehrgeizigen Ziel, bis zum Jahr 2050 die Energieautonomie in Vorarlberg zu erreichen. „Wir setzen im Rahmen der ‚Energie-zukunft Vorarlberg‘ auf Energieeffizienz, den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energieträger und neue Wege in der Mobilität, beispielsweise Elektroauto und Elektrofahrräder (Modellregion Vlotte) – ganz nach unserem Motto: nachhaltig, leistbar und sicher in der Versorgung“, so Wallner. Auch ein Besuch des Parteitags sowie des politischen Aschermittwochs der CSU in Bayern wurden wahrgenommen.

3 Politische Aktionen und Schwerpunkte

a) Bildung:

Als Reaktion auf die Vorarlberger PISA-Ergebnisse hat die Landes-

regierung ein Maßnahmenpaket beschlossen. „Die Grundfähigkeiten (Sprechen, Lesen, Schreiben, Rechnen) werden künftig noch intensiver gefördert“, sagte Landesrat Siegi Sterner. „Wir wollen Lesen zum Volkssport machen“, betonte Landeshauptmann Herbert Sausgruber. Ab kommendem Schuljahr werden jährlich über 1,5 Mio. € zusätzlich investiert.

b) Energieautonomie 2050

Energieautonomie bis zum Jahr 2050 – dieses Ziel hat der Vorarlberger Landtag im Juli 2009 in einem einstimmigen Beschluss gesteckt. Durch eine Informationsoffensive unter dem Motto „Schritt für Schritt zur Energieautonomie“ soll die Verwirklichung dieses Zieles unterstützt werden. Vorarlberg setze auf eine engagierte regionale und eigenverantwortliche Energiepolitik, sagte Landeshauptmann Herbert Sausgruber bei der Vorstellung der Kampagne: „Die Energieautonomie ist ein ambitioniertes Vorhaben, die Realisierung ist aber grundsätzlich möglich.“ Wichtig sei, dass die Bemühungen auf breiter Front mitgetragen werden. Besonderer Wert werde daher auf die partnerschaftliche Mitwirkung von Bevölkerung und Wirtschaft gelegt.

c) Jugendbeschäftigung/Kinderbetreuung und Neue Mittelschule

Vorarlberg macht vor, was es be-

deutet, regionale Spielräume erfolgreich zu nutzen. Als Beispiel nennt LH Sausgruber die Zusammenarbeit von Land, Gemeinden, AMS und Sozialpartnern beim Thema Jugendbeschäftigung. Hier sei es gelungen, gemeinsam auch in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit eine Beschäftigungs- bzw. Ausbildungsgarantie umzusetzen. Die Initiative der Vorarlberger Mittelschule und die Verbesserungen im Kindergartenbereich, die zusammen mit den Gemeinden im Land erreicht wurden, sind für Sausgruber weitere Belege für die Vorteile, die regional zugeschnittene Lösungen ermöglichen.

d) **Freiwilligenarbeit**

Seit Jahren werden in Vorarlberg freiwillig Engagierte auf unterschiedlichste Weise unterstützt. Die hohe Bereitschaft in der Bevölkerung, sich aktiv in das gesellschaftliche Leben einzubringen, soll im Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit, zu dem das Jahr 2011 erklärt wurde, durch zusätzliche Aktivitäten noch besser genutzt werden. Die Bewusstseinsbildung für den Wert und

die Bedeutung des freiwilligen Engagements für die Gesellschaft stehe dabei im Vordergrund. Insgesamt sind in Vorarlberg rund 164.000 Menschen freiwillig engagiert – als Ehrenamtliche in den fast 4.500 Vereinen oder beispielsweise in der Nachbarschaftshilfe.

e) **Pflege**

Insgesamt beruht die Stärke des Pflege- und Betreuungsnetzes in Vorarlberg auf einer vernünftigen Kombination aus familiärer Eigenleistung, Ehrenamt, aber auch ambulanten und stationären Diensten.

Dazu kommen kräftige Investitionen durch die öffentliche Hand. Im Jahr 2009 haben in Vorarlberg 14.850 Personen ein Pflegegeld (insgesamt 85,3 Mio. €) bezogen. Mit der Einführung des Pflegezuschusses ist Vorarlberg einen weiteren Schritt vorausgegangen: Seit 1. Jänner 2010 gibt es zusätzlich zum Pflegegeld 100 € pro Monat für Pflegepatientinnen und -patienten der Stufen 5 bis 7, die nicht im Pflegeheim betreut werden

und keine 24-Stunden-Betreuung in Anspruch nehmen. Insgesamt knapp 1.000 Menschen, also etwa ein Drittel aller Pflegebedürftigen der Stufen 5 bis 7, beziehen diesen Zuschuss (2010: 1,18 Mio. €). Für die flächendeckenden Angebote der Hauskrankenpflege, der Mobilien Hilfsdienste und der Hospizbewegung wurden 2010 knapp 9 Mio. € investiert.

4 **Bildungskalender**

Schwerpunkt unseres Bildungskalenders ist die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen wie Kommunikations- und Konfliktfähigkeit. Neben einer sehr intensiven Zusammenarbeit mit der Bildungseinrichtung „Schloss Hofen“ setzen wir eigene Schwerpunkte vom Rhetoriktraining über effiziente Gesprächsführung bis hin zum erfolgreichen Konfliktmanagement. Abgerundet wird das Programm durch unterschiedlichste Diskussionen und Workshops. Auch Wertesicherheit und die Neuen Medien spielen im Bildungsangebot der ÖVP Vorarlberg eine tragende Rolle. ■

Wien ÖVP WIEN



Christine Marek
Landesobfrau

Höhen und Tiefen durchlebte die ÖVP Wien seit dem letzten Bundesparteitag im November 2008. Zunächst eroberte die Wiener Landesorganisation mit Othmar Karas an der Spitze den zweiten Platz bei der EU-Wahl in Wien und legte die Basis für Platz 1 auf Bundesebene. Der Abstand zwischen SPÖ (28,6%) und ÖVP (18,2%) war dabei so gering wie noch nie.

Im November 2009 wurde der Wiener Obmann und Wissenschaftsminister Johannes Hahn von der Bundesregierung als EU-Kommissar nominiert. Ihm folgte StS Christine Marek, die im März 2010 als erste Frau und mit dem besten Ergebnis aller Obleute in Wien (96% Zustimmung) seit 1945 gewählt wurde. Als Stellvertreterinnen und Stellvertreter fungieren Fritz Aichinger, Harry Himmer, Ingrid Korosec, Sebastian Kurz und Gaby Tamandl.

Die Wiener Gemeinderatswahl 2010 brachte für die ÖVP Wien mit einem Ergebnis von 14% eine schmerzliche Niederlage. Positiv zu vermerken ist, dass die SPÖ ihre absolute Mehrheit verloren hat und auf einen Koalitionspartner angewiesen ist. Mit dem Agenda Wien+ Prozess stellt sich die ÖVP Wien auf Landes- und Bezirksebene nun neu auf. Dem am 21. April 2011 angelobten Regierungsteam gehören mit Sebastian Kurz und Wolfgang Waldner auch wieder zwei Wiener Vertreter an.

Gemeinderatswahl 2010 in Wien in Zahlen

- 2 Mio. Werbemittel
- 200 Inserate
- Ca. 1000 Großflächenplakate (16, 24, 32 und 48 Bogen)
- 1.000 Wandzeitungen und 90 Telights in 4 Etappen
- 350 Freiwillige

Politische Arbeit der ÖVP Wien im Zeitraffer

2009

- Kampagne „Jobs sichern/Wirtschaft ankurbeln“
- Aktionen zum Gratiskindergarten
- Stadtfest „Europa wächst in Wien“
- Wahlkampf zur EU-Wahl
- Veranstaltung „Pro Musik Wien“
- Veranstaltungsreihe „Wirtschaftsdialog 2015“
- Podiumsdiskussion „Die Zukunft beginnt im Kindergarten“
- Kampagne 24 Stunden U-Bahn für Wien (gemeinsam mit der JVP)
- Sondersitzung Gesundheitssausschuss Krankenhaus Wien Nord
- Sommer-Initiative „Spielplätze am Sand“
- Aktion „Schulbus zu Fuß“
- Erntedankfest (gemeinsam mit dem Bauernbund)
- ÖVP Wien Sicherheitsoffensive
- Nominierung von Dr. Johannes Hahn zum EU-Kommissar

- Herbstkampagne „Machen statt Schlafen“
- Neue Informations- und Serviceplattform des Bürgerservice
- Designierung von StS Christine Marek zur neuen Obfrau der ÖVP Wien
- Bezirkstour von Christine Marek

2010

- Neujahrsempfang (gemeinsam mit der JVP)
- Veranstaltung „Zukunft der Begabungsförderung“
- Kampagne „Rot ist Rot – Wien ist mehr“
- Landesparteitag der ÖVP Wien: StS Christine Marek mit 96% gewählt
- Kampagne „24 Stunden U-Bahn“ gemeinsam mit der JVP
- Stadtfest „Wien ist Mehr“
- Notariatsakt zum Wahlrecht (gemeinsam mit der FPÖ und den Grünen)
- Kampagne gegen den SPÖ-Gebührenwahnsinn
- Aussendung „Jungwählerabo“
- Business Brunch (4 Veranstaltungen im Management Club)
- Kampagne „Schluss mit dem Kapperltheater“
- Initiative gegen Containerklassen
- Sommerkampagne mit Dinko Jukic
- Politische Eiswahl
- Bädertour
- Iftar Fastenbrechen auf der Politischen Akademie

- Salon noir (ca. 10 Veranstaltungen)
- Kaffeehaustour
- Kampagne „Mehr Wien ist möglich“
- Initiative gegen die Schließung von Spitälern in Wien
- Veranstaltungsreihe Urban Passion
- Grätzelfeste in allen Bezirken

- Kampagne „Frischer Wind für Wien“
- Christine Marek wechselt vom Staatssekretariat ins Wiener Rathaus und wird Klubobfrau der ÖVP Wien, Mag. Wolfgang Gerstl übernimmt die Funktion des nicht amtsführenden Stadtrats
- Alfred Hoch löst Norbert Walter

als Landesgeschäftsführer der ÖVP Wien ab

2011

- Start des Agenda Wien+ Prozesses
- Mit JVP-Obmann Sebastian Kurz und Dr. Wolfgang Waldner stellt die ÖVP Wien zwei Staatssekretäre in der neuen Bundesregierung.

Transfer für mehrere Wahlen und Referenden im Sudan in Zusammenarbeit mit dem Centre for European Studies der EVP oder die Fachkonferenz „Nachbarschaftspolitik der EU am Beispiel der Donaustrategie“ in Zusammenarbeit mit dem European Ideas Network der EVP-Fraktion.

Die Politische Akademie ist vor allem in Bezug auf die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas seit Jahren ein **Kompetenzzentrum**. Innerhalb dessen verfolgen und analysieren wir die politischen Ereignisse in der genannten Region genau und vermitteln die gewonnenen Erkenntnisse bestimmten Zielgruppen, aber auch einer breiten Öffentlichkeit.

Gesamtübersicht

	2008	2009	2010
Veranstaltungen	63	59	75
Teilnehmer Veranstaltungen	4.166	5.016	4.198
Seminare	440	328	261
Teilnehmer Seminare	8.648	4.610	5.459

Institute

Das **Friedrich Funder Institut (FFI)** ist ein unabhängiges Institut in der Tradition von Friedrich Funder. Wir sind im Bereich der Publizistik, Medienforschung und vor allem in der Journalistenausbildung tätig. Das Ziel des Ausbildungsprogrammes des Friedrich Funder Institutes ist es, eine solide Grundausbildung für Medienberufe und die Arbeit von Medienarbeiterinnen und Medienarbeitern zu vermitteln. Die

Grundmodule (Inhalte z.B. Schreiben wie ein Profi, Recherche, Interview, Reportage, praktische Übungen ...) sind für Schüler/innen, Studierende, Arbeitnehmer/innen und all jene, die sich für journalistische Arbeit und PR interessieren. In weiterbildenden Kursen werden berufsspezifische Kenntnisse und Fertigkeiten über einen Teilbereich im Journalismus gelehrt, von Online- über Print- und TV-Journalismus bis hin zu Public Relations und Schreibkursen. Das FFI vermittelt auch 81 Volontariate bei Print- und elektronischen Medien.

Gesamtübersicht

	2008	2009	2010
Veranstaltungen/Seminare	22	22	25
Teilnehmer	282	530	766

Das **Karl von Vogelsang-Institut** ist eine wissenschaftliche Institution, die sich mit der historischen Aufarbeitung der jüngeren österreichischen Geschichte unter besonderer Berücksichtigung christdemokratischer Parteien beschäftigt. Dieser Thematik widmen sich wissenschaftliche Veranstaltungen (z.B. Der konservative Reformer – Was blieb von der Ära Josef Klaus) und Symposien (z.B. Hermann-Withalm-Symposium), die vom Institut durchgeführten Forschungsprojekte (z.B. Transnationale Parteienkooperation christdemokratischer Parteien in Europa), seine Publikationstätigkeit (z.B. das im Zwei-Jahres-Rhythmus erscheinende Jahrbuch „Demokratie und Geschichte“) sowie das Archiv und die Bibliothek. Das Wissen um historische Zusammenhänge bildet

eine wesentliche Voraussetzung zur Bewältigung der politischen Herausforderungen der Gegenwart.

Gesamtübersicht

	2008	2009	2010
Veranstaltungen/Seminare	8	7	6
Teilnehmer	1.556	1.400	879

Die **Kommunalpolitische Vereinigung** dient seit 1976 den Gemeinde- und Stadtpolitiker/innen der ÖVP als Forum für alle kommunalpolitischen Fragen. Ein zentrales Anliegen ist ihr die Pflege und Servicierung dieses Netzwerks der Städte und Gemeinden und die Aus- und Weiterbildung der kommunalen Mandatsträger/innen. Eine Reihe von Ausbildungseminaren wird in Kooperation mit der „Kaderschmiede“ der Politischen Akademie durchgeführt: Richtige Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Gemeinde, Schnelle und effiziente Meetings, Englisch für Kommunalpolitiker/innen ...

Mit dem 2010 gestarteten „Städtedialog“ bieten wir eine spezielle Plattform für den Gedanken- und Informationsaustausch von ÖVP-Stadtpolitiker/innen und die Möglichkeit zur besseren Vernetzung.

Political Visits finden mit dem Ziel statt, mit Kommunalpolitiker/innen des jeweiligen Landes einen Austausch über die aktuellen Entwicklungen der Städte und Gemeinden zu führen, aber auch um sich mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes (z.B. Ukraine, Serbien und Montenegro) vertraut zu machen.

Gesamtübersicht

	2008	2009	2010
Veranstaltungen/ Seminare	16	15	22
Teilnehmer	183	198	394

Seit 2001 veranschaulicht das **Institut für Umwelt – Friede – Entwicklung (IUFEE)**, das im Jahr 1998 als Verein gegründet wurde, im Rahmen seiner Bildungs- und Informationsarbeit – von Publikationen (z.B. Petra C. Gruber, Nachhaltige Entwicklung und Global Governance. Verantwortung. Macht. Politik, Opladen & Farmington Hills 2008; Petra C. Gruber, Wie wir überleben! Ernährung und Energie in Zeiten des Klimawandels, Opladen & Farmington Hills 2010) über Seminare und Konferenzen (z.B. Die Zukunft der Landwirtschaft ist biologisch: Ernährung in Zeiten des Klimawandels; Leben für Gerechtigkeit. Menschenrechte. Umweltschutz. Natürliche Reichtümer als Segen oder Fluch?)

bis hin zu Bildungsreisen – die globalen und lokalen Zusammenhänge. Unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu erhalten, eine nachhaltige, sprich zukunftsfähige (Welt)Gesellschaft samt Wirtschaft zu etablieren und damit Frieden zu sichern, sind die großen Herausforderungen unserer Zeit.

Gesamtübersicht

	2008	2009	2010
Veranstaltungen/ Seminare	7	7	6
Teilnehmer	820	650	338

Felix Ermacora Verein zur Wahrung der Menschenrechte

Der Felix-Ermacora-Preis für die Menschenrechte wurde 2005 vom ÖVP-Parlamentsklub und der Politischen Akademie ins Leben gerufen. Die Verleihung des Preises steht in der Tradition des Wirkens von Felix Ermacora, der für seinen Einsatz in UN- und europäischen Gremien un-

ter anderem mit dem UNESCO-Preis für Menschenrechte und dem Menschenrechtspreis des Europarates ausgezeichnet wurde. Der Preis wird im Zweijahres-Rhythmus seit 2010 in den drei Kategorien Wissenschafts-, Presse- und Förderpreis verliehen.

Die Preisträger 2008: Der Wissenschaftspreis ging an Botschafter Dr. Christian Strohal und der Pressepreis an Prof. Alfred Payrleitner.

Die Preisträger 2010: Der Wissenschaftspreis erging an Dr. Shirin Ebadi, Friedensnobelpreisträgerin 2003, vor allem für ihr Engagement für die Rechte von Frauen im Iran. Der Pressepreis wurde an Mag. Cornelia Vospernik für ihre engagierte Menschenrechts-Berichterstattung aus China im Zusammenhang mit den letzten Olympischen Spielen verliehen. Den Förderpreis erhielt Dr. Marianne Graf für ihre Verdienste im Rahmen der Albania-Austria-Partnerschaft.

CHRONIK 2008 – 2011

November 2008

16. Die ÖVP trauert um Wolfgang Schmitz, ehemaliger Bundesminister für Finanzen.

28. Josef Pröll wird am Parteitag in Wels mit 89,6% der Delegiertenstimmen zum neuen Bundesparteiohmann der ÖVP gewählt.

29. Fritz Kaltenegger wird neuer Generalsekretär der ÖVP.

Dezember 2008

1. Die ÖVP trauert um Elmar Rümmele, ehemaliger Landesrat in Vorarlberg.

2. Die Bundesregierung unter Vizekanzler Josef Pröll wird von Bundespräsident Heinz Fischer angelobt und einen Tag später dem Nationalrat präsentiert.

3. Fritz Neugebauer wird zum Zweiten Präsidenten des Nationalrates gewählt.

10. Die EU gibt ihre Zustimmung zum österreichischen 100-Mrd.-Euro-Bankenpaket.

12. Ministertag und Landesgeschäftsführersitzung in Salzburg.

15. Die ÖVP trauert um Johann Karall, ehemaliger Landesrat im Burgenland.

23. Das Konjunkturpaket I wird auf

Schiene gebracht. Rund 2 Mrd. € werden zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Steigerung der Energieeffizienz, für neue Investitionen und die Attraktivierung des österreichischen Standorts veranschlagt.

25. Die ÖVP trauert um Leopold Hofinger, ehemaliger Landesrat Oberösterreich.

Jänner 2009

1. Linz ist europäische Kulturhauptstadt 2009.

14. Die ÖVP-Arbeitsklausur im burgenländischen Pamhagen stellt die Entlastung der Menschen und die Krisenbewältigung in den Mittelpunkt.

15. Claudia Bandion-Ortner wird als Justizministerin angelobt.

21. Die ÖVP trauert um Kurt Budschedl, ehemaliger Stadtparteiohmann und Vizebürgermeister von Linz.

21. Außenminister Michael Spindelegger startet in Amstetten die EU-„Zuhör-Tour“ und geht auf die verbreitete EU-Skepsis in der Bevölkerung ein.

29./30. Arbeitstagung des ÖVP-Parlamentsklubs in Kärnten.

31. Die ÖVP trauert um Franz Wegart, ehemaliger LH-Stellvertreter und

Landtagspräsident in der Steiermark, der in der Nacht von 30. auf 31. Jänner verstorben ist.

Februar 2009

09./10. Steuerentlastung, Sanierung der Krankenkassen und Bildung sind Schwerpunkte der Regierungsklausur in Sillian, Osttirol.

12. Finanzminister Josef Pröll ist als Krisenmanager unterwegs in Osteuropa, um die finanzpolitische Stabilität in diesen Ländern sicherzustellen und um für ein gemeinsames Vorgehen gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise innerhalb der EU zu werben. Wenig später wird der EU-Notfallsfonds für osteuropäische Staaten verdoppelt.

13. Geschäftsführersitzung.

25. Der Bundesparteivorstand beschließt den Start eines Programmprozesses. Ausgangspunkt bilden das Grundsatzprogramm von 1995 sowie das Perspektivenpapier aus dem Jahr 2007.

26. Das Kurzarbeitspaket I wird im Nationalrat beschlossen. Die Kurzarbeit wird auf 18 Monate verlängert und mit Qualifizierungen verknüpft. Gestaffelte Behaltefristen werden eingeführt.

März 2009

1. Die Landtagswahlen in Kärnten und

Salzburg finden statt. Der ÖVP-Kärnten gelingt ein deutliches Plus von 5,19% und in Salzburg kann unter schwierigsten Bedingungen der Abstand zur SPÖ mehr als halbiert werden.

2. Landwirtschafts- und Umweltminister Niki Berlakovich überzeugt die EU-Staaten im Umweltminister-Rat und erhält eine überwältigende Mehrheit, die sicherstellt, dass in Österreich auch in Zukunft keine gentechnisch veränderten Maissorten zugelassen werden.

6. In einer Pressekonferenz zum Thema „100 Tage ÖVP-Team“ zieht Generalsekretär Fritz Kaltenegger eine erste positive Bilanz der ÖVP-Regierungsarbeit.

7. Verbesserungen bei der Briefwahl treten, im Hinblick auf die Europawahl, in Kraft.

11. Im Parlament wird die große Steuerentlastung für alle Steuerzahler, Familien, Unternehmer und Selbständige – rückwirkend ab 01. 01. 2009 – beschlossen. Tarifierentlastung, Unternehmerpaket, Familienpaket, Absetzbarkeit von Spenden sowie die Erhöhung der Absetzbarkeit des Kirchenbeitrags sollen helfen, dass die Menschen künftig mehr zum Leben haben.

11. Der Zweite Nationalratspräsident Fritz Neugebauer und Klubobmann Karlheinz Kopf laden zu einer Gedenkveranstaltung für die Sozialreformerin und Gründerin der Schwes-terngemeinschaft „Caritas Socialis“, Hildegard Burjan.

26. Im Bundesparteivorstand wird das

Wahlmanifest zur Europawahl 2009 einstimmig angenommen.

28. Landeshauptmann Erwin Pröll wird am Parteitag der ÖVP-Niederösterreich mit 98% erneut zum Landesobmann gewählt. Die steirische ÖVP bestätigt Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer mit 98,8%.

30. Neue Reisepässe werden erstmals mit Fingerprints ausgestellt. Österreich setzt damit eine EU-Verordnung um.

April 2009

1. Mit der Ökoprämie werden 30.000 Altautos durch neue, umweltfreundlichere Fahrzeuge ersetzt und die heimische Wirtschaft angekurbelt. Bereits am 8. Juli 2009 ist sie komplett ausgeschöpft.

1. Änderungen im Fremdenrecht treten in Kraft. Ab sofort gibt es Kriterien für den humanitären Aufenthalt, verfahrensbeschleunigende Maßnahmen und eine Beratung durch einen Beirat in Einzelfällen.

1. Mit einer Klubklausur in Brüssel stimmt sich die ÖVP auf die Wahl zum Europäischen Parlament im Juni ein.

14. Als Ankurbelung für die Bauwirtschaft und als Beitrag zum Klimaschutz werden 100 Mio. € für Zuschüsse zur thermischen Sanierung bereitgestellt.

14. 12 Frauen werden für ihr Engagement in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst, Kultur und Medien sowie Soziales mit dem Liese-Prokop-Preis ausgezeichnet.

15. Generalsekretär Fritz Kaltenegger präsentiert den neuen Internet-Auftritt der ÖVP.

17. Geschäftsführersitzung.

17. Bundesparteibobmann Josef Pröll verleiht den Großen Leopold-Kunschak-Preis an Jean-Claude Juncker für seine herausragenden Verdienste als Staatsmann und großer Europäer.

21. Finanzminister Josef Pröll hält die Budgetrede für das Doppelbudget 2009/2010 vor dem Nationalrat und sagt der Krise den Kampf an.

25. Generalsekretär Fritz Kaltenegger präsentiert das ÖVP-Wahlprogramm für die Europawahl im „Europeum“ in Mariazell.

28. Bundesparteivorstand.

Mai 2009

1. Die ÖVP trifft sich zur traditionellen Arbeitssitzung am Tag der neuen Arbeit. Finanzminister Josef Pröll spricht sich klar für den Schutz der österreichischen Steuerzahler aus.

9. Die ÖVP lädt zum Österreich-Fest am Europatag.

9. Landeshauptmann Josef Pühringer wird am Parteitag in Linz als Landesparteibobmann der ÖVP-Oberösterreich mit 100% wiedergewählt.

12. Die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände verleiht Europaabgeordneten Othmar Karas die Kardinal-Opilio-Rossi-Medaille für die Gestaltung der Gesellschaft in christlicher Verantwortung.

Chronik

15. Mit einem fulminanten Wahlkampfauftakt in Salzburg startet die ÖVP in Richtung Europawahl.

16. Bundesparteibmann Josef Pröll nimmt am Europa-Forum Wachau im Stift Göttweig teil.

20. Der ÖAAB legt bei den Arbeiterkammerwahlen bundesweit um 1,3% zu.

25. Die ÖVP trauert um Franz Soronics, ehemaliger Bundesminister für Inneres und Landeshauptmann-Stellvertreter im Burgenland.

28. Die ÖVP-nahe Aktionsgemeinschaft gewinnt bei den ÖH-Wahlen 2,02% (+ 2 Mandate) dazu.

29. Das Doppelbudget 2009/2010 wird im Parlament beschlossen und ist eine klare Kampfansage an die Krise. Das Leitmotiv lautet: „Die Krise meistern, die Wirtschaft stärken und den Menschen helfen“.

29. Der Nationalrat beschließt eine Null-Lohnrunde für Politiker.

28./29. Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten veranstaltet in der Hofburg einen Europakongress zum Thema „1989–2009: Geteilt. Geeint. Aufbruch in ein neues Europa.“

Juni 2009

1. Das Zweite Gewaltschutzgesetz mit Verbesserungen im Opferschutz tritt in Kraft.

7. Die ÖVP wird bei der Europawahl klare Nummer eins und lässt die SPÖ mit 6,3% Vorsprung hinter sich zurück.

8. Bundesparteivorstand.

8. Der Nationalrat beschließt die Einrichtung eines Bundesamts für Korruptionsbekämpfung und -prävention. Es nimmt mit 01.01.2010 seine Arbeit auf.

8. Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und die 16 größten Lehrlingsausbildungsbetriebe Österreichs unterschreiben den „Pakt für Lehrlinge“. Die Unternehmen verpflichten sich, ihren Lehrlingsstand im Ausbildungsjahr 2009/2010 zumindest konstant zu halten und garantieren somit 11.000 Lehrlingen einen Lehrplatz.

17. Mit dem Kurzarbeitspaket II wird die Kurzarbeit auf bis zu 24 Monate ausgedehnt, die Altersteilzeit vereinfacht und die Bildungskarenz verbessert.

17. Das Gratis-Kindergartenjahr wird im Parlament beschlossen. Für Fünfjährige ist der Kindergarten ab Herbst 2009 halbtags kostenlos.

20. Der 25. Ordentliche Bundestag des ÖAAB findet statt. Außenminister Michael Spindelegger folgt dem Zweiten Nationalratspräsidenten Fritz Neugebauer als ÖAAB-Bundesobmann.

25. Die Österreichische Schülerunion gewinnt die Landesschülervertretungswahlen in allen Bundesländern und stellt 23 der 29 Mandate in der Bundesschülervertretung.

26. Geschäftsführersitzung.

26. Ehrenparteibmann Alois Mock, der am 10. Juni 75 Jahre alt wurde, wird

von der ÖVP gefeiert und als großer Europäer gewürdigt. Vor 20 Jahren durchschnitt er den Grenzzaun zu Ungarn und wenige Tage später überreichte er dem EG-Vorsitzland Frankreich das Beitrittsge such Österreichs.

27. Sebastian Kurz wird am 23. Ordentlichen Bundestag der JVP in Eisenstadt zum Nachfolger von Bundesobfrau Silvia Fuhrmann gewählt. Der bisherige Landesobmann der Wiener JVP wird mit 99% der Delegiertenstimmen gewählt.

Juli 2009

1. Die vom Innenministerium initiierte „Soko Ost“ zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität im Großraum Wien nimmt ihre Arbeit auf.

3. Generalsekretär Fritz Kaltenegger und Innenministerin Maria Fekter ziehen eine positive Halbjahresbilanz über die Regierungsbeteiligung der ÖVP.

13. Bundesparteivorstand.

13. Die JVP startet gemeinsam mit Bundesparteibmann Josef Pröll und dem ÖVP-Regierungsteam die Sommer-Tour durch Österreich.

14./15. Die ÖVP-Arbeitsklausur in Linz zieht positive Bilanz über das Krisenmanagement der Partei und setzt auf das Thema „Green Jobs“.

16. Der Untersuchungsausschuss zu den Spitzelvorwürfen konstituiert sich. Die ÖVP bildet, mit dem Nationalratsabgeordneten Martin Barteinstein als Vorsitzendem, die Speerspitze der Aufklärung.

17. Bundesparteiohmann Josef Pröll nimmt am CSU-Parteitag in Nürnberg teil.

20. ÖVP-Wissenschaftssprecherin Beatrix Karl ist die erste Frau im ÖAAB-Generalsekretariat.

28. Der Ministerrat einigt sich auf die Eckpunkte der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Wichtigstes ÖVP-Ziel bleibt jedoch, die Menschen in Beschäftigung zu halten.

August 2009

6. Die ÖVP trauert um Reinhold Polster, ehemaliger LH-Stellvertreter Burgenland.

21. Die ÖVP trauert um Sissy Roth-Halvax, ehemalige Präsidentin des Bundesrates und Landtagsabgeordnete Niederösterreich.

25. Das Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetz (ULSG) tritt in Kraft. Das 10-Mrd.-Euro-Paket wird aus dem Bankenhaftungsschirm für Garantien zur Verfügung gestellt.

28. Die EU-Kommission gibt grünes Licht für die Übernahme der AUA durch die Lufthansa. Mit dem Verkauf ist es möglich, den Flughafenstandort Schwechat wie auch die AUA und damit tausende Arbeitsplätze langfristig abzusichern.

September 2009

4. Finanzminister Josef Pröll und das ÖVP-Regierungsteam laden zum Journalistenheuren.

12./13. Der Österreichische Bauern-

bund veranstaltet das größte Erntedankfest Österreichs am Wiener Helldorferplatz.

14. Bei der Regierungsklausur in Salzburg verständigt man sich auf 600 Mio. € als Finanzspritze zur Gesundung der Krankenkassen. Finanzminister Josef Pröll setzt durch, dass die Kassen nur bei Durchführung kräftiger Einsparungen das Geld in Anspruch nehmen können.

15. Am zweiten Tag der Regierungsklausur in Salzburg kommt es zur Einigung über das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld. Mit dieser ÖVP-Idee gelingt ein großer Schritt in Richtung Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

20. Bei den Landtagswahlen in Vorarlberg kann die ÖVP die absolute Mehrheit erfolgreich halten. Im Bundesrat wird sie dadurch wieder die Nummer eins.

22. Die OECD streicht Österreich offiziell von der „grauen Liste“ der Steuerparadiese.

23. Mit der Novellierung des Ökostromgesetzes werden Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien forciert, die Erzeugung von Strom aus Wasser- und Windkraft sowie Biomasse und Photovoltaik im Inland ausgebaut und der Ausstoß von Treibhausgasen weiter reduziert.

26. Die Einigung zum „Amtshilfe-Durchführungsgesetz“ setzt ein wichtiges Zeichen gegen ausländische Steuersünder und stellt das Bankgeheimnis für Österreicher sicher.

27. Die ÖVP bleibt bei den Landtagswahlen in Oberösterreich die Nummer eins und kann um 3,4% zulegen.

28. Die ÖVP trauert um Johannes Hawlik, ehemaliger Landtagsabgeordneter Wien.

30. Andreas Khol wird mit 100% der Delegiertenstimmen als Seniorenbund-Obmann wiedergewählt.

Oktober 2009

2. Generalsekretär Fritz Kaltenegger startet eine Grundsatztour durch die Wahlkreise. Von Oktober bis Juni kommt es zu 2.015 Kontakten mit Funktionären in den Bundesländern.

6. Die ÖVP trauert um Holger Fürst, ehemaliger Büroleiter von Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka.

9. Geschäftsführersitzung.

14. Finanzminister Josef Pröll skizziert in der Rede „Projekt Österreich“ die Herausforderungen der Zukunft. Das in der Rede vorgeschlagene Transferkonto wird laut einer Umfrage von OGM von zwei Drittel der Österreicher als wünschenswert gesehen.

17. Bauernbund-Präsident Fritz Grillitsch wird beim Bundesbauernrat in der Schönbrenner Orangerie mit klarer Mehrheit wiedergewählt.

21. Landwirtschafts- und Umweltminister Niki Berlakovich lädt 21 EU-Mitgliedstaaten zum Milchgipfel nach Wien.

22. Mit dem neuen Fremdenrecht

wird die Hintertür für Schlepper und Kriminelle geschlossen.

22. Das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld wird im Nationalrat beschlossen und setzt ein Zeichen für verantwortungsvolle Familienpolitik.

27. Die ÖVP nominiert Wissenschaftsminister Johannes Hahn als EU-Kommissar.

November 2009

1. Österreich übernimmt den Vorsitz im UNO-Sicherheitsrat. Unter Vorsitzführung von Außenminister Michael Spindelegger wird eine Resolution zum Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten einstimmig verabschiedet.

1. Landwirtschafts- und Umweltminister Niki Berlakovich nimmt auf Einladung des Gouverneurs Arnold Schwarzenegger am „Global Climate Summit“ teil.

3. Die ÖVP setzt mit der Superpraktikanten-Kampagne neue Maßstäbe in der politischen Kommunikation und ermöglicht eine Woche lang den Blick hinter die Kulissen.

4. Die langjährige Europaabgeordnete Agnes Schierhuber erhält den MEP Award in der Kategorie Landwirtschaft.

12. Mit der Insolvenzordnung wird die Unternehmensfortführung erleichtert.

17. Die „Financial Times“ wählt Finanzminister Josef Pröll zum sechstbesten Finanzminister Europas.

17. Der Ministerrat beschließt die Eingetragene Partnerschaft. Die ÖVP kann die klare Unterscheidung zur Ehe durchsetzen.

17. Parlamentarische Enquete zur Medienvielfalt in Österreich.

18. Das Postmarktgesetz wird im Nationalrat beschlossen.

23. Die ÖVP trauert um Karl Pisec, ehemaliger Bundesrat.

24. Bundesparteiobmann Josef Pröll nimmt am „Kurz“-Gespräch mit JVP Bundesobmann Sebastian Kurz teil.

24. Das Kunstrückgabegesetz tritt in Kraft.

25. Bundesparteivorstand.

25. Wissenschaftsminister Johannes Hahn lädt zu einem breiten Hochschuldialog, nachdem bereits zuvor mit dem Zuschuss von 34 Mio. € für die Universitäten konkrete Schritte in Richtung einer konstruktiven Lösung gesetzt worden sind.

26. Die Fraktion Christlicher Gewerkschafter gewinnt bei den Bundes-Personalvertretungswahlen 5,79% dazu.

27. Geschäftsführersitzung.

27. In Wien findet der Auftakt für ein neues ÖVP-Grundsatzprogramm statt.

Dezember 2009

2. Die Bundesregierung ist ein Jahr im Amt.

4. Familienstaatssekretärin Christine Marek wird zur ÖAAB-Bundesfrauen-vorsitzenden gewählt.

10. Der Nationalrat bestimmt die Rechtsgrundlage für das Nabucco-Abkommen mit Bulgarien, Ungarn, Rumänien und der Türkei.

14. Mit der Übernahme der Hypo-Alpe-Adria durch die Republik wird die drohende Insolvenz einer systemrelevanten Bank abgewendet.

09./10. Bundesparteiobmann Josef Pröll nimmt am Kongress der Europäischen Volkspartei in Bonn teil.

Jänner 2010

10./11. Arbeitsklausur des ÖVP-Regierungsteams unter dem Motto: „Die Krise meistern. Die Chancen nutzen. Österreich stärken.“ in Altlengbach. Im Mittelpunkt steht die Krisenbewältigung, ein hartes Vorgehen gegen Bilanzfälscher und eine Debatte über ein geordnetes Fremdenrecht.

21. Nationaler Aktionsplan für Integration trägt klare ÖVP-Handschrift. Der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration sind gute Deutschkenntnisse und die Akzeptanz der österreichischen Rechts- und Wertvorstellungen.

21. Bundesparteiobmann Josef Pröll und Generalsekretär Fritz Kaltenegger laden zum Finale „Österreichs Superpraktikant“ ins Platinum Vienna in Wien. Gewinnerin der Initiative ist die Wienerin Reez Wollner.

25. Im Anschluss an den Bundesparteivorstand präsentiert Vizekanzler

Josef Pröll Dr. Beatrix Karl als neue Wissenschaftsministerin.

27. Landwirtschafts- und Umweltminister Niki Berlakovich eröffnet die Kampagne „vielfaltleben“ in St. Pölten.

28. Klubklausur.

31. Anlässlich 10 Jahren Schwarz-Blau betont Generalsekretär Fritz Kaltenegger die Leistungen von Altbundeskanzler Wolfgang Schüssel. Die ÖVP-geführte Regierung hat für Österreich den finanziellen Sicherheitspolster erwirtschaftet, der unser Land in der Krise aufgefangen hat.

Februar 2010

5. ORF-Publikumsratswahl: Die ÖVP kann deutlich besser mobilisieren als 2005 und erreicht mit 5 von 6 Mandaten ein fulminantes Ergebnis. Die Serie der ÖVP-Wahlerfolge setzt sich damit nahtlos fort.

9. Finanzminister Josef Pröll begrüßt die Wahl der neuen EU-Kommission. Johannes Hahn wird neuer EU-Kommissar für Regionalpolitik.

25. Der Bundesparteivorstand bekundet einstimmig den Willen zur Verwaltungsreform.

März 2010

1./2. Die Regierungsklausur in Graz steht ganz im Zeichen der ganz-tägigen Schulformen. Außerdem beschließt die Regierung die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Schaffung einer Transparenzdatenbank.

4. Wirtschaftskammerwahlen: Österreichs Unternehmerinnen und Unternehmer vertrauen dem Wirtschaftsbund, auf den 70,9% der Stimmen entfielen. Somit kann der Wirtschaftsbund gegenüber 2005 weiter zulegen.

4. Gemeinderatswahlaufakt in Niederösterreich mit Bundesparteiobermann Josef Pröll.

11. Landwirtschafts- und Umweltminister Niki Berlakovich und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner präsentieren die „Energiestrategie Österreich“. Damit setzt die ÖVP einen entscheidenden Schritt in Richtung Nachhaltigkeit und Energieeffizienz. Bis 2020 sollen damit die Klimaziele der EU erreicht werden.

12. Der ÖAAB-Bundesvorstand bestellt Lukas Mandl zum neuen Generalsekretär des ÖAAB.

13. Familienstaatssekretärin Christine Marek wird mit einem klaren Votum der Wiener Landespartei zur neuen Parteichefin gekürt.

14. Gemeinderatswahlen in Tirol, Vorarlberg und Niederösterreich. Das großartige Ergebnis setzt den Erfolgstreffer der ÖVP nahtlos fort. Die ÖVP ist die einzige Partei, die in jeder Gemeinde Österreichs vertreten ist.

17. Rede von Außenminister Michael Spindelegger anlässlich der Eröffnung des neuen OPEC-Gebäudes in Wien.

18. Landwirtschafts- und Umweltminister Niki Berlakovich reist im Zuge der Exportinitiative nach Chicago und Vancouver. Übergabe des Österreich-

Hauses an die Gemeinde Whistler (Kanada).

19. Außenminister Michael Spindelegger beim Europa-Forum Lech.

21. Gemeinderatswahlen in der Steiermark. Die ÖVP kann 23.000 Stimmen und 263 Mandate dazugewinnen und der Abstand zur SPÖ hat sich auf das historische Ausmaß von fast 10% vergrößert.

22. Geschäftsführersitzung.

25. Die ÖVP trauert um Hans Schmüdinger, ehemaliger Salzburger Landtagspräsident.

28. Die ÖVP trauert um Rudolf Mandl, ehemaliger Landesrat aus Vorarlberg.

April 2010

6./7. ÖVP-Klubklausur in Loipersdorf, Steiermark. Die Tagung steht unter dem Motto: „Neues Wachstum für Österreich. Forschung. Energie. Arbeit“. EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy ist zu Gast.

7. Die ÖVP trauert um Hans Walther Kaluza, ehemaliger Vorsitzender des Mittelschüler-Kartellverbandes.

8. Ein Danke an alle freiwilligen Helfer der ÖVP gibt es beim Willkommen-Freiwillige-Fest in der ÖVP-Bundespartei.

8. Gespräch zwischen Außenminister Michael Spindelegger und UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon in Wien.

9. Der Präsident der Europäischen

Chronik

Volkspartei, Dr. Wilfried Martens, wird mit dem Großen Leopold-Kunschak-Preis ausgezeichnet.

9. Landwirtschafts- und Umweltminister Niki Berlakovich präsentiert den Masterplan für Österreichs Bauern, „Unternehmen Landwirtschaft 2020“.

16. Die ÖVP feiert unter dem Motto „Mitte ist, wer vorne ist“ ihren 65. Geburtstag im Camineum der Österreichischen Nationalbibliothek in Wien.

19. Donaauraum-Konferenz in Wien.

22. Mit dem Bundesfinanzrahmengesetz schafft Finanzminister Josef Pröll eine wirksame und in Europa einzigartige Schuldenbremse. Damit werden die Ausgabenobergrenzen für die einzelnen Ressorts für die nächsten 4 Jahre festgelegt.

24. Die ÖVP trauert um Valentin Deutschmann, ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat.

24. Unterzeichnung des internationalen Abkommens zum Bau der South Stream Gaspipeline.

25. Bundespräsidentenwahl. Heinz Fischer wird nach einem themenlosen Wahlkampf wiedergewählt.

Mai 2010

1. Die Arbeitssitzung der ÖVP steht im Zeichen von „Neue Chancen, neues Wachstum, neue Arbeit“. Drei Schlüsselthemen: Exportinitiative (EXPO Shanghai), Green Jobs und Entwicklung der Schwarzmeerstrategie.

1. Die Bundesminister Josef Pröll, Michael Spindelegger, Niki Berlakovich und Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka sind bei der Veranstaltung „Tag der neuen Arbeit“ der ÖVP Burgenland in Neusiedl am See.

1. Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner eröffnet den Österreich-Pavillon bei der EXPO 2010 in Shanghai. Von 1. Mai bis 31. Oktober besuchen über 3 Mio. Menschen die weltweit größte EXPO.

2. Die Finanzminister der Euro-Länder bringen in einer Sondersitzung das milliardenschwere Griechenlandhilfspaket auf den Weg.

5. Die ÖVP trauert um Hans Igler, ehemaliger Präsident der Industriellenvereinigung.

7. Geschäftsführersitzung.

8. Europamatinee der Politischen Akademie unter dem Titel „Europa und seine Regionen. Herausforderungen und Chancen“ anlässlich des Europatages 2010.

14. Mit dem Euro-Rettungsschirm wird einer Entwertung des Euros, einem massiven Schaden der heimischen Wirtschaft und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit entgegengewirkt. Finanzminister Josef Pröll hat sich erfolgreich für Haftung statt Krediten eingesetzt, wodurch eine Belastung der österreichischen Steuerzahler verhindert wurde.

15. Feierlichkeiten zum Jubiläum „55 Jahre Staatsvertrag“ im Oberen Belvedere.

17. Der ÖAAB präsentiert sein neues Bildungskonzept: „Bildungsrepublik Österreich“.

24. Finanzminister Josef Pröll legt ein 4-Punkte-Paket gegen Steuersünder vor.

25. Die ÖVP trauert um Silvius Magnago, ehemaliger Landeshauptmann von Südtirol.

29. Herbert Sausgruber wird als Landesparteiobmann der ÖVP Vorarlberg bestätigt.

30. Bei der Landtagswahl im Burgenland kann die ÖVP ihre Wahlziele klar erreichen. Die eigenen Mandate werden gehalten und gleichzeitig die Absolute der SPÖ gebrochen.

Juni 2010

8. Die ÖVP feiert den 65. Geburtstag von Dr. Wolfgang Schüssel in der Orangerie.

11./12. Bundesvorstandsklausur des ÖAAB in der Steiermark.

17. Nationalratsbeschluss zum neuen ORF-Gesetz.

19. Bundeskonferenz der Jungen ÖVP mit Bundesparteiobmann Josef Pröll.

21. Bundesparteiobmann Josef Pröll, Familienstaatssekretärin Christine Marek und Generalsekretär Fritz Kaltenegger beim Städtedialog.

24. Christoph Leitl wird als Wirtschaftskammerpräsident wiedergewählt.

24. Parlamentarische Enquete zu familienrechtlichen Fragen.

27. Bundesparteiohmann Josef Pröll beim „Europaforum in der Wachau“. Titel der Veranstaltung ist: „Der Donauraum im neuen Europa – Chancen und Herausforderungen“.

29. Festveranstaltung im Parlament zum 100. Geburtstag von Grete Rehor, der ersten weiblichen Ministerin in Österreich. Grete Rehor leitete von 1966 bis 1970 das Sozialressort.

30. Der Bundesparteivorstand bekennt sich zur Einführung einer Transparenzdatenbank. Sie stellt ein zielgerichtetes Instrument für den modernen und effizienten Staat dar und schafft Leistungsgerechtigkeit. So kann dem Sozialmissbrauch wirksam ein Riegel vorgeschoben werden und Transparenz und Fairness für den Steuerzahler geschaffen werden.

30. Bundesparteiohmann Josef Pröll bei der Feier anlässlich des 60. Geburtstages von ÖSB-Generalsekretär Heinz Becker.

Juli 2010

1. Geschäftsführersitzung.

1. Das Sommerfest von Landwirtschafts- und Umweltminister Niki Berlakovich im Wiener Palmenhaus steht unter dem Motto der Biodiversität.

1. Bilanz nach zwei Jahren Maria Fekter im Innenministerium: Österreichs Sicherheit ist in guten Händen.

14./15. Bei der ÖVP-Arbeitsklausur im steirischen Kapfenberg stehen der Abbau der Staatsschulden, neue Arbeitsplätze und neues Wachstum im Vordergrund. Die ÖVP-Ziele

sind klar: Wachstum steigern, Arbeit schaffen und damit Österreich stärken.

16. Auftakt der „ÖVP-Sommertour: rekord-verdächtig“ der JVP und von Bundesparteiohmann Josef Pröll. Bis 27. August tourt die ÖVP durch Österreich, um Vereinen und Freiwilligen vor Ort ihren besonderen Dank auszusprechen.

21. Start der „ÖVP-Sommerinterview-Reihe“ mit Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka. Im Rahmen der „ÖVP-Sommerinterview“-Reihe stellt die ÖVP-Bundespartei Interviews mit allen ÖVP-Regierungsmitgliedern zu aktuellen Themen auf ihrer Homepage online.

August 2010

2. Axel Melchior wird einstimmig zum neuen Generalsekretär der Jungen ÖVP bestellt.

16. Die ÖVP trauert um Günther Wiesinger, ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat und Gesundheitssprecher, der in der Nacht vom 15. auf den 16. August verstorben ist.

17. Festakt in Salzburg im Gedenken an den 100. Geburtstag von Altbundeskanzler Josef Klaus.

23.–25. Der Österreichische Seniorenbund begeht erstmals die „Europäische Sommer-Akademie für Senioren-Führungskräfte“ an der Politischen Akademie in Wien.

September 2010

1. Inkrafttreten der elektronischen Fußfessel.

10. Finanzminister Josef Pröll lädt zum Medienheurigen.

11./12. Erntedankfest des Bauernbundes auf dem Wiener Heldenplatz mit den Bundesministern Josef Pröll, Maria Fekter, Niki Berlakovich und Familienstaatssekretärin Christine Marek.

12. Die ÖVP trauert um Siegfried Dohr, ehemaliger Vorsitzender der Gewerkschaft öffentlicher Dienst.

16. „Bundesseniorenwallfahrt“ des Österreichischen Seniorenbundes mit Christoph Kardinal Schönborn, Familienstaatssekretärin Christine Marek und Bundesobmann Andreas Khol.

17. ÖVP-Septemberfest für Bundesparteiohmann Josef Pröll im Palais Schönburg in Wien.

20. Generalsekretär Fritz Kaltenecker lädt zum deutschen Generalsekretäretreffen nach Wien. Die bilaterale Zusammenarbeit mit den Schwesterparteien steht bei diesem Treffen im Vordergrund.

26. Landtagswahlen in der Steiermark: Die steirische ÖVP legt eine gewaltige Aufholjagd hin und kommt bis auf 7.000 Stimmen an die SPÖ heran. Während die SPÖ 4% verliert, kann die ÖVP das Ergebnis vom letzten Mal halten.

28. Bundesparteiohmann Josef Pröll bei der Klausur der ÖVP-Niederösterreich in Retz.

29. Bundesparteivorstand.

29. Erfolgreiche Zwischenbilanz nach

zwei Jahren Bundesparteiobmann und Finanzminister Josef Pröll.

Oktober 2010

1. Geschäftsführersitzung.

5. Der Generalsekretär des ÖAAB, Lukas Mandl, startet seine Bildungsdialogtour durch alle Bundesländer.

6. Generalsekretär Fritz Kaltenegger ist beim Parteikongress der britischen Konservativen in Birmingham.

10. Mit der Wien-Wahl verliert die SPÖ die absolute Mehrheit und die ÖVP Wien hat, trotz Verlusten, ein Wahlziel erreicht.

13. Rede von Innenministerin Maria Fekter vor 1.600 Führungskräften im Rahmen der Strategie „Innen. Sicher.“. Mit dieser Zukunftsstrategie setzt BM Maria Fekter auf Kriminalitätsbekämpfung, Bürgerservice und Prävention.

20. Der ÖAAB präsentiert das Buch „Über.Morgen“ von und mit ÖAAB-Bundesobmann Michael Spindelegger.

23. Regierungsklausur in Loipersdorf, Steiermark: Das Budget, auf das sich die Bundesregierung geeinigt hat, steht unter dem Motto „Mehr Sparen und weniger Steuern“. Damit ist der Weg Österreichs aus der Schuldenfalle eingeschlagen. Für Finanzminister Josef Pröll ist wichtig, dass es eine gerechte Lastenverteilung gibt, jeder seinen Beitrag zur Budgetsanierung leistet und niemand überfordert wird.

25. Die ÖVP trauert um Andreas Mau-

rer, ehemaliger Landeshauptmann von Niederösterreich.

26. Sonderministerrat anlässlich des Österreichischen Nationalfeiertags.

27. ÖAAB-Generalsekretär Lukas Mandl lädt zum ersten „Worker's Wednesday“ mit Christoph Bösch zum Thema „Wahlrecht“ in das Generalsekretariat des ÖAAB in der Lichtenfelsgasse.

28.-30. Erweiterte Geschäftsführerkonferenz Villa Collina, Italien.

November 2010

10. Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner beim Wirtschaftsforum in Vorarlberg.

10. Österreichischer Seniorenkongress im Veranstaltungszentrum Burg Perchtoldsdorf in Niederösterreich.

15. Verena Remler wird neue Familienstaatssekretärin. Die Angelobung erfolgt am 26. November.

19./20. Bundestag der Frauenbewegung in Innsbruck mit Bundesparteiobmann Josef Pröll. Dorothea Schittenhelm wird mit 97,7% der Delegiertenstimmen zur neuen Bundesleiterin der ÖVP-Frauen gewählt.

24. Städtedialog an der Politischen Akademie mit Generalsekretär Fritz Kaltenegger.

25. Funktionärsworkshop 2010 des Österreichischen Seniorenbundes an der Politischen Akademie in Wien.

30. Finanzminister Josef Pröll hält Budgetrede im Nationalrat. Der ÖVP ist es gelungen, Härten im vorliegenden Budget abzufedern und dadurch ein klares Zeichen für Familien mit Kindern und Studenten zu setzen, ohne zusätzliche Kosten zu verursachen oder das Gesamtpaket aufzuschnüren.

30. Nationalratsbeschluss zur Transparenzdatenbank. Bundesratsbeschluss folgt am 17. 12. 2010. Die Datenbank soll sämtliche Förderungen seitens öffentlicher Stellen enthalten.

Dezember 2010

3. Der Bundesparteivorstand fasst einen Beschluss in der Ortstafelfrage und unterstützt eine konsensuale Lösung.

21. Harald Wögerbauer wird zum neuen Präsidiumsmitglied Österreichs im Europäischen Rechnungshof gewählt.

22. Der Nationalrat beschließt das Budget 2011.

Jänner 2011

1. Inkrafttreten des strafrechtlichen Kompetenzpakets. Es enthält unter anderem die Kronzeugenregelung und die erhöhte Transparenz bei staatsanwaltschaftlichen Entscheidungen.

7. Die Eckpunkte des Bildungsprogramms werden präsentiert. Die Mittelschule kommt, das Gymnasium bleibt.

15. Die ÖVP trauert um Hilde Zech, ehemalige Bürgermeisterin von Innsbruck.

19. Neujahrsempfang von Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Josef Pröll.

20. Mit der Neuregelung des Hochschulzugangs hat Wissenschaftsministerin Beatrix Karl erreicht, dass es in Zukunft eine verpflichtende und rechtzeitige Voranmeldung zum Studium, verpflichtende Studienwahlberatung ab 2012 und die Studieneingangsphase Neu geben wird.

20. Mit der Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung setzt die ÖVP ein klares Signal für eine kinderfreundliche Gesellschaft, die Ja zu Kindern und damit zur eigenen Zukunft sagt.

28. Geschäftsführersitzung.

Februar 2011

3. Die ÖVP-Arbeitsklausur am 1. und 2. Februar in Saalfelden, Salzburg, stand unter dem Motto der Mittelstandsoffensive: „Aufschwung, Wachstum, Arbeitsplätze“.

3. Die ÖVP spricht sich für eine Reform des Bundesheeres aus, hält jedoch auch weiterhin an der allgemeinen Wehrpflicht und den Kernaufgaben des Bundesheeres fest.

10. Die Online-Karriereplattform www.green-jobs.at von Landwirtschafts- und Umweltminister Niki Berlakovich verbindet modern und innovativ Umweltschutz mit Arbeitsplätzen. Mit einer gezielten Förderung im Umweltbereich werden 2011 bis zu 10.000 neue „green jobs“ geschaffen.

17. Bernadett Thaler wird neue Generalsekretärin der ÖVP-Frauen.

März 2011

1. Im Ministerrat wird die neue Sicherheitsstrategie für Österreich beschlossen. Eine größere Rolle in den künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen spielen, neben der militärischen Landesverteidigung, Terrorismusbekämpfung und die Abwehr von Cyberkriminalität.

3. Innenministerin Maria Fekter führt Arbeitsgespräche mit ihren Amtskollegen aus Deutschland, der Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg und den Niederlanden zum Thema „Aktuelle Fragen der Inneren Sicherheit“ in Wien.

4. Frauenenquete im Parlament.

4./5. Bundesparteiobermann Josef Pröll beim außerordentlichen Gipfel der Europäischen Volkspartei in Helsinki, Finnland.

7.-11. Innenministerin Maria Fekter zu Arbeitsgesprächen in New York und Washington, D.C.

8. Die Bundesregierung beschließt die FTI-Strategie. Damit soll Österreich von der Gruppe der „Innovation Followers“ in die Gruppe der „Innovation Leader“ vorstoßen und zu den innovativsten Ländern der EU zählen.

11. Der Bundesparteivorstand beschließt einstimmig das ÖVP-Bildungsprogramm. Mit den Eckpunkten Vielfalt, Leistung und Sprache macht die ÖVP daraufhin Tempo bei der Bildungsreform. Neun konkrete

Themenfelder im Bereich Bildung werden in einem Fahrplan bis zum Sommer beschlossen.

14. Angesichts der Ereignisse in Japan fordert Landwirtschafts- und Umweltminister Niki Berlakovich Stresstests für europäische Atomkraftwerke und setzt sich in der EU durch. Ab 2012 sollen die Kernkraftwerke überprüft und die Sicherheitsstandards verschärft werden.

16. Finanzminister Josef Pröll gelingt der Durchbruch in den Verhandlungen um die Pflegefinanzierung. Die Länder und Gemeinden bekennen sich zum Stabilitätspakt, während ein Pflegefonds die Pflege (685 Mio. € bis 2014) sichert und die Gemeinden entlastet.

18. Bundesparteiobermann Josef Pröll erleidet beim Schifahren in Tirol einen Lungeninfarkt.

20. Bundesparteiobermann Josef Pröll fordert Ernst Strasser nach Bekanntwerden der Korruptionsvorwürfe umgehend zum Rücktritt auf. Ernst Strasser legt daraufhin alle politischen Funktionen nieder.

22. Die ÖVP setzt sich für ein verpflichtendes Lobbyisten-Register und eine transparente Ausgestaltung der Parteienfinanzierung ein, denn für die ÖVP steht fest: Politiker müssen ausschließlich den Menschen und niemals ihrer eigenen Brieftasche verpflichtet sein.

24. Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner lädt zum Spritpreisgipfel. Ein neues Gesetz soll den Autofahrern bessere Preisvergleichbarkeit am Treibstoffmarkt verschaffen.

